

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

8-2022

Spendenempfehlung: 4,00 €

Imperialismus und Krieg

**Zwei Arbeiten von
Rudy Vermelho und Thanasis Spanidis**

Redaktionsnotiz.....	4
<i>Thanasis Spanidis und Rudy Vermeloh: Gründe und Folgen des Ukraine-Kriegs. Zur Widerlegung einiger unhaltbarer Behauptungen bezüglich des Krieges.....</i>	5
Behauptung 1: „Der russische Einmarsch kam einem geplanten Angriff der NATO auf Russland zuvor“.....	6
Behauptung 2: „Russland hatte keine Alternative zur Invasion in der Ukraine“.....	21
Behauptung 3: „Der Krieg ist objektiv im Interesse der Arbeiterklasse und verbessert ihre Kampfbedingungen“.....	23
Behauptung 4: „Der Krieg dient der Entnazifizierung der Ukraine“.....	30
Behauptung 5: „Russland führt den Krieg vorrangig zur Verteidigung seiner Sicherheitsinteressen“.....	40
Fazit.....	43
Anmerkungen.....	44
<i>Thanasis Spanidis: Zur Verteidigung der programmatischen Thesen der KO! Das Konzept der „imperialistischen Pyramide“ und seine Kritiker....</i>	49
Zusammenfassung in Kurzthesen.....	49
1. Überblick über die Debatte.....	52
2. Wer beherrscht die Weltwirtschaft? Zur Rangordnung im heutigen imperialistischen Weltsystem.....	56
2.1. Die Beherrschung des internationalen Warenhandels.....	59
2.2. Der Kapitalexport.....	61
2.3. Die großen Monopolkonzerne.....	65
2.4. Die Sonderrolle der USA: Dollar und Wall Street.....	70
3. Zwischenpositionen und Aufstiegsprozesse im imperialistischen Weltsystem.....	73
3.1. Die Stellung Russlands im imperialistischen Weltsystem.....	75
3.2. Die Stellung Mexikos im imperialistischen Weltsystem.....	85
4. Das militärische Kräfteverhältnis: USA, China, Russland.....	87
5. Die Dependenztheorie und ihre Mängel.....	95
6. Das Imperialismusverständnis Lenins und die „imperialistische Pyramide“.....	102
7. Der fasche Kompass: Wohin eine verfehlt Imperialismusanalyse führt.....	113
Anmerkungen.....	117

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Der Ukraine-Krieg hat weltweit tiefe Verwirrung in der kommunistischen Bewegung ausgelöst. Diese Verwirrung hat inzwischen zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, die immer schärfer werden und die nicht nur zwischen unterschiedlichen Parteien und Organisationen, sondern auch innerhalb derselben stattfinden, so auch innerhalb der KPD und innerhalb der KO.

Die Redaktion der Zeitschrift offen-siv ist in dieser Sache keineswegs neutral, vielmehr wollen wir mithelfen, der Aufweichung der Leninschen Imperialismustheorie entgegenzuwirken.

Dazu veröffentlichen wir hier zwei Artikel zum aktuellen Geschehen. Sie sind schon seit einiger Zeit auf der Internet-Seite der KO öffentlich. Obwohl das so ist, bringen wir sie als offen-siv-Sonderheft, um mitzuhelfen, ihren Verbreitungsradius und damit ihren Wirkungsgrad zu erweitern.

Beide Artikel handeln von Auseinandersetzungen innerhalb der KO, diese Auseinandersetzungen sind aber, wie oben schon angesprochen, exemplarisch für die gesamte kommunistische Bewegung. Und sie sind nicht ungefährlich, denn sie bilden ein neues Einfallstor für den Revisionismus und tragen eventuell den Keim der Spaltung in sich – etwas, was wir unbedingt vermeiden müssen, allerdings ohne faule Kompromisse einzugehen. Das ist nicht einfach, aber die Lage ist nunmal so.

Wahrscheinlich wird das nicht die letzte Veröffentlichung unserer Zeitschrift zu diesem Themenkomplex sein. Was, wann und in welcher Form, das ist aber aktuell noch nicht absehbar.

Wir freuen uns über jede Spende!

Spendenkonto Offensiv:

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Thanasis Spanidis und Rudy Vermeloh: Gründe und Folgen des Ukraine-Kriegs.
Zur Widerlegung einiger unhaltbarer Behauptungen bezüglich des Krieges

In der Diskussion um den Krieg in der Ukraine kamen in den letzten Wochen aus den Reihen der KO bestimmte Auffassungen zum Vorschein, bei denen sich wohl viele von uns verwundert die Augen gerieben haben: Auf einer theoretischen Ebene wird nun unsere mit guten Argumenten entwickelte Imperialismusanalyse grundsätzlich infrage gestellt. Diese Kontroverse ist die wichtigste, da jede Parteinahme für das heutige kapitalistische Russland letzten Endes auf tiefgreifende weltanschauliche Irrtümer in Fragen der Strategie und Imperialismustheorie zurückgeht.

Gleichzeitig wird aber auch auf der Ebene der konkreten Politik der imperialistische Krieg Russlands mit einer Reihe von Behauptungen gerechtfertigt, die sich so oder ähnlich auch der russischen Propaganda entnehmen lassen. Das spricht im Prinzip noch nicht dagegen, dass sie trotzdem auch wahr sein könnten. Nun sind sie aber aus unserer Sicht nicht nur unwahr, sondern stehen auch in einem sehr offensichtlichen Widerspruch zur Realität.

Während die Diskussion um das korrekte marxistische Imperialismusverständnis an anderer Stelle geführt werden muss (1a), soll es hier darum gehen, konkrete Behauptungen, die zur Rechtfertigung des imperialistischen Gemetzels in der Ukraine herangezogen werden, auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Der Artikel bezieht sich auf Behauptungen aus den Texten von Klara Bina, Philipp Kissel und Alexander Kiknadze. Während wir der Auffassung sind, dass die Wurzel des Problems in einem stark fehlerhaften Verständnis des Imperialismus bei den genannten Genossen liegt, wird auf der konkreten Ebene der Krieg der Russischen Föderation mit einer

Reihe sehr weitreichender, aber dafür umso schwerer nachvollziehbarer Thesen legitimiert, verharmlost und beschönigt.

Alle drei Autoren stellen nämlich klar, welche Haltung sie zur russischen Invasion in der Ukraine einnehmen: Sie befürworten diese uneingeschränkt. Kritik wird nur bei Klara deutlich, allerdings lediglich „*an der Halbherzigkeit und am Zuspätkommen des Einsatzes*“.

Um die Invasion in der Ukraine irgendwie als legitime Verteidigungsmaßnahme zu deklarieren, führen die Genossen eine Reihe von Faktenbehauptungen an, die in ihrer Gesamtheit ein aus unserer Sicht völlig verzerrtes Bild zeichnen. Das Problem dabei ist, dass es vielen Genossen in der KO schwerfällt, zu bestimmten Detailfragen der politischen und militärischen Entwicklungen fundierte eigene Einschätzungen zu entwickeln und sie deshalb wohl tendenziell unterschätzen, wie sehr die Analysen von Klara, Philipp, Alexander und anderen daneben liegen. Um diese Fehleinschätzungen in einer auch für andere Diskussionsteilnehmer nachvollziehbaren Weise geradezurücken, werden wir sie uns nun Punkt für Punkt vornehmen.

Behauptung 1: „Der russische Einmarsch kam einem geplanten Angriff der NATO auf Russland zuvor“

Der Dreh- und Angelpunkt in Philipps Text ist die These, wonach die NATO kurz davor stand, Russland anzugreifen. Er behauptet: „*Die RF war zu der Militäroperation gezwungen, um einen groß angelegten Angriff der NATO und Ukraine auf die Volksrepubliken und die Krim und damit im weiteren Verlauf einen möglichen Angriff auf die RF zu verhindern*“. Diese These wird an mehreren Stellen in seinem Artikel wiederholt: „*Eine direkte militärische Invasion der Volksrepubliken und der Krim ist das Ziel*“; „*Es ist davon auszugehen, dass zu diesem Zeitpunkt die Anstrengungen der NATO, den Angriff vorzubereiten und durchzuführen in eine neue Stufe getreten sind*“. „*komme ich zu dem Schluss, dass die Russische Föderation mit der Militäroperation in der Ukraine einem Angriff der Ukraine – unterstützt, bewaffnet und finanziert durch die NATO – auf die Volksrepubliken und die Krim, sowie eventuell im weiteren Verlauf eines Angriffs mehrerer NATO-Länder auf die RF, zuvorgekommen ist*“. Philipp glaubt sogar zu wissen:

„Dadurch konnte ein Zeitvorsprung von ca. ein bis zwei Wochen gewonnen werden“.

Diese Behauptungen sind äußerst weitreichend. Die Belege, die dafür angeführt werden, halten wir allerdings für ausgesprochen dürftig. An einer Stelle verweist Philipp zur Stützung seiner Behauptungen auf einen Artikel von Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung, allerdings belegt dieser keine von Philipps Thesen, vielmehr analysiert er den Konflikt zwischen der NATO und Russland als „gegenseitiges Hochschaukeln“ (1b). Philipp scheint der Überzeugung zu sein, dass das Nachzeichnen der Chronologie des Konfliktes und das Benennen aggressiver Handlungen des westlichen Imperialismus als konkreter Beleg für Angriffsplanungen ausreichend wäre. Dem ist nicht so, wie wir im Verlauf dieses Kapitels auch zeigen wollen.

Der einzige Punkt, den man als Beleg anerkennen könnte, ist die Nennung des von Selenskij unterzeichneten Dekrets zur Rückgewinnung des Donbass und der Krim. Es handelt sich hierbei um das Dekret 117/2021 vom 24. März 2021. Darin wird eine „Strategie zur De-okkupation und Reintegration der temporär besetzten Territorien der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol“ dargelegt, die durch eine Reihe von diplomatischen, militärischen, ökonomischen, informationellen, humanitären und anderen Maßnahmen das Ziel hatte, die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen (2a). Beweist dieses Dekret wirklich, dass die Ukraine einen Angriff auf die Krim und damit auf Russland konkret geplant hatte?

Zunächst einmal sollte daran erinnert werden, dass die ukrainische Regierung zu keinem Zeitpunkt die Annexion der Krim durch Russland anerkannt hat und daher der ukrainische Anspruch auf „Reintegration“ der Halbinsel nichts Neues darstellte. Bedeutsam ist dabei, dass nun verschiedene Maßnahmen in Auftrag gegeben wurden, um dieses Ziel zu erreichen. Die Aufzählung unspezifizierter militärischer Maßnahmen als ein Unterpunkt neben anderen, u.a. auch diplomatischen, spricht nicht gerade dafür, dass es hier um die konkrete Planung eines offenen Krieges ging. Einen solchen Krieg zu beginnen, wäre für die Ukraine auch ohne Zweifel selbstmörderisch gewesen, denn zumindest auf der Krim wäre dieser Krieg ja unmittelbar ein Krieg zwischen der Ukraine und Russland geworden. Das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Ukraine und Russland war (insbesondere vor

dem Beginn der massiven Waffenlieferungen seit dem 24. Februar) hoffnungslos für die Ukraine, wenn es um einen ukrainischen Offensivkrieg gehen soll.

Vor allem aber, und das ist das Entscheidende, beweist es sicherlich keinen Plan der NATO, Russland anzugreifen. Genau das ist aber Philipps Behauptung. Er beschränkt sich nicht darauf, einen lokal begrenzten Krieg zwischen der Ukraine und Russland vorherzusagen, wobei die NATO ihrem Verbündeten Ukraine möglicherweise mit Waffenlieferungen unterstützt hätte. Ein solches Szenario scheint Alexander vor Augen zu haben, es bedeutet aber qualitativ etwas völlig anderes. Nein, Philipp behauptet, dass die dramatischste aller möglichen Entwicklungen eingetreten wäre, nämlich ein Weltkrieg zwischen der NATO und Russland.

Man sollte denken, dass ihm die Tragweite einer solchen Behauptung bewusst wäre und er sich daher eigentlich selbst in der Bringschuld sehen sollte, diese These besser zu belegen. Da wir davon ausgehen, dass diese Behauptungen viele Genossen verwirren dürften und zudem dazu beitragen, durch absurde Schreckensszenarien die ganze Diskussion in eine unsachliche Richtung zu verschieben, wollen wir dennoch darauf eingehen. Diese These ist für Befürworter des momentanen russischen Krieges essenziell. Sie übernehmen damit die offizielle russische Propaganda, wonach Russland sich mit seiner Invasion in der Ukraine lediglich „zur Wehr setzen“ würde. Sicherlich kann man grundsätzlich infrage stellen, ob es richtig ist, einem imperialistischen Staat im Fall eines „Verteidigungskrieges“ die Solidarität auszusprechen – Lenins Position war dies keineswegs, wie nun schon oft anhand zahlreicher Zitate gezeigt wurde. Trotzdem macht die Behauptung des „Defensivschlags“ es schwieriger, den russischen Angriff eindeutig zu verurteilen. Für die konkrete Einordnung des Krieges macht es eben doch einen Unterschied, ob – wie behauptet – die Existenz des russischen Staates auf dem Spiel stand oder ob es sich nach den jahrelangen aggressiven Manövern der NATO nun schlicht um eine Gegen-Aggression Russlands handelt.

Wir greifen also die Behauptung Philipps deshalb hier auf, um sie auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Also: Wenn schon nichts für die These des bevorstehenden NATO-Angriffs angeführt werden kann, spricht denn umgekehrt etwas gegen diese These?

In den Beiträgen von Philipp, Klara und Alexander wird mit irreführenden und falschen Behauptungen ein Bedrohungsszenario konstruiert, nach dem die NATO nicht nur die Fähigkeit, sondern auch den Willen habe, Russland in einem offenen Krieg mit konventionellen (oder auch nuklearen) Waffen zu besiegen. Den Genossen ist mit Sicherheit bewusst, dass Russland über ein substanzielles Arsenal nuklearer Gefechtsköpfe und Trägersysteme verfügt und zur Ausschaltung der nuklearen Zweitschlagfähigkeit somit ein massiver Enthauptungsschlag durch die NATO geführt werden müsste. Die Fähigkeit der NATO, einen solchen durchzuführen, resultiert ihrer Auffassung nach sowohl aus der Stationierung strategischer Trägerraketensysteme als auch von ABM-Systemen (Anti-Ballistic Missile) in Osteuropa. Erstere können einen Erstschlag durchführen, während letztere für die Abwehr der verbliebenen Zweitschlagfähigkeit zuständig sind. Während Philipp ein solches Szenario in näherer Zukunft für wahrscheinlich hält, sieht Alexander eher die Androhung der vollständigen Vernichtung als Mittel zur Durchsetzung der NATO-Interessen gegenüber Russland. Beides impliziert aber, dass die Möglichkeit zur vollständigen Enthauptung gegeben ist, denn keiner der beiden Genossen beschäftigt sich mit dem Szenario eines Gegenschlags, Alexander schreibt sogar von der „Verhinderung eines Zweitschlagszenarios“.

Wie ist also das nukleare Kräfteverhältnis tatsächlich, welche Systeme können nach dem öffentlich bekannten Stand der Dinge was leisten und was hat es überhaupt mit den Begriffen auf sich, mit denen hier um sich geworfen wird?

Alle nuklear bewaffneten Staaten der Erde besitzen zusammen geschätzte 13000 nukleare Gefechtsköpfe. Davon entfallen alleine ungefähr 48% auf Russland und 42,5% auf die USA. Nicht alle Gefechtsköpfe sind sofort einsatzbereit, beide Staaten besitzen um die 1800 Gefechtsköpfe, welche vollständig intakt sind, aber für die Demontage eingelagert wurden. Des Weiteren sind, durch die Ratifizierung und Verlängerung des New START Vertrags (New Strategic Arms Reduction Treaty) durch beide Staaten, „nur“ 1458 (Russland) bzw. 1389 (USA) strategische Sprengköpfe auf Raketen oder Bombern aufgestellt und damit unmittelbar einsatzbereit. (2b) Aufgrund fehlender Beschränkung von taktischen Atomwaffen durch Verträge ist die Zahl der einsatzbereiten taktischen Gefechtsköpfe und Systeme unbekannt. Die USA schätzen die Zahl der von Russland aufgestellten taktischen Nuklearwaffen auf 2000. Diese sind für das Szenario eines großangelegten

Schlagabtauschs weniger relevant, ihr Zweck ist der Einsatz auf dem Schlachtfeld. (3) Dennoch liegt in ihrer Verbreitung eine besondere Gefahr, nämlich die mögliche „Versuchung“, einen Krieg durch einen begrenzten Atomwaffeneinsatz gegen lediglich militärische Ziele führen zu können, ohne eine massive Antwort des Gegners gegen eigene strategische Ziele zu provozieren. Im Falle eines ausgedehnten Atomkrieges ist natürlich sowieso auch mit dem massiven Einsatz taktischer Gefechtsköpfe zu rechnen. Ihre Vernichtung durch eine Enthauptung ist schon alleine durch die Unbekanntheit ihrer Zahl, Verbreitung und Orte ausgeschlossen.

Wie wir sehen, verfügt Russland also nach wie vor über die meisten Atomwaffen der Welt, trotz umfassender Abrüstung beginnend ab 1987 mit dem inzwischen durch die USA aufgekündigten INF-Vertrag. Angenommen, die NATO würde den besagten Enthauptungsschlag versuchen. Wäre es ihr dann möglich, durch die sogenannten ABM-Systeme einen Vergeltungsschlag mit den verbliebenen Raketen zu verhindern?

Raketenabwehrsysteme bestehen aus einem Netz von Radaranlagen und Raketenstellungen. Auf Seiten der NATO ist zu unterscheiden zwischen dem GMD-System (Ground-Based Midcourse Defense System) und Systemen wie „Patriot“, „THAAD“ oder dem „Aegis Combat System“.

Das GMD ist das Hauptsystem zur Raketenabwehr in den USA. Es hat die Aufgabe auf die USA abgefeuerten ballistischen Interkontinentalraketen im Weltraum abzufangen, bevor sie wieder in die Erdatmosphäre eintreten. Im Jahr 2018 bestand es lediglich aus 44 Abfangraketen, zusätzlich wird die Wahrscheinlichkeit einer einzelnen Abfangrakete ein einzelnes Ziel erfolgreich abzufangen mit lediglich 56% angegeben. Das System ist damit völlig ungeeignet einen massiven Schlag mehrerer hundert bis tausend ballistischer Flugkörper in relevantem Ausmaß zu beeinträchtigen, geschweige denn zu verhindern. Das System kann realistisch nur einen Vergeltungsschlag einer kleinen Atommacht wie Nordkorea mit einer Handvoll abgefeuerter Interkontinentalraketen abfangen und dies vermutlich auch nur teilweise (4a).

Patriot, THAAD und Aegis sind mobile Systeme. Ihre Stationierung in Osteuropa seit einigen Jahren dient zweifellos unter anderem dem Ziel, im Falle eines Atomkrieges mit Russland die russische Zweitschlagsfähigkeit

(oder ggf. Erstschlagsfähigkeit) einzuschränken – d.h. die NATO soll dadurch in die Lage versetzt werden, ihre Atomraketen auf Ziele in Russland abzufeuern, ohne dass Russland gegen die europäischen Verbündeten der USA zurückschlagen kann. Der offensive und aggressive Charakter dieses „Abwehrschildes“ ist damit offensichtlich. Doch bedeutet das, dass der Atomkrieg gegen Russland aus NATO-Sicht wirklich „führbar“ wird und dabei die eigene Vernichtung vermieden werden kann? Auf einen nuklearen Schlag gegen die USA selber haben diese Systeme in Osteuropa kaum Einfluss. Um das zu erkennen genügt ein Blick auf den Globus und die Tatsache, dass Interkontinentalraketen tief in russischem Gebiet ins Weltall gestartet werden können, der maximale Einsatzradius von Systemen wie Patriot oder THAAD aber bei weniger als 200km liegt. (4b) Auch die reale Möglichkeit eine relevante Zahl von – geschweige denn alle - Raketen, die auf europäische Länder abgefeuert würden abzufangen ist definitiv nicht gegeben. Erstens ist die Zahl der eingesetzten Systeme viel zu gering. Beispielsweise wird das Patriot System von Deutschland, Griechenland, Spanien und Rumänien eingesetzt. Zukünftig soll es auch von Polen eingesetzt werden. Polen will 4 Einheiten mit insgesamt 16 Startfahrzeugen kaufen, bei 4 unmittelbar einsatzbereiten Raketen pro Startfahrzeug ergibt das eine Zahl von 64 Abfangraketen. (5a) Diese Zahl steht in keinem Verhältnis zu den einsatzbereiten nuklear bestückbaren ballistischen Raketen oder Marschflugkörpern Russlands. Zweitens ist die Erfolgsrate der Systeme bisher relativ gering. Das Patriot System hat zwar in der Zwischenzeit Upgrades unterlaufen, wurde aber bereits im Ersten Golfkrieg das erste Mal eingesetzt, als der Irak 88 ballistische Kurzstreckenraketen auf Saudi Arabien und Israel abfeuerte. Laut einer Aussage des MIT-Professors Postol und seines Kollegen Pedatzur von der Tel Aviv Universität vor dem US-Kongress 1992, erreichte das Patriot System eine Erfolgsrate von weniger als 10% beim Versuch diese einfach konstruierten, ballistischen Raketen abzufangen. (5b)

Die Performance des Systems bei aktuellen Konflikten wie dem Saudi Arabischen Krieg im Jemen lässt ebenfalls zu wünschen übrig. So konnten die sechs durch Saudi Arabien eingesetzten Patriot Bataillone beispielsweise im September 2019 nicht die kritische Ölinfrastruktur vor veralteten ballistischen Kurzstreckenraketen vom „Scud“-Typ beschützen. (6) Auch hochgepriesene moderne Systeme, wie der erst 2010 in Betrieb genommene israelische „Iron Dome“ erreichen Berichten zufolge geringe Abfangquoten.(7)

Eine wesentlich größere Gefahr für den Erhalt der russischen Zweitschlagfähigkeit gegen Ziele in den USA, stellt das hochmoderne seebasierte Aegis System dar. Obwohl die USA große Anstrengungen unternehmen diese Raketen in hoher Stückzahl auf ihren Kriegsschiffen zu stationieren, liegt die Gesamtzahl der bereiten Raketen vermutlich unter 300. Die theoretische Fähigkeit mit den neuesten Raketen Interkontinentalraketen abzufangen wurde im November 2020, jedoch in lediglich einem einzigen Test, zwar demonstriert. (8) Es gibt keine Daten, wie das System im Einsatz abschneidet, aber die Auswertung der Tests schafft ernstzunehmende Zweifel an der Effektivität auch dieses Systems, selbst gegen potenzielle Gegner wie den Iran oder Nordkorea. Zahlreiche Gegenmaßnahmen können sowohl Erfassung als auch Zerstörung verhindern. (9)

Zu solchen Gegenmaßnahmen gehört die schon seit den späten 60er Jahren eingesetzte sogenannte MIRV-Technologie (Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle), welche es erlaubt auf einer ballistischen Rakete mehrere Gefechtsköpfe und Täuschkörper unterzubringen. Die Täuschkörper verfolgen den Zweck die Raketenabwehr des Gegners durch die hohe Zahl an unabhängigen Flugkörpern auszutricksen und zu überfordern, sodass diese die tatsächlichen Gefechtsköpfe nicht verlässlich abfangen kann. Rechnet man die Zahl der dadurch eingesetzten Gefechtsköpfe, ob reale Bedrohung oder nur Täuschung, gegen die verfügbaren Abwehrraketen auf, wird klar, dass die potenzielle Fähigkeit einen massiven Atomschlag abzufangen noch deutlich sinkt. Zusätzlich wurden in den 80er Jahren die sogenannten MARV (Maneuverable Reentry Vehicle) entwickelt und aufgestellt, welche durch zufällige und unberechenbare Ausweichmanöver zusätzlich die Raketenabwehr erschweren. Wir sehen also: Entgegen der Vorstellung von Alexander und Philipp ist es absolut nicht trivial, einen feindlichen Angriff mit Atomraketen zu verhindern. Solche Raketen auf ihrer Flugbahn abzuschießen ist technisch äußerst schwierig, zumal seit Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen werden, um genau dies weiter zu erschweren. Auch die USA sind dazu bisher, trotz aller Anstrengungen, nur in geringem Maße in der Lage.

Die also faktisch nicht vorhandene Sicherheit gegenüber ballistischen Raketenangriffen wird zusätzlich durch neuere Entwicklungen von sogenannten Hyperschallraketen unterlaufen. Diese bewegen sich mit

Geschwindigkeiten von über Mach 5 durch die Atmosphäre und sind damit weniger vorhersehbar als die Trajektorie einer ballistischen Interkontinentalrakete, welche sich auf einer elliptischen (oder abgesenkten) Flugbahn durch den Weltraum mit anschließendem Wiedereintritt in die Atmosphäre bewegt. (19) Interessanterweise findet in Philipps Beitrag lediglich die angebliche Stationierung von Hyperschallraketen in Osteuropa durch die NATO Erwähnung. Um welche Systeme es sich dabei handeln soll, in Anbetracht der Tatsache, dass sich solche Waffen auf Seiten der NATO nur in einem experimentellen Stadium befinden, bleibt offen. Auch wird verschwiegen, dass Russland und China bei dieser Technologie weit voraus sind und bereits solche Waffen im Einsatz haben. (11)

Nicht zuletzt ist ein nicht unerheblicher Teil der strategischen nuklearen Waffen auf U-Booten stationiert, deren Ort dem Gegner im Idealfall völlig unbekannt ist, welche über lange Zeiträume unabhängig operieren, über lange Zeit in den Tiefen verbleiben können und von denen aus atomare Schläge mit minimaler Vorwarnzeit möglich sind. Es ist praktisch unmöglich diesen Teil der nuklearen Abschreckung zu „enthaupten“.

Die Entwicklung und Verbreitung neuer, zielgenauer U-Boot-gestützten Atomwaffen veranlasste die UdSSR in den 80er Jahren das „Perimeter“-System zu entwickeln, da die Gefahr bestand, dass, wenn die NATO zu der Überzeugung gelangt die sowjetische Führung durch einen präzisen Erstschlag vollständig ausschalten zu können, sie diesen auch real erwägen würde. Das System stellt durch teilweise automatische Systeme sicher, dass selbst in diesem Fall die Fähigkeit zur nuklearen Vergeltung aufrecht erhalten bleibt und ein Gegenschlag durchgeführt wird. (12) Mutmaßlich ist dieses System nach wie vor für Russland im Einsatz, wie der Oberbefehlshaber der russischen strategischen Raketentruppen Karakajew 2011 bestätigte. (13)

Zusammengefasst: Ein atomarer Angriff gegen Russland wäre reiner Wahnsinn und sicherlich nicht im Interesse des westlichen Imperialismus. Wie sieht es dagegen mit einem konventionellen Angriff der NATO auf Russland aus?

Auch ein solcher Krieg wäre aus Sicht der NATO in höchstem Maße irrational und selbstmörderisch. Führen die Imperialisten Kriege, um sich selbst und die ganze Welt zu vernichten oder um ihre strategischen Ziele zu

erreichen? Offensichtlich ist letzteres ist der Fall. Der Krieg ist, wie Carl von Clausewitz sagte, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Bei einem Krieg mit Russland gibt es für die westlichen Imperialisten nicht viel zu gewinnen und alles zu verlieren. Zu gewinnen gäbe es möglicherweise Zugeständnisse Russlands oder, was unwahrscheinlich ist, Gebietsabtretungen – all das aber nur unter zwei durchaus zweifelhaften Voraussetzungen: Erstens, dass der Krieg auf der konventionellen (d.h. nicht-atomaren) Ebene verbleibt und zweitens, dass die NATO einen konventionellen Krieg auf russischem Boden gewinnen würde. Eine Schwächung Russlands ist auf anderem Wege sehr viel billiger und risikoärmer zu haben: Durch wirtschaftliche Sanktionen, das Schüren von Krisenherden an Russlands Grenzen, die Verwicklung Russlands in ein Wettrüsten, das es nicht gewinnen kann usw. Weil das die aus westlicher Sicht weitaus sinnvolleren Optionen sind, sind es auch – im Gegensatz zum herbeiphantasierten NATO-Angriffskrieg – die Optionen, die der Westen wählt.

Doch die Annahme, dass ein Angriff auf Russland keinen atomaren Vergeltungsschlag nach sich ziehen würde, ist ohnehin höchst gewagt. Die Sowjetunion hatte explizit in ihrer Nukleardoktrin auf Erstschläge verzichtet und selbst bei existenzieller Bedrohung des Staates versichert nur konventionell zu antworten. Erst ein atomarer Schlag des Gegners hätte eine atomare Antwort der Sowjetunion hervorgerufen. (14) Mit dem Ende der Sowjetunion hat Russland diese Selbsteinschränkung aufgegeben. In der finalen Fassung der neuen Doktrin aus dem Jahr 2010 behält sich Russland das Recht vor Atomwaffen einzusetzen. Einerseits als Antwort auf die Benutzung von nuklearen Waffen oder anderen Massenvernichtungswaffen gegen Russland oder seine Verbündeten durch den Gegner. Andererseits auch bei einer Aggression durch konventionelle Waffen, welche die Existenz des Staates bedroht. (15) Die durch den Genossen Alexander herbeibeschworene „faktische“ Gefährdung der Existenz Russlands durch die Ukraine würde also, wenn sie denn tatsächlich real wäre, einen nuklearen Erstschlag Russlands im Sinne der russischen Doktrin erst rechtfertigen können. Ganz zu schweigen von einer großangelegten NATO-Offensive auf russisches Territorium. Die NATO-Strategen würden also ihre Offensive in dem Wissen planen, dass ihr Erfolg höchstwahrscheinlich zu vernichtenden atomaren Schlägen gegen die Länder der NATO führen würde.

Was ist die Schlussfolgerung aus all diesen militärischen Details? Ein Atomkrieg mit Russland würde auch für den Westen vernichtende Gegenschläge und ein Ausmaß an Zerstörung bedeuten, das es in der gesamten Menschheitsgeschichte noch nicht gegeben hat. Die USA wären, wenn sie den Krieg in irgendeiner Form als Staat überleben würden, keine Supermacht mehr, vermutlich auch keine Großmacht, sondern eine atomare Wüste mit Dutzenden Millionen Toten, verstümmelten und verstrahlten Menschen. Für Europa würde dasselbe gelten. Als unangefochtene Supermacht bliebe in dem Fall allein China.

Doch nicht einmal die Nichteinmischung Chinas kann als garantiert angesehen werden. Denn Russland und China sind Verbündete im Rahmen der SCO (Shanghai Cooperation Organisation). Seit dem Beitritt Indiens und Pakistans zur SCO umfassen die Staaten des Bündnisses fast die Hälfte der Weltbevölkerung. Über die Entwicklung und Rolle der SCO im imperialistischen Ringen muss zukünftig dringend mehr geforscht werden.

Der Eintritt Chinas in einen Atomkrieg und insbesondere auch in einen konventionellen Krieg würde eine erhebliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten Russlands bedeuten. China besitzt das personell stärkste Militär (16) und die zahlenmäßig größte Kriegsflotte der Welt. (17) Es ist nach den USA das Land mit den höchsten Militärausgaben. (18) Obwohl sich die militärische Zusammenarbeit der SCO Länder offiziell hauptsächlich auf „Anti-Terror“-Operationen beschränkt, wurden die gemeinsamen militärischen Aktivitäten der SCO in den letzten Jahren umfassend ausgebaut. Seit 2003 wurden mehr als 24 (Stand 2018) gemeinsame Militärübungen durchgeführt, an denen jeweils mehrere Tausend Soldaten teilgenommen haben. (19) Solche „Kriegsspiele“ großen Ausmaßes dienen wohl kaum der gemeinsamen „Terrorabwehr“, sondern vielmehr der Schaffung eines Militärbündnisses in Konkurrenz zur NATO. Sie finden zwar nicht in direkter Nachbarschaft zu den USA statt (im Gegensatz zu den NATO-Manövern, die bewusst in geografischer Nähe Russlands abgehalten werden), doch sicherlich können sie von Verbündeten der USA in der Region wie Japan, Südkorea und Australien ebenfalls als Bedrohung ihrer Sicherheitsinteressen interpretiert werden. Um einen möglichen Einwand vorwegzunehmen: Die SCO ist selbstverständlich nicht ohne Widersprüche. Indien hat sowohl mit Pakistan als auch China ungelöste Grenz- und

Territorialkonflikte, obwohl alle drei Staaten Vollmitglieder der SCO sind. Ähnliches gilt allerdings auch für die NATO, bekanntlich sind mit Griechenland und der Türkei zwei NATO-Mitgliedsländer immer wieder (bei der türkischen Invasion Zyperns 1974, in den 90ern bei der Imia-Krise und in den letzten Jahren erneut) haarscharf an einem Krieg vorbeigeschrammt. All das ändert nichts daran, dass NATO und SCO die beiden wichtigsten und sich im Wesentlichen in Rivalität gegenüberstehenden Militärbündnisse der Welt sind.

Bezeichnend ist, dass Philipp die Militärübungen der russischen Seite zwar benennt, aber sogleich betont, dass es reine NATO-Propaganda sei, diesen einen aggressiven Charakter zuzuschreiben – während er umgekehrt jede noch so kleine Aktion der NATO als Beleg für ihre Angriffsplanungen wertet. In höchst irreführender Weise spricht Philipp von 2022 geplanten Angriffsoperationen der NATO gegen Russland und Weißrussland, obwohl es sich in Wirklichkeit „nur“ darum handelte, in den Manövern einen möglichen Krieg mit Russland zu simulieren. Es wäre wichtig, besser darauf zu achten, wie objektive Fakten wahrgenommen werden, ansonsten wird eine objektive wissenschaftliche Untersuchung eines so heiß umstrittenen Themas kaum gelingen.

Es entspricht auch gar nicht der aktuellen geopolitischen Strategie der USA, in Europa einen extrem gefährlichen Krieg mit Russland vom Zaun zu brechen, der im „besten“ Fall, d.h. in dem Fall, dass er auf der konventionellen Ebene bleibt, über längere Zeit einen Großteil der Streitkräfte und Ressourcen der USA binden würde. Der Hauptrivale der USA im zwischenimperialistischen Ringen ist nicht Russland, sondern die VR China. Spätestens mit der Ausrufung des „pazifischen Jahrhunderts“ durch die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton im Jahr 2011 ist die Verlagerung des „Engagements“ der USA in den Indo-Pazifischen Raum klare Strategie und der Öffentlichkeit bekannt. (20) Das gibt auch Alexander zu, offenbar aber ohne die Implikation zu erkennen, dass diese Tatsache alleine bereits gegen die behaupteten Angriffspläne der NATO auf Russland spricht.

Hinzu kommt allerdings noch ein weiteres schwerwiegendes Gegenargument, das ebenfalls für sich genommen ausreichen würde, um große Zweifel an den Behauptungen der Genossen zu wecken: Es ist äußerst zweifelhaft ob ein

Krieg der NATO gegen Russland überhaupt operativ durchführbar wäre bzw. was seine Aussichten wären, nicht in einem völligen Debakel für die NATO zu enden.

Wie sieht das militärische Kräfteverhältnis in Osteuropa konkret aus? Dafür hilft es wenig, die Truppenstärke aller NATO-Länder zu addieren und dann der Armee der Russischen Föderation gegenüberzustellen. Die Truppen der USA und in geringerem Maße auch anderer NATO-Staaten sind zum Teil auf der ganzen Welt verstreut und in anderen Kriegen gebunden. Doch auch für Kontingente, auf die dies nicht zutrifft, gilt, dass es kaum möglich wäre, riesige Truppenverbände von Hunderttausenden oder Millionen Soldaten innerhalb weniger Tage und Wochen ins Baltikum oder nach Osteuropa zu verlagern und zu versorgen.

Konkret standen im Januar 2022 laut Medienberichten in den NATO-Verbänden 4000 Soldaten in Polen und im Baltikum und weitere 4000 in Rumänien und Bulgarien. Hinzu kommen natürlich die regulären Truppen der genannten Länder: Polen und die drei baltischen Republiken verfügen zusammengenommen über eine aktive Mannstärke von weniger als 150.000 Soldaten. Die russischen Streitkräfte umfassen eine aktive Personalstärke von 850.000 Mann (21). Bei Panzern, Artillerie oder Flugzeugen liegt das Stärkeverhältnis gegenüber Russland zwischen 1:10 und 1:20. Bei Kriegsschiffen ist es noch deutlich schlechter. Insgesamt haben die USA 74.000 Truppen in Europa stationiert, allerdings sind nicht alle davon im aktiven Dienst und die meisten davon nicht in Osteuropa (22).

Vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine stand die NATO lediglich im Baltikum, genauer gesagt in Lettland und Estland, an der russischen Grenze. Hinzu kommen natürlich die Grenzen Litauens und Polens mit der Enklave Kaliningrad. In der Ukraine selbst waren und sind keine regulären Kampfverbände der NATO stationiert.

Der Vollständigkeit halber: Auf der anderen Seite der Welt liegen der russische Ferne Osten und Alaska sich ebenfalls gegenüber. Der militärische Sinn einer Invasion in diesem strategisch eher wertlosen und unwegsamen Gelände ist allerdings sehr zweifelhaft. Ein Angriff der NATO wäre also höchstwahrscheinlich aus dem Baltikum erfolgt (oder von Polen aus über Belarus). Nun muss man nur einmal die Landkarte ansehen: Die

Versorgungslinien der NATO bei einem Krieg im Baltikum wären gelinde gesagt problematisch gewesen. Zwischen Belarus und Kaliningrad sind Polen und Litauen lediglich durch einen dünnen Grenzstreifen, die sogenannte „Suwalki-Lücke“ verbunden. Im Fall eines Krieges, der Belarus einbezieht, könnten russische und weißrussische Verbände möglicherweise in einem schnellen Schlag eine Brücke nach Kaliningrad herstellen und damit das gesamte Baltikum und alle dort stationierten Verbände einschließen. Die Versorgung dieser Truppen müsste dann über das baltische Meer erfolgen, wo Russland leicht die Lufthoheit erringen und feindliche Schiffe mit Antischiffsraketen effektiv und kostengünstig bekämpfen könnte. Die eingeschlossenen Verbände könnten kaum evakuiert werden und würden Gefahr laufen, schließlich von der lokalen russischen Übermacht aufgerieben zu werden. Doch selbst bei einem für die NATO günstigeren Verlauf des Krieges: In jedem Fall wäre es ein Krieg, den die NATO, sobald sie die Grenze überschreitet, auf feindlichem Gebiet kämpfen müsste, wobei sie den Nachteil schlechterer Ortskenntnis und einer feindseligen Zivilbevölkerung hätte, zusätzlich zu einer weitaus schlechteren Versorgung.

Ein offensiver Krieg mit mechanisierten und gepanzerten Verbänden, der Vorstöße ins feindliche Gebiet gestützt auf Luftüberlegenheit versuchen würde, benötigt zudem Unmengen an Treibstoff. Dies stellt ein weiteres schweres strategisches Hindernis eines solchen Krieges dar. Denn auch in Friedenszeiten können die europäischen Länder ihren Bedarf an Öl nicht ohne Russland decken, weshalb der Ölhandel bekanntlich trotz der Konfrontation in der Ukraine weiter läuft. 2022 beziehen die europäischen Länder mehr als ein Viertel ihres Rohöls aus Russland (23). In Kriegszeiten würde der Bedarf an Öl massiv ansteigen, die Abhängigkeit von Russland würde sich also noch viel stärker bemerkbar machen. Die USA sind zwar vom russischen Öl unabhängig, dies gilt allerdings nur auf ihrem eigenen Kontinent. Ein Krieg in Europa würde also enorme Öllieferungen über den Atlantik voraussetzen, was die Versorgungslinien wiederum verwundbar machen würde. Es ist völlig unklar, wie unter diesen Bedingungen aktuell ein Krieg gegen Russland möglich wäre, wenn Russland doch die Quelle eines erheblichen Teils des Treibstoffs ist, der für einen solchen Krieg benötigt wird. Offensichtlich ist dagegen, dass das deutsche Kapital es sich momentan noch nicht einmal leisten kann, auf die russischen Erdgasimporte zu verzichten, geschweige denn einen Krieg gegen das Land vom Zaun zu brechen, aus dem sie

kommen. Zwar gibt es Bemühungen vieler westlicher Staaten, sich von den Öl- und Gasimporten aus Russland unabhängig zu machen, allerdings ist diese Unabhängigkeit noch lange nicht erreicht und es ist fraglich, ob es jemals vollständig dazu kommen wird. Schließlich haben auch die OPEC-Staaten ihre eigenen Interessen und folgen oftmals nicht den Bedürfnissen von USA und EU, wie sich auch an der aktuellen Weigerung einiger Staaten zeigt, ein Ölembargo gegen Russland mit umzusetzen (24).

Nicht zuletzt spricht die offensichtliche Tatsache, dass die NATO nicht einmal bereit ist aktiv mit ihren Truppen in den jetzigen Krieg einzugreifen vollkommen gegen die These, die NATO habe einen Angriff auf Russland geplant. Ein Angriff von ukrainischem Territorium aus sollte also Philipp zufolge unmittelbar bevorstehen, aber die Ukraine gegen einen russischen Angriff verteidigen liegt außerhalb der Möglichkeiten oder des politischen Willens der NATO-Führung? Warum kündigte die NATO ihre militärische Nichteinmischung bereits vor der russischen Invasion an? Warum erteilt sie wiederholt dem Flehen der Ukraine nach einer Flugverbotszone klare Absagen? Wieso packt die NATO nicht die Gelegenheit beim Schopf und setzt ihren von langer Hand geplanten Angriff auf Russland nun in die Tat um? Warum stoßen keine NATO-Verbände vom Baltikum aus Richtung St. Petersburg vor? Wäre das gerade nicht der günstigste Moment dafür, wo Russland mit einem erheblichen Teil seiner einsatzfähigen Streitkräfte in einen verlustreichen Krieg an seiner Südwestflanke verwickelt ist? Warum hält die NATO sich bisher an ihre Aussage, keine Kampftruppen in die Ukraine zu schicken? Böten sich nicht auch dafür beste Voraussetzungen, um die russischen Verluste in der Ukraine in die Höhe zu treiben, um danach zur Gegenoffensive überzugehen?

Wäre das nicht der perfekte Auftakt zum geplanten Dritten Weltkrieg, bei dem man sich selbst auch noch als selbstloser Hilfeleister der bedrängten Ukraine präsentieren könnte?

Die Antwort auf all diese Fragen liegt doch auf der Hand: Die USA und der Großteil der NATO betreiben seit Jahren die Strategie, den Konflikt *unterhalb der Schwelle des offenen Krieges mit Russland* weiter köcheln und eskalieren zu lassen. Diese Strategie ist selbstverständlich brandgefährlich, weil es keine Garantie gibt, dass diese Schwelle infolge der Eskalation nicht doch überschritten wird. Das bedeutet aber nicht, dass dies das Ziel wäre.

Trotz aller dieser Widersprüche und unbeantworteter Fragen behauptet Philipp, der Angriff Russlands auf die Ukraine sei einem Angriff der NATO auf Russlands nur „ein bis zwei Wochen“ zuvorgekommen. Es findet sich in seinem Text keinerlei Beleg für diese doch wunderbarlich präzise Angabe. Nicht einmal die Behauptung des geplanten Angriffs selbst kann er beweisen. Die präsentierten Belege können nicht ansatzweise überzeugen. Es werden hauptsächlich NATO-Truppenverlegungen von wenigen tausend Soldaten angeführt, welche wohl kaum als Beweis für eine bevorstehende Invasion herhalten können. Ein Beispiel: Unmittelbar vor Beginn des Krieges verkündeten die USA am 12. Februar im Rahmen einer Übung angesichts der sich zuspitzenden Lage acht F-16 Kampfflugzeuge und 1000 Soldaten nach Rumänien verlegt zu haben. Einige Tage zuvor hatten sie bereits vier F/A-18 verlegt und 8500 Soldaten in erhöhte Bereitschaft versetzt um schnell verlegt werden zu können. (25) Wer da behauptet, dass es sich um konkrete Angriffsvorbereitungen handelt, der vergisst 1. dass zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 100.000 russische Soldaten an der russisch-ukrainischen Grenze massiert waren (26) und 2. dass die NATO beispielsweise vor ihrem Angriffskrieg gegen den Irak im Jahr 1991 2700 (!) Flugzeuge zusammengezogen hatte. (27) Glaubt die NATO wirklich, dass Russland ein wesentlich schwächerer Gegner als der Irak ist? Diese riesige Diskrepanz ist wohl eher damit zu erklären, dass es sich bei der Verlegung um reine Symbolpolitik gehandelt hat, welche zwar – wie jede Truppenverlegung und jedes Manöver an der Grenze Russlands - ein Akt der Aggression ist, aber von einer konkreten Angriffsvorbereitung weit entfernt ist. Dass nach dem Beschluss der russischen Duma die „Volksrepubliken“ anzuerkennen und der damit einhergehenden Zuspitzung zusätzliche Soldaten verlegt wurden, dürfte auch niemanden wundern. In diesem Fall war es aber die NATO, die auf einen aggressiven Schritt Russlands reagiert hat.

Wir denken, dass wir ausreichend Fakten angeführt haben, um die Absurdität der These eines NATO-Angriffskrieges gegen Russland offengelegt zu haben. Wenn Genossen weiterhin an dieser Behauptung festhalten wollen, sind sie hiermit dazu aufgefordert, unsere Argumente zu widerlegen und endlich stichhaltige eigene Argumente für ihre These ins Feld zu führen.

Behauptung 2: „Russland hatte keine Alternative zur Invasion in der Ukraine“

Eine weitere Behauptung der Genossen besteht darin, dass Russland keine Optionen übrig blieben außer der, die „militärische Spezialoperation“ zu beginnen. So schreibt z.B. Klara: *„Russland musste meiner Ansicht nach in diese „Falle“ gehen und versucht noch trotz der schlechten Gesamtsituation das Bestmögliche herauszuholen, eine Alternative zum jetzigen militärischen Vorgehen hatte Russland nicht. Für diejenigen, die das nicht verstehen wollen: die Unterwerfung ist keine Alternative und es ist entweder naiv zu glauben, dass ein Land sich wehrlos unterwerfen würde oder es ist reiner Chauvinismus die Unterwerfung als Alternative zu bezeichnen“.*

Im Gegensatz zum Genossen Philipp, der konkrete Angriffsvorbereitungen der NATO auf Russland sieht, vertritt Genosse Alexander die These, dass die NATO nicht auf eine direkte Konfrontation mit Russland aus ist. Stattdessen sollte Russland durch einen Angriff der Ukraine auf das Donbass mit nur indirekter NATO-Unterstützung in eine offene militärische Auseinandersetzung gezwungen werden. Dass solche Pläne im Geheimen existiert haben könnten ist natürlich nicht vollständig auszuschließen. Es erschließt sich allerdings nicht, inwiefern das einen „Präventivschlag“ Russlands rechtfertigt, insbesondere nachdem die Erlässe zur Anerkennung der beiden „Volksrepubliken“ am 21. Februar in Kraft getreten und russische Truppen an die Kontaktlinie verlegt wurden. Hätte Russland nicht, wenn die Angriffsplanungen real waren, einen ukrainischen Angriff abwarten und erst dann zurückschlagen können? Damit hätten die russischen Truppen zwar für eine gewisse Zeit die Initiative verloren, es ist jedoch schwer vorstellbar, dass die ohnehin deutlich unterlegene ukrainische Armee an einer seit 8 Jahren bestehenden Frontlinie signifikante Fortschritte bei einer Angriffsoperation gegen eingegrabene und vorbereitete russische Einheiten hätte erzielen können. Stark vereinfacht lautet die militärtheoretische Daumenregel, dass ein Angreifer eine Übermacht von 3:1 erzielen muss, um einen Gegner in vorbereiteten Positionen besiegen zu können. Das benötigte Verhältnis, um einen Gegner aufzuhalten bis zusätzliche Kräfte mobilisiert werden können wird sogar mit nur 1:6 zugunsten des Verteidigers angegeben. (28) Zusätzlich hätte Russland mit einem von der Ukraine ausgehenden Angriffskrieg zumindest teilweise die moralische Oberhand gegenüber der

Weltöffentlichkeit behalten, es wäre unnötig gewesen die Tatsache, dass Krieg geführt wird, mit lächerlichen Begriffen wie der „militärischen Spezialoperation“ zu verschleiern oder unsinnige Propagandabeauptungen zur Rechtfertigung des eigenen Handelns in die Welt zu setzen.

Auch das Argument, dass ein potenzieller NATO-Beitritt der Ukraine in ungewiss entfernter Zukunft eine „existenzielle Bedrohung“ für Russland ist, wird durch die Tatsache, dass der aktuelle Krieg kurzfristig zum NATO-Beitritt Finnlands und vermutlich auch Schwedens führt vollkommen ad absurdum geführt. (29) Bereits im Jahr 2008 erhielt die Ukraine auf dem NATO-Gipfel in Bukarest eine grundsätzliche Beitrittsperspektive durch Unterstützung der USA. Jedoch sprachen sich schon damals insbesondere Deutschland und Frankreich gegen einen Beitritt der Ukraine aus. (30) Diese Politik hat sich zumindest aus Sicht der deutschen Regierung über die Jahre nicht geändert. (31) Diese Tatsache widerspricht auch der Vorstellung, dass nicht auch im imperialistischen NATO-Bündnis widersprüchliche Positionen und Interessen existieren. Finnland pflegte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs traditionell gute Beziehungen zur Sowjetunion und später Russland und blieb weitgehend neutral zwischen den beiden Blöcken (32). Das lag im Interesse Russlands, denn seine geografische Lage macht Finnland zu einer besonderen potenziellen Bedrohung. Beide Länder teilen heute eine 1300km lange Grenze und die russische Millionenstadt St. Petersburg (ehemals Leningrad) ist weniger als 170km von der finnischen Grenze entfernt. Finnland ist nicht nur deswegen als weitaus wertvollerer Verbündeter für die NATO zu betrachten als die Ukraine: obwohl es nur ein Achtel der Bevölkerung hat, erwirtschaftet es ein 73% höheres BIP. (33) Dass Finnland auch ein politisch wesentlich stabileres Land ist, welches sich nicht seit acht Jahren im Bürgerkriegszustand befindet, braucht nicht weiter erläutert zu werden.

Ohnehin ist die Argumentation Klaras hier sehr problematisch: Sie rechtfertigt Russlands Krieg damit, dass die Alternative eine „Unterwerfung“ gewesen wäre. Was ist hier mit „Unterwerfung“ gemeint? Dass Russland, hätte es nicht die Ukraine angegriffen, zu einer „Kolonie“ des Westens geworden wäre? Das ist offensichtlich absurd, denn der russische Großmachtstatus hängt nicht primär davon ab, was im wesentlich schwächeren und ärmeren Nachbarland Ukraine passiert. Oder einfach nur, dass es einen Teil seiner geostrategischen

Ziele nicht erreicht hätte? Falls das so gemeint war, mag das stimmen oder auch nicht. So oder so bedeutet Klaras Aussage dann aber einfach, dass sich die Arbeiterklasse mit den Interessen des russischen Imperialismus und der möglichst erfolgreichen Durchsetzung all seiner Pläne identifizieren soll. So wird Klara das wohl nicht gemeint haben – allerdings ist auch nicht klar, wie sie es sinnvollerweise gemeint haben könnte.

Behauptung 3: „Der Krieg ist objektiv im Interesse der Arbeiterklasse und verbessert ihre Kampfbedingungen“

In der ganzen Diskussion ist bisher auf Seiten der Kriegsbefürworter die Perspektive der Arbeiterklasse auf den Krieg in bezeichnendem Maße abwesend. Es wird abgelehnt, von einem zwischenimperialistischen Krieg zu sprechen, als Ursache für den Krieg werden lediglich auf einer Seite imperialistische Motive ausgemacht, auf der russischen Seite hingegen vermeintlich klassenübergreifende „Sicherheitsinteressen“. Dadurch eröffnen die Autoren sich die Möglichkeit, noch einen Schritt weiter zu gehen: Wenn der Krieg nicht imperialistisch ist, jedenfalls nicht von Seiten Russlands, dann könnte es sich ja um einen Krieg im Sinne der Arbeiterklasse handeln! Schließlich unterschied doch auch schon Lenin imperialistische Kriege von legitimen nationalen Befreiungskriegen.

Alexander behauptet: *„Die Absetzung der ukrainischen Regierung und Entmilitarisierung des Landes ist in der Tat das Ziel der russischen Intervention. Dieses Ziel fällt in dieser konkreten Situation mit dem Interesse der ukrainischen und russischen Arbeiterklasse zusammen.“*. Auch Nasrin *„möchte (...) die These aufstellen, dass die russische Militärintervention grundsätzlich sowohl im Interesse der ukrainischen wie auch der russischen Arbeiterklasse ist“*.

Stimmt das? Ist der aktuelle Krieg, der von Alexander als „Intervention“ verharmlost wird, im Interesse der russischen und sogar der ukrainischen Arbeiterklasse?

Fangen wir mit letzterer an: Die ukrainische Arbeiterklasse hat bisher seit Beginn der russischen Invasion einen schwer abschätzbaren, aber sicherlich im Bereich einiger Tausend Leben liegenden Blutzoll entrichtet. Das betrifft zum einen einige Tausende gefallene Soldaten, auf der anderen Seite aber

auch Zivilisten, d.h. Männer, Frauen und Kinder, die durch Bombardements, Raketenangriffe und Feuergefechte ums Leben gekommen sind. Nach Angaben der UN waren bis zum 15. Mai knapp 3.700 zivile Todesopfer und fast 3.900 verwundete Zivilisten bestätigt. Der Großteil dieser Opfer war das Ergebnis von Beschuss durch schwere Artillerie, MLRS (Mehrfachraketenwerfer), Luft-Boden-Raketen oder Marschflugkörper. Sicherlich muss eine Dunkelziffer hinzuaddiert werden (34). Westliche Medien zitieren zudem eine Vielzahl von Augenzeugen, die von Kriegsverbrechen russischer Truppen berichten. Da der Wahrheitsgehalt dieser Behauptungen sich schwer zu 100% überprüfen lässt und die Lage der ukrainischen Arbeiterklasse selbst ohne Berücksichtigung solcher Akte ohne Zweifel katastrophal ist, sollen sie hier aber außen vor gelassen bleiben.

Auch die russische Arbeiterklasse bezahlt den Krieg teuer mit Tausenden Leben von meist jungen Rekruten, die teilweise offenbar anfangs in den Krieg geschickt wurden, ohne dass ihnen der Charakter ihres Einsatzes bewusst war.

Nun könnte die Behauptung aufgestellt werden, dass sich durch den Krieg die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse – die ja nun wahrlich auch vor dem 24. Februar nicht gerade erfreulich waren – so stark verbessern werden, dass diese Todesopfer, so schrecklich sie auch sind, als notwendiges Übel in Kauf zu nehmen wären. Da wir davon ausgehen können, dass Alexander und anderen Befürwortern des Krieges die Schrecken dieses Krieges durchaus bewusst sein müssen, scheint dies in der Tat die intendierte Argumentation zu sein.

Welche Verbesserungen des Lebensstandards stehen der ukrainischen Arbeiterklasse also nach Beendigung des Krieges in Aussicht?

Erstens wird sicherlich die mögliche Absetzung des Regimes in Kiew genannt werden. Es handelt sich dabei zweifellos um ein reaktionäres, nationalistisches und autoritäres Regime, das repressiv gegen die Opposition vorgeht. Der zweite Punkt wird sicher dann die Beseitigung der faschistischen Banden sein, die seit acht Jahren Linke und Antifaschisten terrorisieren und im Krieg im Donbass eine verbrecherische Rolle gespielt haben. Drittens könnte man die Beendigung des Krieges im Donbass nennen, der ebenfalls seit 2014 Tausende Todesopfer gefordert hat.

Nun ist es inzwischen sehr zweifelhaft, ob der Krieg mit einer Absetzung der Regierung in Kiew enden wird. Die Umgruppierung der russischen Truppen und der Abzug von der Nordfront spricht nicht dafür, dass das Ziel eines militärisch erzwungenen Regierungswechsels verfolgt wird. Offiziell wird dem auch widersprochen, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Sacharowa bereits am 9. März: Ziel sei *„weder die Besetzung der Ukraine noch die Zerstörung ihrer Staatlichkeit noch der Sturz der aktuellen Führung“* (35). Doch selbst, wenn im Ergebnis des Krieges Russland tatsächlich eine neue Regierung einsetzen würde, inwiefern wäre eine prorussische Marionettenregierung aus Sicht der ukrainischen Arbeiterklasse wünschenswert? In Russland selbst geht die Regierung mit großer Härte gegen Antikriegsproteste vor. Das ist bereits an sich zu verurteilen. Es ist aber auch absurd zu glauben, dass diese Repressionen sich nicht in Zukunft auch gegen Kommunisten richten werden – jedenfalls gegen diejenigen Teile der russischen kommunistischen Bewegung, die den Burgfrieden mit der Regierung ablehnen und weiterhin internationalistische Standpunkte vertreten: Der Revolutionäre Kommunistische Jugendverband (Bolschewiki), die Jugendorganisation der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei, hat sich beispielsweise klar gegen den Krieg positioniert (36). Aber auch vier Duma-Abgeordnete der KPRF haben sich entgegen der Parteilinie öffentlich gegen den Krieg positioniert. Weitere lokale Abgeordnete sowie in einem „Appell der Kommunisten und Sozialisten gegen den brudermörderischen Krieg“ Hunderte Mitglieder, Lokalpolitiker und Sympathisanten der Partei haben es ihnen gleich getan (37). Für den Wiederaufbau einer internationalistischen, sich gegen den „roten Putinismus“ der KPRF-Führung stellenden kommunistischen Bewegung werden diese mutigen und prinzipientreuen Äußerungen in Zukunft wichtige Anknüpfungspunkte sein. Sie gegen Repressionen und bellizistische Stimmungsmache in Russland zu verteidigen ist Aufgabe der Kommunisten in Deutschland und auf der ganzen Welt. Doch zurück zum Krieg in der Ukraine:

Auf Grundlage welcher Fakten soll man davon ausgehen, dass ein Regierungswechsel hin zu einer prorussischen Marionettenregierung günstige Bedingungen für die Betätigung von Kommunisten schaffen würde? Eine solche Regierung wäre mit Sicherheit überall in der Ukraine, abgesehen vielleicht von einigen Gebieten im Osten und Süden des Landes, extrem

unbeliebt und müsste sich mit repressiven Mitteln an der Macht halten. Sicherlich ganz und gar keine guten Bedingungen für die Entstehung einer unabhängigen Arbeiterbewegung, für Streiks und Kämpfe für bessere Lebensbedingungen.

Vermutlich läuft der Krieg aber auf ein anderes Ergebnis hinaus, nämlich auf eine territoriale Aufspaltung der Ukraine in einen bzw. mehrere Teile, die mit Russland verbündet bzw. von diesem abhängig sein werden oder wie die Krim direkt annektiert würden und eine Rumpf-Ukraine, in der die pro-westlichen und nationalistischen Tendenzen die Mehrheit hätten.

Die Gründung einer „Volksrepublik Cherson“ in der Südostukraine wäre beispielsweise ein solcher Schritt, möglicherweise als Vorbereitung auf eine spätere Annexion. Anhand der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk lässt sich erahnen, dass dieses Szenario wohl kaum im Interesse der Arbeiterklasse wäre. Lagen die Anfänge der „Volksrepubliken“ noch in einem genuine Volksaufstand, der sich u.a. gegen die faschistischen und nationalistischen Tendenzen des neuen Regimes in Kiew richtete, haben in diesen quasistaatlichen Gebilden sehr schnell prokapitalistische Kräfte die Führung übernommen, die den demokratischen Bestrebungen der Anfangszeit ein jähes Ende gesetzt haben. Der Lebensstandard der Bevölkerung sank aufgrund der wirtschaftlichen Isolation und des Krieges rapide. Die völlige politische und ökonomische Abhängigkeit der beiden Republiken von Russland erschwert den Klassenkampf für verbesserte Lebensbedingungen massiv – in der Tat stellt sich ja die Frage, worin letztlich die strategische Perspektive des Kampfes bestehen soll, wenn die beiden Republiken dauerhaft und vollkommen am Tropf Moskaus hängen. Anders als in der restlichen Ukraine ist die Betätigung von Kommunisten in Donezk und Lugansk zwar weiterhin erlaubt, allerdings wurde der Kommunistischen Partei der Volksrepublik Donezk die Teilnahme an den Wahlen untersagt – und das trotz ihrer russlandfreundlichen und sicherlich nicht konsequent revolutionären Haltung. Es gibt zahlreiche Indizien dafür, dass Machtkämpfe in Donezk und Lugansk immer wieder durch politische Morde „gelöst“ wurden. Alexej Mosgowoj, der beliebte Kommandant der bekannten Prizrak-Brigade der „Volksrepublik Lugansk“ wurde unter ungeklärten Umständen und nach wiederholten Mordversuchen und einem gescheiterten Anschlag im Mai 2015 ermordet. Mosgowoj hatte sich immer wieder kritisch zu den herrschenden Kreisen der

„Volksrepublik“ geäußert, so z.B. zu den „Wahlen“ in den „Volksrepubliken“ am 2.11.2014: *„In der gesamten Periode der Existenz unserer Republik und ihrer Regierung gab es genau genommen noch nichts Konstruktives. Nur die dumme Erfüllung der Wünsche einiger Herren. Das Gleiche ist es mit den anberaumten Wahlen. Ein Gelage in Zeiten der Pest. Nur eine Masse an Versprechen und schöner Losungen“* (38). Auch der spätere Kommandant der Brigade, Alexej Markow, der sich selbst als Sozialist verstand, kam unter mysteriösen Umständen bei einem Autounfall im Jahr 2020 ums Leben.

Eine Spaltung der Ukraine wäre zudem bereits an sich mit einer Verschlechterung der Kampfposition der Arbeiterklasse verbunden. Sie würde die Politik in allen Teilen weiter auf die Grundlage des ethnischen Nationalismus orientieren (auch mit negativen Konsequenzen für die kleineren Minderheiten wie Juden, Griechen oder Tataren). Sie würde die verschiedenen daraus entstehenden Splitterstaaten noch stärker von den beiden involvierten imperialistischen Polen machen (die NATO/EU, USA, Deutschland usw. einerseits, Russland andererseits). Sie würde einen gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiterklasse der Ukraine auf Dauer unmöglich machen.

Diese Spaltung der Ukraine ist selbstverständlich nicht alleine Russland anzulasten. Es stimmt, dass es zuerst die NATO und von ihr geförderten Faschisten waren, die die Spannungen zwischen russisch- und ukrainischsprachigen Bevölkerungsteilen angeheizt haben. Doch der Krieg Russlands löst diese Situation nicht im Interesse der Arbeiterklasse, ganz im Gegenteil beteiligt Russland sich damit an der territorialen Aufspaltung des Landes und versucht, „seinen“ Anteil mit Gewalt zu vergrößern.

Der Krieg, die Verheerungen der Ukraine, die vielen Toten, die territoriale Spaltung, die nationalistische, teilweise faschistische Kriegspropaganda der ukrainischen Seite, aber auch der chauvinistische Nationalismus der russischen Seite – all diese Faktoren führen dazu, dass die Arbeiterklasse der Ukraine in extremem Maße nationalistisch verhetzt und für faschistische politische Kräfte empfänglich wird. Auch die Arbeiterklasse Russlands, des Donbass und der Krim werden durch den Krieg und die russische Kriegspropaganda sowie den großrussischen Chauvinismus, beispielsweise die Leugnung der nationalen Identität der Ukraine, nationalistisch aufgehetzt. Auch sie werden für reaktionäre politische Kräfte empfänglicher gemacht –

dass immer wieder Bilder russischer Panzer oder Kriegsbefürworter mit sowjetischen Symbolen die Runde machen, sollte nicht zu der Illusion führen, den reaktionären nationalistischen und staatstreuen Charakter der Pro-Kriegs-Bewegung in Russland zu unterschätzen. Die prinzipienlose, opportunistische Positionierung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation an der Seite der Kriegstreiber hat bisher diese Partei eher Sympathien in der Bevölkerung gekostet: Ihre Umfrageergebnisse sind von ca 22% Ende 2021 auf 14% Anfang Mai 2022 gefallen (39). Da die Unterstützung des Krieges in Russland eine nationalistische und staatstragende Position ist, ist es nicht verwunderlich, dass sich damit keine Werbung für sozialistische Politik machen lässt.

In der Ukraine und in Russland ist also eine Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach rechts zu beobachten, die große Teile der Arbeiterklasse betrifft und die Handlungsspielräume der Kommunisten und der Arbeiterbewegung weiter einschränken wird.

Interessant und bezeichnend ist aber auch, dass die angebliche Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in der Diskussion von Seiten der Kriegsbefürworter bisher rein politisch begründet wird. Ist nicht die Entwicklung des ökonomischen Lebensstandards auch Teil der Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse? Sind Kommunisten nicht auch die konsequentesten Verteidiger der unmittelbar ökonomischen und sozialen Lebensinteressen der Klasse, weil die Klasse sich nur in diesem Kampf zur „Klasse für sich“ formieren kann?

An den Auswirkungen des Krieges auf den Lebensstandard der ukrainischen und russischen Arbeiterklasse kann kein Zweifel bestehen: Sie sind ausgesprochen negativ. In Russland treffen die westlichen Sanktionen vor allem die werktätige Bevölkerung: Mehl und Zucker wurden bereits Tage nach Beginn der Invasion knapp, die Preise auf viele importierte Nahrungsmittel und Güter des täglichen Gebrauchs explodierten. Lebenswichtige medizinische Güter wie Insulin sind ebenfalls Mangelware (40). Hinzu kommen die hohen ökonomischen Kosten des Kriegseinsatzes selbst, die der russische Staat ebenfalls über Steuereinnahmen finanzieren muss, die an anderer Stelle fehlen werden.

Schlimmer sind die Folgen für die ukrainische Arbeiterklasse: In den Kriegsgebieten, d.h. im Donbass, Kramatorsk, Mariupol, in der Südukraine in den Oblasts Cherson und Saporischje, im Nordosten, in Charkiw/Charkow und im Kiewer Oblast sind die Zerstörungen auch jetzt schon gewaltig, obwohl die russische Armee sicherlich nicht, wie es in der westlichen Propaganda behauptet wird, absichtlich möglichst große Schäden an der zivilen Infrastruktur anrichtet.

Machen wir uns einmal in Zahlen deutlich, was der Krieg für das Leben der ukrainischen Arbeiterklasse bedeutet: Bereits nach drei Wochen schätzte die UNO ein, dass die Kriegsschäden an der Infrastruktur 100 Mrd. US\$ ausmachten. Diese Zahl muss inzwischen sehr viel höher sein und vermutlich einige Hunderte Milliarden US\$ betragen – bei einer Wirtschaftsleistung der Ukraine von jährlich um die 150 Mrd. US\$. Die UN schätzte zudem, dass bis zu 90% der ukrainischen Bevölkerung durch den Krieg in die Armut absinken könnten und bereits drei Wochen nach Kriegsbeginn das unmittelbare Überleben von etwa 30% der Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig gewesen sei (41). Die Flüchtlingsagentur der UNO (UNHCR) gibt an, dass bis zum 9. Mai 2022 fast sechs Millionen Ukrainer aufgrund des Krieges zur Flucht aus ihrem Land gezwungen wurden. Diese bereits gewaltige Zahl schließt wohlgerne nicht die zweifellos ebenfalls hohe Zahl an Binnenflüchtlingen ein, die innerhalb der Ukraine aus ihrer Heimat geflohen sind. Ebenso wenig werden Flüchtlinge mit der Nationalität von Nachbarländern gezählt, die aufgrund des Krieges in ihre Heimat zurückkehren (42).

Solche Zerstörungen und humanitären Tragödien sind bei einem Luft- und Landkrieg, der von russischer Seite vor allem mithilfe überlegener Feuerkraft gewonnen werden soll und zumindest in den ersten Wochen auch Versuche zur Eroberung von Großstädten einschloss, schlicht unvermeidlich. Die Ukraine wird auch nach dem Krieg unter Schäden in mehrhundertfacher Milliardenhöhe leiden. Eine schwer abschätzbare Zahl von Menschen wird ihre Wohnung verloren haben. Auch nach dem Krieg wird das Land von nicht explodierter Munition übersät sein, die auch Jahre nach dem Friedensschluss zivile Opfer fordern wird. Zahllose Ukrainer werden hoffnungslos und resigniert ihr Land verlassen, der „brain drain“ wird die Wirtschaft des Landes noch stärker belasten. Kurz gesagt: Auf absehbare Zeit wird die Ukraine noch

viel stärker als bisher das Armenhaus Europas sein. Es besteht kein Zweifel daran, dass allen voran die Arbeiterklasse unter diesen Belastungen leiden wird.

Verbessern sich zumindest die Kampfbedingungen der Kommunisten durch den Krieg? Auch das darf getrost bezweifelt werden. Der Krieg verstärkt in der Ukraine in ungeheurem Ausmaß den bestehenden Nationalismus und Russenhass. Diejenigen der ukrainischen Kommunisten, die sich hinter die russische Invasion gestellt oder diese nicht klar abgelehnt haben, werden auf Dauer als Handlanger der Invasoren und Besatzer diskreditiert sein.

Wenn wir versuchen, die konkreten Auswirkungen des Krieges auf die Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse einzuschätzen, müsste all dies zumindest in ein Verhältnis zu den vermeintlich positiven Effekten der „Entnazifizierung“ gestellt werden. Stattdessen argumentiert Nasrin einfach so: In dem Krieg werden Nazis liquidiert, Nazis sind schlecht für die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, ergo ist der Krieg gut für diese Kampfbedingungen. Leider funktioniert die Gleichung aber nicht so einfach. Sicherlich gibt es keinen Kommunisten oder aufrechten Antifaschisten auf der Welt, der für einen Neonazi des Aow-Regiments, der in Mariupol von einer russischen Rakete getroffen wird, eine Träne vergießt. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, dass ein Land in Schutt und Asche gelegt, vermutlich territorial aufgespalten, seine Bevölkerung umgebracht und die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen der Ukraine und der Region über Jahrzehnte vergiftet werden. Dabei handelt es sich um eine massive und strukturelle Verschlechterung der Lebens- und Kampfbedingungen. Es besteht kein Zweifel daran, dass der politische ebenso wie der sozial-ökonomische Nettoeffekt des Krieges für die Arbeiterklasse extrem negativ ist, selbst wenn im Verlauf der Kampfhandlungen einige Hundert Faschisten das Zeitliche segnen. Das muss erst einmal festgehalten werden, bevor wir uns den Vorwand der „Entnazifizierung“ noch genauer ansehen werden.

Behauptung 4: „Der Krieg dient der Entnazifizierung der Ukraine“

Diese These wird vor allem in Nasrins Beitrag ausgearbeitet und begründet, aber auch andere Genossen stellen ähnliche Behauptungen auf. Nasrin

schreibt: „Die Militärintervention öffnet nicht nur Handlungsspielräume für die Bevölkerung in den Volksrepubliken, sondern bedeutet für sie, sowie für alle antifaschistischen Kräfte in der Ukraine eine massive Verbesserung ihrer momentanen Kampfsituation. Gerade jetzt kann die Intervention auch von der russischen Arbeiterbewegung genutzt werden, um auch eine antifaschistische Offensive in Russland voranzutreiben, Druck auf die russische Regierung ausüben, die Forderung nach Denazifizierung nicht auf die Ukraine zu beschränken, sondern z.B. Nazis in Russland in den Blick zu nehmen, usw.“

An diesen Ausführungen ist einiges bemerkenswert. Erstens die befremdliche und bereits widerlegte Behauptung, durch das militärische Vorgehen gegen einige faschistische Verbände in der ukrainischen Armee würde sich die Kampfsituation der Arbeiterklasse insgesamt verbessern.

Zweitens das Verständnis von Entnazifizierung, das hier deutlich wird. Während die KO bisher immer darauf gepocht hatte, dass ein Vorgehen gegen Faschisten letztlich nur dann wirksam ist, wenn es die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus beseitigt, wird „Antifaschismus“ hier im Kern auf „Nazis töten“ reduziert. Was ist eigentlich aus unseren früheren Aussagen geworden, wonach in Nachkriegsdeutschland lediglich die SBZ bzw. DDR eine wirkliche Entnazifizierung durchgeführt haben, weil nur sie die Grundlagen des Nazismus wirklich beseitigten? Oder unserer Analyse, wonach eine Bekämpfung von Nazis, die nicht die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus angreift oder überhaupt nur thematisiert, ineffektive Symptombekämpfung bleibt?

Drittens die Vorstellung, man könnte ausgerechnet im Kontext eines russischen Krieges, vor dem Hintergrund umfassender nationalistischer Mobilisierung und eines sehr viel repressiver werdenden politischen Klimas in Russland die Situation „taktisch ausnutzen“, um die russische Regierung zu einer Entnazifizierung Russlands zu drängen. Wie könnte das in der Realität aussehen? Anscheinend folgt Nasrin der Vorstellung, die Bevölkerung in Russland würde den Krieg tatsächlich primär aus antifaschistischen Motiven unterstützen, sodass es eine antifaschistische Mobilisierung gäbe, die man nun ausnutzen könnte. Selbst dann wäre es natürlich keine korrekte Position für Kommunisten, der irreführenden Stimmung der Massen zu folgen und einen Krieg reaktionären Charakters gutzuheißen. Aber wie sieht die Stimmung im russischen Volk tatsächlich aus? Es ist bekannt, dass bei Umfragen eine große

Mehrheit der Russen ihre Unterstützung für den Krieg aussprechen: Nach einer Umfrage unterstützen 53% das Vorgehen der Streitkräfte eindeutig und 28% gaben an, dass sie es „eher“ unterstützen (43). Dabei ist es schwierig, zwischen einem irregeleiteten Antifaschismus einerseits, der wirklich an die „Entnazifizierungs“-Propaganda glaubt, und offenem Chauvinismus und Eroberungsphantasien andererseits zu trennen. Ein großer Teil der russischen Bevölkerung ist offenbar so nationalistisch aufgehetzt und blind für geopolitische Realitäten, dass er eine dauerhafte Besetzung oder Annexion der Ukraine befürwortet oder zumindest für bedenkenswert hält. Bei einer Umfrage, die kurz vor Kriegsbeginn stattfand, waren nur 43% eindeutig dagegen, die Ukraine mit Waffengewalt an Russland anzuschließen, während 36% diese Option sogar klar befürworteten (44). Die Unterstützung eines Eroberungskrieges des russischen Imperialismus ist offensichtlich etwas ganz anderes als die berechtigte Sorge über den Faschismus in der Ukraine. Es ist daher völlig unklar, woher die Einschätzung kommt, es gebe aktuell ein fortschrittliches Klima, das man ausnutzen könnte. Sicherlich ist es positiv, dass ein großer Teil des russischen Volkes den Faschismus ablehnt und die Erinnerung an die Sowjetunion hochhält. Aber daran kann man nicht anknüpfen, indem man die verlogene Instrumentalisierung dieser Stimmungen für die Kriegsziele des russischen Imperialismus unterstützt, sondern ganz im Gegenteil nur dadurch, dass man den reaktionären Charakter der russischen Bourgeoisie und ihres Staates aufzeigt und die Verlogenheit ihrer Propaganda entlarvt.

Vor allem aber muss über den Charakter des russischen Staates und der Kräfte, die in seinem Auftrag kämpfen, gesprochen werden. Bei vielen Linken und Kommunisten scheint die irrige Vorstellung vorzuherrschen, das heutige, kapitalistische Russland hätte gewisse Eigenschaften der Sowjetunion nicht völlig aufgegeben und wäre irgendwie noch Repräsentant der antifaschistischen und antiimperialistischen Traditionen. Mit der Realität hat all das leider nichts zu tun. Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass die Konterrevolution in ausnahmslos allen ehemaligen Sowjetrepubliken und Ländern des Warschauer Vertrags einem Vormarsch der schwärzesten Reaktion Bahn gebrochen hat. Die Rehabilitierung von Faschisten, die antikommunistische Verfälschung der Geschichte, der positive Bezug auf die reaktionärsten historischen Traditionen ist alles andere als ein Spezifikum der Ukraine – all das findet sich in der einen oder anderen Form auch in den

baltischen Ländern, in Polen und Ungarn, den ehemaligen jugoslawischen Republiken, Rumänien, Zentralasien und eben auch in Russland. Die Russische Föderation war nach dem Ende der Sowjetunion bemüht, lediglich in solchen Punkten an die sowjetische Symbolik anzuknüpfen, wo man deren Gehalt in ein „patriotisches“ großrussisches Narrativ einordnen konnte. Vor allem die Armee als Rückgrat des russischen Großmachtstatus hat deshalb die revolutionären Symbole (wie den roten Stern, das jährliche Gedenken zum 9. Mai usw.) in Teilen beibehalten. Der Staat selbst zeigte aber recht deutlich, wo er seine historischen Anknüpfungspunkte sieht: Die rote Fahne mit Hammer und Sichel als Symbol der Arbeiter- und Bauernmacht wurde ersetzt durch die weiß-blau-rote Trikolore des Russischen Zarenreiches, die im Russischen Bürgerkrieg von der konterrevolutionären Weißen Armee und im Zweiten Weltkrieg teilweise auch von der sogenannten Wlassow-Armee, also russischen Kollaborateuren der Nazis, verwendet wurde. Das Staatswappen Russlands zeigt den Adler der Zaren mit der Zarenkrone und ein Bild des heiligen Georg, als Zeichen für die positive Anknüpfung an das Zarenreich und die Orthodoxe Kirche.

Die Geschichte der Sowjetunion wird in instrumenteller und äußerst selektiver Weise eingesetzt: Als Teil der Geschichte Russlands als Großmacht, obwohl die Sowjetunion sich explizit nicht als russischer Staat, sondern als Staat aller Nationalitäten auf seinem Territorium verstand. Die positiven Gefühle, die ein Großteil des russischen Volkes mit der UdSSR verbindet, werden auch im Ukrainekrieg ausgenutzt, etwa indem man russischen Soldaten gestattet, die rote Fahne auf ihren Fahrzeugen oder eingenommenen Gebäuden zu hissen. Dies hat offenbar auch einige westliche Linke verwirrt, die darin ein Zeichen für einen fortschrittlichen Charakter des Krieges zu sehen glauben. Sicherlich ist es eine richtige und wichtige Frage, wie die prosowjetische Stimmung in der Bevölkerung von Kommunisten genutzt werden kann – die Unterstützung eines reaktionären imperialistischen Krieges ist allerdings sicherlich nicht die Antwort.

Entsprechend der antikommunistischen Staatsräson der Russischen Föderation wird auch der Anspruch der russischen Staatsführung auf Einfluss in der Ukraine begründet. Die Ukraine sei *„integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums.“* (...) *Die heutige Ukraine wurde voll und ganz und ohne jede Einschränkung von Russland*

geschaffen, genauer: vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann im Grunde gleich nach der Revolution von 1917. Lenin und seine Mitstreiter gingen dabei äußerst rücksichtslos gegen Russland selbst vor, von dem Teile seiner eigenen historischen Gebiete abgetrennt und abgestoßen wurden“, so Putin drei Tage vor Beginn der russischen Invasion. Die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki, den kleineren Nationen Selbstbestimmung und Autonomie zu verleihen, war nach Putin *„nicht nur einfach ein Fehler, sie waren, sozusagen viel schlimmer als ein Fehler“*. In einer Rede, in der es eigentlich um den Konflikt im Donbass und zwischen Russland und der Ukraine geht, verwendet Putin einen großen Teil seiner Redezeit, um die angebliche „künstliche“ Erschaffung von Nationalitäten wie der Ukraine durch die Bolschewiki anzuprangern, durch die verschiedene nationale Gruppen erst auf die Idee gekommen seien, sich vom russisch dominierten Staat zu trennen. Putins Schlussfolgerung kann daher nicht überraschen: *„Eine Überwindung des Kommunismus wollt Ihr? Alles klar, vollkommen einverstanden. Aber dann bitte nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Wir zeigen euch gerne, was eine echte Überwindung des Kommunismus für die Ukraine bedeutet.“* (45). Dass Putin neben der „Entnazifizierung“ auch die „Entkommunisierung“ der Ukraine als Ziel benannt hat, wurde in den westlichen Medien aus offensichtlichen Gründen verschwiegen. Sie ist jedoch sehr ernst zu nehmen: Aus dem Kontext von Putins Rede ergibt sich, dass es dabei nicht nur darum geht, die Erinnerung an den Kommunismus auszulöschen, was ja von den ukrainischen Autoritäten bereits betrieben wird, sondern darum, die Ergebnisse der Leninschen Nationalitätenpolitik, d.h. konkret die Existenz einer unabhängigen Ukraine, letzten Endes infrage zu stellen.

Ein Anfang April erschienener Artikel der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti treibt Putins Aussagen noch weiter auf die Spitze. Darin wird offen ausgesprochen, dass die vermeintliche „Entnazifizierung“ eine dauerhafte russische Besatzung sowie das Ende einer eigenständigen nationalen Identität der Ukrainer bedeute. *„Die Entnazifizierung kann nur vom Sieger durchgeführt werden, was voraussetzt, dass er 1. die unbedingte Kontrolle über den Entnazifizierungsprozess hat und 2. die Macht, diese Kontrolle zu gewährleisten. In dieser Hinsicht kann das entnazifizierte Land nicht souverän sein“*. Und: *„Der Name ‚Ukraine‘ kann offensichtlich nicht als Bezeichnung für ein vollständig entnazifiziertes Staatsgebilde auf einem vom*

Naziregime befreiten Gebiet beibehalten werden. (...) Die Entnazifizierung wird unweigerlich eine Ent-Ukrainisierung sein - eine Absage an die von den sowjetischen Behörden eingeleitete künstliche Aufblähung der ethnischen Komponente der Selbstidentifikation der Bevölkerung“. Dann wird recht offen über eine territoriale Aufteilung der Ukraine gesprochen, wobei auch die Westukraine dauerhaft unter russischer Besatzung bleiben soll: *„Eine Russland feindlich gesinnte, aber zwangsneutrale und entmilitarisierte Ukraine, in der der Nationalsozialismus formell verboten ist, wird dahinter zurückbleiben. Russlandhasser werden dorthin gehen. Eine Garantie dafür, dass diese Rest-Ukraine neutral bleibt, sollte die Androhung einer sofortigen Fortsetzung der Militäroperation sein, wenn die aufgeführten Anforderungen nicht erfüllt werden. Dies würde wahrscheinlich eine ständige russische Militärpräsenz auf dem Territorium des Landes erfordern“* (46).

Während in Russland bereits die Vokabel „Krieg“ für den in der russischen Staatspropaganda als „militärische Spezialoperation“ verharmlosten Krieg verboten ist und Kritik an diesem in den Medien nicht vorkommt, bekommt ein rabiater, anti-ukrainischer Nationalismus darin ein Forum geboten und gehört damit zum zugelassenen Meinungsspektrum darüber, was mit der Ukraine zukünftig zu tun sei.

An dieser Stelle muss man sich bereits fragen: Kann ein Krieg, der mit offenem Nationalismus und Chauvinismus begründet wird, die „Entnazifizierung“ eines Landes bewerkstelligen? Bietet er einen günstigen Nährboden für eine „antifaschistische Offensive“, wie Genossin Nasrin behauptet, oder vielleicht vielmehr für die explosionsartige Ausbreitung nationalistischer Stimmungen in der Bevölkerung?

Angesichts der überwiegend reaktionären historischen Bezugspunkte der Russischen Föderation kann man bereits die Frage stellen, mit welcher Glaubwürdigkeit ein solcher Staat sich den Kampf gegen den Faschismus auf die Fahnen schreiben kann. Doch zum Verhältnis der Regierung Putins gegenüber dem Faschismus kann noch einiges mehr gesagt werden.

Bekannt sind die durchaus freundlichen Beziehungen Putins zu Ideologen der extremen Rechten wie Alexander Dugin und Alexander Solschenizyn. Solschenizyn, der im Westen wegen seiner hervorstechenden Rolle als antikommunistischer Geschichtsfälscher immer noch gefeiert wird, war ein

Unterstützer der faschistischen Franco-Diktatur in Spanien (47). Vor allem aber stellte er sich in den 2000er Jahren auf die Seite Putins, den er für den Schutz der russischen Staatlichkeit gegen westliche Unterwanderungsversuche lobte. Die russische Administration belohnte ihn mit der Verleihung eines Staatspreises und Präsident Putin besuchte den greisen Solschenizyn in dessen Wohnung, um ihm mitzuteilen, dass ihre Vorstellungen über den zukünftigen russischen Staat sich in Übereinstimmung befänden. Was damit gemeint war: Die geteilte Überzeugung, dass Belarus und die Ukraine wieder zum russischen Staat gehören müssten und die orthodoxe Kirche ein zentraler Pfeiler der russischen Kultur sei (48).

Alexander Dugin gilt als persönlicher Freund und Berater Putins, dessen Denken erheblichen Einfluss auf die weltpolitische Konzeption der russischen Regierung hat. Dugin kann als der führende zeitgenössische Theoretiker der extremen Rechten Russlands bezeichnet werden. Sein zentrales Theorem ist die „eurasische Idee“, d.h. die Befürwortung eines von Russland dominierten Großraumes „Eurasien“, das sich kulturell vor allem im Gegensatz zur „westlichen Welt“, also zum Liberalismus und zur „Globalisierung“ sieht, die den Zusammenhalt der Nationen untergraben würden. Auch der Sozialismus wird selbstverständlich abgelehnt. Die ideologischen Bezugspunkte des „Eurasismus“ von Dugin sind u.a. Alain de Benoist, wichtigster Vorreiter der Neuen Rechten, der faschistische Rassentheoretiker und Mussolini-Sympathisant Julius Evola und der als „Kronjurist des Dritten Reiches“ bezeichnete Carl Schmitt (49).

Zu den Ideologen, auf die Putin sich während der letzten 20 Jahre in seinen Reden häufig explizit berufen hat, gehört auch Iwan Iljin. Der Adlige Iljin war einer der führenden intellektuellen Unterstützer der „weißen“ Konterrevolution im Russischen Bürgerkrieg und später bekennender Faschist. In der Machtübertragung an Hitler sah er einen „Akt der Erlösung“. Allerdings orientierte er sich in den folgenden Jahren stärker an anderen faschistischen Diktatoren wie Mussolini und Salazar, deren enges Bündnis mit der Kirche ihm mehr zusagte. In Russland findet seit Jahren eine schleichende Rehabilitierung Iljins statt: Nachdem Iljins Schriften in der Sowjetunion jahrzehntelang verboten waren, wurden 2005 seine sterblichen Überreste gemeinsam mit denen des Oberkommandierenden der Weißen Armee Anton Denikin nach Russland überführt und in Moskau bestattet. Iljins zentrales

Werk „Unsere Aufgaben“ wurde 2014 vor der Annexion der Krim an alle höheren Beamten und Regionalgouverneure der Russischen Föderation versandt und zur Lektüre empfohlen. Iljins Traum war der eines traditionalistischen Führerstaates in Russland, der sich offensiv gegen alle ausländischen Versuche zur Destabilisierung und Zerstückelung zur Wehr setzt. Darin liegt sein Wert für die heutigen russischen Kapitalisten und ihre Regierung (50).

Die Regierung Putins nutzt Fragmente verschiedener Ideologien für ihre Ziele, wo sie diesen dienlich sind. Das Ziel ist die Konzeptualisierung eines starken imperialistischen Russlands, dessen im Inneren verbindende Ideologie sich im Wesentlichen auf die Bejahung eines „starken Staates“ und der russischen Identität stützt, die wiederum v.a. durch die orthodoxe Religion und das Slawentum definiert wird. Dafür werden auch positive Bezüge auf bestimmte Aspekte der sowjetischen Geschichte aufgenommen, bei gleichzeitig scharfer Ablehnung der sozialistischen Oktoberrevolution selbst, der die Destabilisierung des russischen Staates vorgeworfen wird (oft verbunden mit dem geschichtsrevisionistischen Narrativ, Lenin sei „deutscher Agent“ gewesen). Vor allem aber werden auch die Vordenker der weißen Konterrevolution, des russischen Faschismus und der „Neuen Rechten“ dafür herangezogen.

Auch zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele nutzt der russische Staat seit Langem faschistische Kräfte. Bekannt geworden ist die „Wagner-Gruppe“, eine paramilitärische Organisation, die von dem Neonazi Dmitri Utkin gegründet wurde und seitdem in verschiedenen Konflikten die Interessen des russischen Staates vertreten hat. Beispielsweise hat die Wagner-Gruppe in der Zentralafrikanischen Republik im Bürgerkrieg interveniert und die dortige Regierung stark von Russland abhängig gemacht. In Syrien hat die Gruppe ebenfalls auf Seiten der Regierung operiert und sich ansonsten vor allem auch im Donbass einen Namen gemacht, wo seit Beginn russische Söldner mit faschistischer Gesinnung auf Seiten der „Volksrepubliken“ gekämpft haben. Utkin wurde für seine Dienste gegenüber dem russischen Staat mehrfach mit dem Tapferkeitsorden ausgezeichnet.

Doch nicht nur die Wagner-Gruppe beweist, dass die russische Regierung kein grundsätzliches Problem mit Faschisten hat, sondern lediglich ein Problem mit antirussischen Faschisten. Schließlich steht z.B. der russische

Verbündete Kasachstan der Ukraine, was die Rehabilitierung des Faschismus angeht, kaum nach. Die dortigen Faschisten sind ebenso antirussisch wie die ukrainischen. Kasachische Faschisten unterdrücken die russische Minderheit im Land, u.a. mit „Sprachpatrouillen“, die sich gegen jeden richten, der in der Öffentlichkeit Russisch spricht. Auch in Kasachstan haben extreme Nationalisten und Faschisten hohe Staatsämter inne, beispielsweise Staatssekretär Jerlan Karin, ein Unterstützer der europäischen Neuen Rechten und der türkischen Grauen Wölfe. Die Regierung arbeitet seit Jahren daran, die Turkestan-Legion der Wehrmacht und die muslimischen Einheiten der SS zu rehabilitieren, die im Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion im Vernichtungskrieg zur Partisanenbekämpfung eingesetzt wurden (51). In Kasachstan ist – ebenso wie in der Ukraine – die Kommunistische Partei verboten und wird massiv verfolgt, Gleiches gilt für die Sozialistische Bewegung Kasachstans. Auch die Gewerkschaften werden verfolgt und Arbeiterkämpfe mit blutigen Repressionen überzogen, wie beim Zhanaozen-Massaker 2011, wo viele Arbeiter von den Staatsorganen getötet und weitere verletzt worden. Beim Arbeiteraufstand vom Januar 2022 wurden über 200 Menschen getötet, zum großen Teil ebenfalls durch staatliche Repressionen.

Das kasachische Regime war somit (mindestens bis zum Beginn der russischen Invasion) eher noch repressiver gegen die Arbeiterbewegung und die Kommunisten und auch kaum weniger profaschistisch als das ukrainische. Trotzdem unterhielt die russische Führung mit dem Regime von Kassym-Jomart Tokajew gute Beziehungen im Rahmen der Organisation des Vertrages für Kollektive Sicherheit (OVKS). Sie startete keine „Militäroperation“ zur „Entnazifizierung“ in Kasachstan, vielmehr schickte sie auf Geheiß der kasachischen Regierung ihre Soldaten, um das Regime im Kampf gegen den Arbeiteraufstand zu stützen. Während die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) in der Ukraine den Kampf der russischen Streitkräfte gegen den Faschismus propagiert, hieß sie in Kasachstan den OVKS-Einsatz zur Stützung des reaktionären und arbeiterfeindlichen Regimes gut. Im ersten Fall wird der Krieg für notwendig erklärt, um eine arbeiterfeindliche Diktatur zu stürzen, während im anderen Fall eine arbeiterfeindliche Diktatur unterstützt wird, um einen (angeblich drohenden) Krieg zu verhindern. Daher liegt wohl der Verdacht nahe, dass es der KPRF in Wirklichkeit nicht um den Kampf gegen Nazis, sondern um die

Stützung der eigenen Regierung und ihrer Außenpolitik geht, wobei je nach Situation die Vorwände ausgetauscht werden, wie es gerade passt.

Die Faschisierung der Gesellschaft in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und des Warschauer Vertrags bzw. RGW ist eine Folge der Dynamik der Konterrevolution, die, um den Kapitalismus restaurieren und eine rechtfertigende Ideologie für diesen bereitstellen zu können, den Kräften der äußersten rechten Reaktion die Bahn frei gemacht hat. Die Faschisierung wird in der Ukraine von der NATO vorangetrieben, aber wie Kasachstan und Russland zeigen, ist die Anbindung an die NATO dafür keine zwingend notwendige Voraussetzung. Der gesellschaftliche Ursprung des Faschismus in Osteuropa ist nicht die NATO, sondern die Konterrevolution. Und für diese steht Putin ebenso wie Selenskij.

Was Russland also in der Ukraine betreibt, ist keine „Entnazifizierung“, auch wenn im Verlauf der Kriegshandlungen Faschisten auf ukrainischer Seite sterben. Es ist ein imperialistischer Krieg zur Aufteilung der Ukraine, eine Spätfolge der Zerstörung der Sowjetunion. Mit jedem Haus, das zerstört, jedem ukrainischen Zivilisten, der getötet wird, wächst der Hass auf Russland und die Russen und ermöglicht es den Faschisten, sich als legitime Verteidiger der territorialen Integrität der Ukraine darzustellen. Durch die westlichen Waffenlieferungen, die seit Beginn der russischen Invasion um ein Vielfaches angeschwollen sind, sind die Faschisten in der ukrainischen Armee nun vermutlich besser ausgerüstet als jede andere faschistische bewaffnete Formation seit dem Zweiten Weltkrieg. Es kann nicht unterschlagen werden, dass die Faschisten, obwohl sie bereits vorher von den westlichen Imperialisten unterstützt wurden, erst durch den russischen Krieg in extremem Maße eine Aufwertung erfahren haben. Das zeigt sich auch darin, dass seitdem die kritischen Berichte, die es bis dahin auch im Westen immer wieder gab, so gut wie verstummt werden und der faschistische Charakter des Regiments Asow inzwischen in westlichen Medien in der Regel geleugnet wird, um eine immer offenere Unterstützung dieser Gruppierung möglich zu machen. Sich von einer solchen Entwicklung, die eindeutig eine Folge des russischen Krieges ist und nicht etwa seine Ursache, eine Beseitigung des Faschismus in der Ukraine oder auch nur seine nachhaltige Schwächung zu erwarten, ist offenkundig absurd. Die Vorstellung, dass eine Entnazifizierung von Reaktionären und von der Bourgeoisie vorangetrieben würde, ist eine

zutiefst bürgerliche Auffassung, die sich auch und gerade im konkreten Fall Russlands an der Realität blamiert.

Behauptung 5: „Russland führt den Krieg vorrangig zur Verteidigung seiner Sicherheitsinteressen“

Wie gezeigt wurde, ist die Behauptung, dass Russland zu einem „Defensivschlag“ gezwungen war, um sein eigenes Überleben zu sichern, völlig haltlos. Aber weshalb hat die russische Führung den Krieg dann begonnen?

Ging es, wie einige Genossen behaupten, überhaupt vorrangig um „Sicherheitsinteressen“?

Sicherlich spielen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation auch eine Rolle. Die Verhinderung eines NATO-Beitritts der Ukraine ist eine wichtige Forderung in den Friedensverhandlungen. Doch das alleine reicht wohl kaum aus, um eine überzeugende Erklärung für den Krieg zu liefern. Denn ein NATO-Beitritt der Ukraine stand vor dem Beginn der Invasion überhaupt nicht auf der Tagesordnung. Dies hat vor allem auch die deutsche Regierung immer wieder klargemacht – zu groß wäre das Risiko für die deutsch-russischen Geschäftsbeziehungen gewesen (52). Selenski selbst äußerte sich ernüchert über die Hinhaltenaktik der NATO, die zwar von „offenen Türen“ spreche, „aber jetzt haben wir auch gehört, dass wir dort nicht eintreten dürfen, und das müssen wir einsehen“ (53). Auch dass andere benachbarte Länder nun ihre Aufrüstung und NATO-Präsenz verstärken würden, sowie dass Finnland und Schweden mit hoher Wahrscheinlichkeit der NATO beitreten würden, dürfte der russischen Führung bewusst gewesen sein. Es war daher von vornherein fraglich, inwiefern der Krieg überhaupt zu einem Gewinn an Sicherheit für Russland führen würde.

Den Krieg auf „Sicherheitsinteressen“ zu reduzieren, ist eine verkürzte Sichtweise, die dem Wesen des Konflikts nicht gerecht wird. Der Konflikt begann als ein Tauziehen zwischen Russland und der EU darum, zu welchem „Block“ die Ukraine zukünftig gehören würde: Zur EU-Nachbarschaft oder zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Allgemein ging es um wirtschaftlichen und politischen Einfluss in einem wichtigen Schlüsselland in Osteuropa. Russland verlor diesen Kampf mit dem Putsch 2014, woraufhin es dazu überging, sich

einen Rest-Einfluss auf dem Gebiet der Ukraine zu sichern, indem es die „Volksrepubliken“ im Donbass unterstützte und die Krim annektierte. Die Zustimmung der örtlichen Bevölkerungen lieferte den benötigten Vorwand dafür. Die Ambitionen des Regimes in Kiew, sich das Donbass zurückzuholen, und zwar ohne die im Minsk-II-Abkommen vereinbarten Autonomierechte zu gewähren, waren für Russland ein direkter Affront. Ein Affront allerdings nicht gegen seine „existenziellen Sicherheitsinteressen“, denn ob die Ukraine das Donbass kontrolliert oder nicht, ändert an Russlands allgemeiner Sicherheitslage relativ wenig. Vielmehr ging es darum, dass das Donbass erstens die wichtigste Verhandlungsmasse war, über die Moskau im Konflikt mit Kiew verfügte; und zweitens auch wirtschaftlich eine der wichtigsten Regionen der Ukraine. Eine gewaltsame Einverleibung des Donbass durch Kiew bedrohte also zwar nicht die Sicherheit Russlands, wohl aber seine machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen in der Region. Eine der unverhandelbaren Forderungen Russlands in den Verhandlungen ist darum auch die Anerkennung der Sezession des Donbass sowie der Annexion der Krim durch Kiew. Dies ist auch ein Aspekt hinter der strategischen Verlagerung der russischen Truppen aus dem Norden der Ukraine in den Osten – die „Befreiung“ der gesamten Ostukraine durch russische Truppen soll das gesamte von den „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk beanspruchte Territorium umfassen und im Südosten eine oder mehrere weitere „Volksrepubliken“ mit prorussischer Marionettenregierung installieren oder diese Gebiete möglicherweise direkt annektieren. Diese Zielsetzung ist inzwischen offiziell bestätigt. Mit Generalmajor Rustam Minnekajew hat ein hochrangiger russischer Militär die Kontrolle des gesamten Südens der Ukraine, also eine lückenlose Besetzung der ukrainischen Schwarzmeerküste und Herstellung einer Landbrücke vom Donbass zur Krim und von der Krim über Odessa bis nach Transnistrien (wo ebenfalls russische Truppen stationiert sind) als Kriegsziel formuliert (54). Diese Eroberungsziele Russlands zeichneten sich bereits seit Wochen dadurch ab, dass in den eroberten Territorien der Südukraine eigene Verwaltungsstrukturen geschaffen, der Rubel als Währung eingeführt, der Anschluss der Regionen ans russische Strom-, Gas- und Eisenbahnnetz angekündigt, Ortsnamen geändert und russische Staatssymbole angebracht wurden. All dies sprach gegen eine nur vorübergehende Besetzung dieser Gebiete.

Russland will mit seinen Eroberungen sicherstellen, dass es nicht seinen Einfluss auf die gesamte Ukraine verliert, sondern das Land zwischen den rivalisierenden imperialistischen Blöcken aufgeteilt wird: In einen pro-westlichen und im Süden und Osten einen russischen bzw. pro-russischen Teil. Russland nutzt dafür auch aus, dass erhebliche russischsprachige Bevölkerungsteile mit historischer Verbundenheit zu Russland in diesen Regionen leben. Es nutzt in verlogener Art und Weise antifaschistische Parolen und Symbole, um an die Gefühle der dortigen (wie auch der eigenen) Bevölkerung zu appellieren. Ziel ist die dauerhafte Eroberung (durch Annexion oder Einsetzung abhängiger Regierungen) einiger der wertvollsten Gebiete der Ukraine: Der bedeutenden Industrieregion Donbass und der gesamten Nordküste des Schwarzen Meeres. Dadurch wird die wirtschaftliche Integration des Donbass mit Russland abgesichert, die russische Position als Handels- und Militärmacht im Schwarzen Meer weiter gestärkt und ein großer Teil der russischsprachigen Bevölkerung unter die Herrschaft des russischen Staates gebracht. Der berühmte Ausspruch von Zbigniew Brzezinski, einem der führenden Strategen des US-Imperialismus, wird von der russischen Führung ernst genommen: *„Ohne die Ukraine hört Russland auf ein Imperium zu sein, aber mit der Beeinflussung und dann Unterordnung der Ukraine wird Russland automatisch zum Imperium“* (55). Sicherlich ist diese Aussage übertrieben – richtig ist jedoch, dass die Ukraine für das Streben Russlands nach der Weltmacht eine Schlüsselrolle spielt.

Zu guter Letzt ging es aus russischer Sicht sicherlich auch darum, mit der Invasion in der Ukraine gegenüber der NATO ein Zeichen zu setzen. Die russische Führung setzt damit einen außenpolitischen Kurs fort, der mit dem Krieg in Georgien 2008 einen ersten Höhepunkt erlebte, einen zweiten und dritten mit der Intervention in Syrien und der Annexion der Krim und nun mit einem voll ausgewachsenen Krieg gegen die Ukraine alles Bisherige übertrifft. Es geht also um eine Machtdemonstration: *„Russland ist als Großmacht auf die Weltbühne zurückgekehrt. Die NATO muss russische Interessen in ihre Kalkulationen mit einbeziehen, sonst wird Russland nicht davor zurückschrecken, sie mit Gewalt zu sichern“*.

Die russische Kriegsführung deutet darauf hin, dass man in Moskau mit schnellen militärischen Erfolgen und einem wahrscheinlichen Kollaps des ukrainischen Regimes rechnete bzw. mit schnellen Verhandlungen, in denen

man Zugeständnisse erpressen können würde. Deshalb wurde Kiew bereits am ersten Tag mit Fallschirmjägern angegriffen und vieles deutet auf übereilte Vorstöße der russischen Verbände hin, die wohl nicht mit anhaltendem und organisiertem Widerstand rechneten. Der Erfolg eines russischen „Blitzkrieges“, von dem damals auch zahlreiche westliche Analysten ausgingen, hätte den russischen Machtanspruch untermauert und die Überlegenheit des russischen Militärs demonstriert. Als Nebeneffekt wäre der Krieg auch ein Testgelände gewesen, um neue russische Waffentechnik wie z.B. Hyperschallraketen in der Praxis zu erproben, was mit Raketen vom Typ Kinschal auch bereits geschehen ist.

All diese Kriegsmotive entsprechen dem typischen Verhalten imperialistischer Mächte, die bedenkenlos über Leichen gehen, um wirtschaftliche und geopolitische Ziele zu erreichen. Mit den Interessen der Arbeiterklasse und der betroffenen Völker hat all das nichts zu tun.

Fazit:

Der Charakter des Krieges als zwischenimperialistischer Krieg erfordert von Kommunisten eine eindeutige Positionierung gegen diesen Krieg. Trotzdem wurde in der Diskussion versucht, mit verschiedenen Argumenten diese Schlussfolgerung zu unterminieren: Russland habe keine Wahl gehabt, weil es sonst selbst angegriffen worden wäre; der Krieg diene der Entnazifizierung und verbessere die Lebenssituation der Arbeiterklasse usw. usf. Es wird eine angebliche „Überschneidung der Interessen der Arbeiterklasse mit der russischen Bourgeoisie“ behauptet. Wie gezeigt wurde, ist diese Überschneidung inexistent. Die ukrainische Arbeiterklasse hat in der Tat keineswegs ein Interesse daran, dass sie von russischen Bomben zerfetzt, ihre Häuser zerstört und ihr Land aufgeteilt wird. Entsprechend absurd sind auch historische Vergleiche mit dem Zweiten Weltkrieg, wo beispielweise der Kriegseintritt der USA ebenfalls objektiv im Interesse der Arbeiterklasse gewesen sei. Die Ukraine ist nicht Nazideutschland, die NATO plante kein „Unternehmen Barbarossa“ gegen Russland, der aktuelle Krieg dient weder der Verteidigung des Sozialismus noch wird er die Kampfbedingungen der Kommunisten verbessern – ganz im Gegenteil.

Die Unterstützung des russischen Krieges ist also ein schwerer politischer Fehler. Dieser Irrtum wiegt nicht nur schwer, weil er einen Bruch mit dem

proletarischen Internationalismus darstellt – er ist vor allem deshalb verheerend, weil seine Konsequenzen verheerend sind. In der Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Blöcken ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Kommunisten eine eigenständige Position unabhängig von und gegen alle kapitalistischen Mächte einnehmen. Die Kriege der Imperialisten werden immer mit Propaganda aller Art gerechtfertigt. Noch kein imperialistischer Krieg wurde vom Zaun gebrochen, ohne dass die Herrschenden schwülstige und verlogene Reden zu seiner Legitimierung geschwungen hätten. Noch keine Aggression hat im imperialistischen Stadium des Kapitalismus stattgefunden (und wohl auch wenige in den Zeiten davor), die nicht durch an den Haaren herbeigezogene Propagandalügen zu Friedensmissionen verdreht wurden. Für Kommunisten ist es entscheidend, diese Lügen der Herrschenden zu durchschauen und sie zu entlarven. Nur dann können sie ihre Aufgabe erfüllen, die darin besteht, die Arbeiterklasse über ihre Interessen und den Widerspruch zur Bourgeoisie aufzuklären. Je weiter Kommunisten sich in ihren Analysen von der Realität entfernen, desto unglaubwürdiger machen sie sich für die Masse der Bevölkerung. Umgekehrt gilt aber auch: Wenn man einmal verstanden hat, wie man ins Reich des Absurden vordringen muss, um überhaupt einigermaßen überzeugende Rechtfertigungen für den Krieg produzieren zu können, dann beginnt man zu erahnen, wie falsch die Rechtfertigung des imperialistischen Krieges der Russischen Föderation ist.

Anmerkungen:

1a) Hier sei beispielhaft auf den Artikel „Zur Verteidigung der Programmatischen Thesen“ verwiesen, in dem versucht wird, die Imperialismusanalyse der Programmatischen Thesen auszuführen und zu begründen: er folgt in diesem Heft als nächster Artikel, online zu finden bei: <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/zur-verteidigung-der-programmatischen-thesen-der-ko/>

1b) Jürgen Wagner 2022: NATO-Aggression und Russlands Reaktion, online: <https://www.imi-online.de/2022/01/24/nato-aggression-und-russlands-reaktion>, abgerufen 9.5.2022.

2a) <https://www.ukrinform.net/rubric-politics/3214479-zelensky-enacts-strategy-for-deoccupation-and-reintegration-of-crimea.html>

2b) <https://www.armscontrol.org/factsheets/Nuclearweaponswhohaswhat>

- 3) <https://sgp.fas.org/crs/nuke/RL32572.pdf>
- 4a) <https://missilethreat.csis.org/system/gmd/>
- 4b) <https://missilethreat.csis.org/system/thaad/>
- 5a) <https://www.reuters.com/article/us-raytheon-poland-patriot-idUSKB N1 H417S>
- 5b) https://web.archive.org/web/20090415122817/http://www.fas.org/spp/starwars/congress/1992_h/h920407p.htm
- 6) <https://www.washingtonpost.com/world/2019/09/17/billions-spent-us-weapons-didnt-protect-saudi-arabias-most-critical-oil-sites-crippling-attack/>
- 7) <https://www.haaretz.com/opinion/.premium-reuven-pedatzur-does-iron-dome-really-work-1.5233223>
- 8) <https://missilethreat.csis.org/defsys/sm-3/>
- 9) <https://www.armscontrol.org/act/2010-05/flawed-dangerous-us-missile-defense-plan>
- 10) <https://www.spektrum.de/news/hyperschallwaffen-der-hype-um-den-hyperschall/1935553>
- 11) <https://www.science.org/content/article/national-pride-stake-russia-china-united-states-race-build-hypersonic-weapons>
- 12) <https://slate.com/human-interest/2007/08/did-the-soviets-really-build-a-dooms-day-machine.html>
- 13) <https://web.archive.org/web/20170821193850/https://de.Sputniknews.com/technik/20170821317111742-tote-hand-moskaus-russland-zum-atoma-gegen-schlag-ausholen/>
- 14) Frank Blackaby, Jozef Goldblat, Sverre Lodgaard. "No-First-Use of Nuclear Weapons", 1984, Bulletin of Peace Proposals
- 15) <https://sgp.fas.org/crs/nuke/RL32572.pdf>
- 16) <https://www.statista.com/statistics/264443/the-worlds-largest-armies-based-on-active-force-level/>
- 17) <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/largest-navies-in-the-world>
- 18) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>

- 19) http://english.scio.gov.cn/infographics/2018-06/05/content_51673238.htm
- 20) <https://foreignpolicy.com/2011/10/11/americas-pacific-century/>
- 21) <https://www.globalfirepower.com/active-military-manpower.php>
- 22) <https://www.reuters.com/world/europe/where-nato-forces-are-deployed-2022-01-24/?msclkid=cfefe510be4111ecafcb032e95d4ab99www.armedforces.eu>
- 23) <https://www.transportenvironment.org/discover/europes-dependence-on-russian-oil-puts-285m-a-day-in-putins-pocket/#:~:text=Europe%20is%20dependent%20on%20Russian%20oil%20for%20over,the%20bloc%20are%20via%20oil%20tankers%20and%20ports.?msclkid=d13f9e4bbe4311ec9b50fa82484c3db0>
- 24) <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8914>
- 25) <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-02/joe-biden-schickt-tausende-us-soldaten-nach-deutschland-und-osteuropa>
- 26) ebenda
- 27) https://rp-online.de/politik/eu/ukraine-krieg-droht-der-dritte-weltkrieg-wie-begrundet-ist-die-angst_aid-66274863
- 28) Joshua T. Christian. "An Examination of Force Ratios", 2019, U.S. Army Command and General Staff College, USA
- 29) <https://www.tagesschau.de/ausland/finnland-nato-beitritt-eu-russland-ukraine-krieg-101.html>
- 30) <https://www.lpb-bw.de/ukraine-eu-nato>
- 31) <https://www.dw.com/de/krisendiplomatie-olaf-scholz-sucht-seine-rolle/a-60705908>
- 32) Klaus Törnudd. "Finnish Neutrality Policy During the Cold War", 2005, The SAIS Review of International Affairs; <https://www.deutschlandfunk.de/verhaeltnis-zu-russland-finland-zwischen-den-stuehlen-100.html>
- 33) <https://www.laenderdaten.info/laendervergleich.php?country1=FIN &country2=UKR>
- 34) <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2022-05/Ukraine%20-%20civilian%20casualty%20update%20as%20of%2024.00%2015%20May%202022%20ENG.pdf>

- 35) Patrick Diekmann: Kein Sturz der ukrainischen Regierung? Putin hat sich den Realitäten in der Ukraine ergeben, t-online.de, 9.3.2022.
- 36) <http://www.solidnet.org/article/Urgent-Joint-Statement-of-Communist-and-Workers-Parties-No-to-the-imperialist-war-in-Ukraine/>, abgerufen 15.4.2022.
- 37) IDcommunism: Russian communist lawmakers condemn Ukraine war, 11.3.2022, online: <http://www.idcommunism.com/2022/03/russian-communist-lawmakers-condemn-ukraine-war.html?fbclid=IwAR1dx5iHJZ6mE1KB5xyXwCpa--bBH2EGSezUDiz60NhrJ746OPzSB9jLdX0>; Birger Schütz: Kommunisten für den Krieg, Neues Deutschland, 8.4.2022.
- 38) Wjatscheslaw Chripun: Warum Alexej Mosgowoj ermordet wurde, Ukraine Nachrichten, 29.5.2015, online: https://ukraine-nachrichten.de/warum-alexej-mosgowoj-ermordet-wurde_4262?msclkid=09790f7cbbf711ec850b8d62e4ef9f95, abgerufen 15.4.2022.
- 39) <https://politpro.eu/en/russia>, abgerufen 7.5.2022.
- 40) Andrew Roth: ‚We’re going back to a USSR’: long queues return for Russian shoppers as sanctions bite, The Guardian, 23.3.2022.
- 41) UN News: Ukraine war: \$100 billion in infrastructure damage, and counting, online: <https://news.un.org/en/story/2022/03/1114022?msclkid=c3cead9cbca111ecb6d78d264acb9aa0>, abgerufen 15.4.2022.
- 42) Ukraine refugees: UN map shows total nears 5.9 million, online: <https://www.msn.com/en-ae/news/world/ukraine-refugees-un-map-shows-total-nears-5-9-million/ar-AAUFmVZ?ocid=uxbndlbing>, abgerufen 9.5.2022
- 43) <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/russen-einstellung-ukraine-krieg-russland-100.html?msclkid=2d74d94bbe8411ecbfaa809c4d779aef>
- 44) <https://edition.cnn.com/interactive/2022/02/europe/russia-ukraine-crisis-poll-intl/index.html?msclkid=4d195201be8311ecb5ebc00f812ab5ee>
- 45) <https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/putin-rede-21.2.2022/>
- 46) https://ria.ru/20220403/ukraina-1781469605.html?fbclid=IwAR1vhwCvYc-iMassF8HdQT4-mlZZI5L0-CCDjTUN_TbUS8KLcegiQPnU10
- 47) Solshenitsyn bids Spain use caution, New York Times, 22.3.1976, online: <https://www.nytimes.com/1976/03/22/archives/solshenitsyn-bids-spain-use-caution.html>, abgerufen 9.5.2022.

- 48) [https://www.nzz.ch/feuilleton/alexander-solschenizyn-ein-mahner-der-den -kreml-stoert-ld.1440031](https://www.nzz.ch/feuilleton/alexander-solschenizyn-ein-mahner-der-den-kreml-stoert-ld.1440031)
- 49) Micha Brumlik: Der Philosoph hinter Putin, Tageszeitung 4.3.2022, <https://taz.de/Der-russische-Faschist-Alexander-Dugin!/5836919/>
- 50) Sascha Buchbinder: Er hat's erfunden, Die Zeit 17.3.2022; NZZ: Rückkehr General Denikins in die russische Heimat, 4.10.2005.
- 51) Aynur Kurmanov: The process of rehabilitation of Nazi accomplices in Kazakhstan continues!, online: https://peloantimperialismo.wordpress.com/2022/04/12/the-process-of-rehabilitation-of-nazi-accomplices-in-kazakhstan-continues/?fbclid=IwAR0M_9OhwHtrm6Spfk4YTjKRBuHqam5Ne7Tg_xRn1ZUEtulXsp6CIUCPN1w
- 52) <https://www.rnd.de/politik/ukraine-und-nato-beitritt-hintergruende-und-aus-sichten-nach-russlands-invasion-PHYTMCJBHZCLZHKESYDN3J25I.html?msclkid=8363049fbe7e11ecbae6f25f0c43e010>
- 53) <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-nato-105.html?msclkid=83633782be7e11ec80ce96ea9c1a2f37>
- 54) Matt Murphy: Ukraine war. Russia aiming for full control of south, commander says, <https://www.bbc.com/news/world-europe-61188943>
- 55) William Tyler: Ukraine: Past Present Future, online: <https://www.talkhistorian.com/post/ukraine-past-present-future>, abgerufen 9.5.2022.

Thanasis Spanidis: Zur Verteidigung der programmatischen Thesen der KO! Das Konzept der „imperialistischen Pyramide“ und seine Kritiker

Zusammenfassung in Kurzthesen:

- In den Programmatischen Thesen der KO finden wir (in Grundzügen) eine klare Orientierung zur Analyse des Imperialismus vor. Die darin entwickelte theoretische Konzeption wird nun in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen (Klara Bina, Alexander Kiknadze, in geringerem Maße auch Paul Oswald) abgelehnt.
- Die Behauptung, wonach das imperialistische Weltsystem von einer „unipolaren Weltordnung“ unter Führung der USA geprägt sei, lässt sich durch die verfügbaren Daten nicht bestätigen. Sowohl das ökonomische als auch das militärische Kräfteverhältnis an der Spitze der imperialistischen Weltordnung widerlegen das Bild einer alleinigen Herrschaft der USA.
- Ebenso wenig lässt sich die Vorstellung bestätigen, wonach das imperialistische Weltsystem nach wie vor durch die uneingeschränkte Herrschaft der „Triade“ aus Nordamerika, Westeuropa und Japan gekennzeichnet sei. Eine neue Konstellation ist vor allem durch den Aufstieg Chinas an die Spitze der imperialistischen Hierarchie entstanden, aber auch durch den Aufstieg anderer Mächte in führende oder gehobene Zwischenpositionen der Hierarchie.
- Die Sichtweise, wonach nur die am höchsten stehenden Länder der imperialistischen Rangordnung (die „Handvoll Räuber“) überhaupt als „imperialistisch“ betrachtet werden, blendet die imperialistische Rolle von Ländern in höheren Zwischenpositionen des Weltsystems aus. Exemplarisch werden hier Russland und Mexiko in ihrer Stellung im imperialistischen Weltsystem untersucht. Problematisch sind insbesondere Auffassungen aus der Tradition der Dependenztheorie, die dazu tendieren, die Abhängigkeitsbeziehungen im imperialistischen Weltsystem zu verabsolutieren, als einseitig und unveränderlich aufzufassen.

- Diese Sichtweise stellt zudem einen Bruch mit dem Leninschen Verständnis des Imperialismus als monopolistischem Kapitalismus und damit als einer neuen Qualität der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse dar. Imperialismus wird nach diesem falschen Verständnis nicht mehr primär als ein in den monopolistischen Eigentumsverhältnissen, der Tendenz zum Kapitalexport wurzelndes Herrschaftsverhältnis aufgefasst, sondern einseitig von den (vermeintlichen) Kräfteverhältnissen zwischen den führenden imperialistischen Ländern abgeleitet.

- Die richtige Analyse des Imperialismus ist im Gegensatz zu diesen falschen Auffassungen diejenige, die das imperialistische Weltsystem als hierarchische Ordnung von gegenseitigen, aber asymmetrischen Abhängigkeiten versteht, als imperialistische Pyramide, in der nicht nur die Spitze, sondern auch die Zwischenpositionen in nach unten hin abnehmendem Maße die Charakteristika der imperialistischen Epoche des Kapitalismus aufweisen und an der Aufteilung der Beute teilhaben. Die Konzeption der „imperialistischen Pyramide“ ist somit – im Gegensatz zu den Auffassungen ihrer Kritiker – keineswegs eine Abweichung von der Imperialismusauffassung Lenins, sondern deren Anwendung auf die heutige Weltlage.

Der Kampf um die richtige Analyse des Imperialismus ist keine akademische, sondern eine hochgradig politische Frage. Die Imperialismusanalyse ist die Analyse der Herrschaftsstruktur des kapitalistischen Systems, in dem wir leben; es ist die Analyse der Interessen und Strategien der Ausbeuter, die wir bekämpfen. Eine wichtigere Frage gibt es nicht.

Die KO hat bereits eine Analyse des Imperialismus diskutiert und beschlossen. Diese findet sich in ihren Programmatischen Thesen. Darin weist die KO ausdrücklich die Vorstellung zurück, „*der Imperialismus sei die Vorherrschaft einiger, „westlicher“ oder „nördlicher“ Staaten wie der USA, Westeuropas und Japans. (...) Es ist falsch, bestimmten, relativ unterlegenen imperialistischen Polen innerhalb dieses Systems eine prinzipielle Friedensfähigkeit oder fortschrittliche Rolle zuzuschreiben. Die fatale Konsequenz aus solchen Fehleinschätzungen ist, dass die Arbeiterklasse sich unter der Fahne fremder Interessen, nämlich des einen oder anderen imperialistischen Pols sammelt. Der Imperialismus ist ein globales System*

gesellschaftlicher Beziehungen, das alle kapitalistischen Länder umfasst, nicht nur die USA, Japan und Westeuropa. Auch andere Staaten, in denen (monopol-)kapitalistische Verhältnisse bestehen, wie etwa China, können keinen antiimperialistischen Charakter annehmen.“. Diese Worte scheinen aus heutiger Sicht prophetischen Charakter zu haben: Sie sind so geschrieben, als hätten sie bestimmte Standpunkte, die nun von Teilen unserer Organisation vertreten werden, vorausgesehen und versucht, sich von ihnen abzugrenzen. Das war natürlich nicht so. Dennoch waren die von uns damals gewählten Formulierungen sehr bewusst gewählt – sie sind das Ergebnis einer bereits in der DKP und SDAJ geführten Diskussion, die letztlich ein maßgeblicher Grund dafür war, weshalb ein Teil der heutigen KO sich damals entschloss, diese Organisationen zu verlassen. Dass nicht allen Beteiligten damals die Tragweite dieser Positionierung klar gewesen ist, mag sein. Dass die KO jedoch einen klaren Standpunkt zu dieser Frage hat, ist eine Tatsache.

Diesen Standpunkt hatte die KO sich nicht im luftleeren Raum erarbeitet, sondern sie konnte von den Ausarbeitungen und Debattenbeiträgen der internationalen kommunistischen Bewegung profitieren. Die Auseinandersetzung mit bestimmten problematischen Auffassungen vom Imperialismus ist also nicht neu und nicht auf Deutschland beschränkt, sie wurde allen voran von der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) aufgenommen.

Der imperialistische Krieg in der Ukraine hat nun auch in Deutschland in der kommunistischen Bewegung bestehende Dissense an die Oberfläche und zur Explosion gebracht. Dass dem so ist, mag die „natürliche“ Folge einer welthistorischen Zäsur sein, wie sie der Krieg in der Ukraine darstellt – erfreulich ist das allerdings nicht. Statt dass wir uns nun, gestützt auf eine richtige Analyse, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen positionieren, müssen wir uns mit uns selbst und mit Grundsatzdebatten beschäftigen. Dass wir dies tun, ist jetzt aber unvermeidlich und somit richtig.

Ein Mangel vieler der bisherigen Beiträge, wobei ich insbesondere diejenigen von Klara Bina (i), Paul Oswald (ii) und Alexander Kiknadze (iii) meine, liegt darin, dass sie ihre Abgrenzung gegenüber der Imperialismusanalyse der KKE hauptsächlich auf Behauptungen stützen, die sie kaum belegen. Eine Auseinandersetzung mit dem Faktenmaterial findet (noch) sehr wenig statt, beispielsweise werden die für Klara Bina zentralen Thesen der „unipolaren

Weltordnung“ und der „Abhängigkeit“ nicht konkret belegt. An sich ist das verständlich, da die Diskussion unter Zeitdruck geführt wird. Problematisch wird es aber, wenn die Argumentation sich in eine Richtung entwickelt, die, wie hier gezeigt werden soll, mit den realen Verhältnissen nicht mehr viel zu tun hat.

Für eine Analyse des heutigen imperialistischen Weltsystems hilft es nur sehr begrenzt weiter, detailliert Lenins Texte auszuwerten, wie es z.B. Paul Oswald tut. Es ist richtig, das von Lenin entwickelte begrifflich-theoretische Instrumentarium anzuwenden, um die Situation der heutigen Welt zu analysieren. Etwas anderes und falsch ist es hingegen, wenn aus Mangel an aktueller Analyse die Antworten allein in Schriften gesucht werden, die über 100 Jahre alt sind. Lenins Werk ist von unschätzbare Bedeutung für uns, aber es ist keine Sammlung aus Glaubenssätzen. An der Analyse der objektiven Realität kommt man nicht vorbei. Dass Klara und Paul im Prinzip auch diesen Anspruch formulieren, ist ausdrücklich zu begrüßen, auch wenn sie ihn in ihren Beiträgen nicht einlösen. Deshalb soll dieser Beitrag einen Schritt in diese Richtung wagen und einige grundsätzliche Einschätzungen der Konstellation des heutigen Imperialismus geben.

Die Beiträge der Genossen Paul, Klara und Alexander werden ab hier der Einfachheit halber einfach ohne Fußnoten zitiert.

1. Überblick über die Debatte

In der aktuellen Diskussion scheinen drei unterschiedliche Analysen des heutigen Imperialismus miteinander zu konkurrieren.

Das ist **erstens** die von Klara als „Weltsystemansatz“ bezeichnete Analyse, die von einer abgestuften internationalen Hierarchie der asymmetrischen, aber doch gegenseitigen Abhängigkeiten („imperialistische Pyramide“) ausgeht.

Zweitens eine weiterhin verbreitete Analyse, die man als „Triaden-Theorie“ bezeichnen könnte und die nach wie vor nur Westeuropa, die USA und Japan (die „Triade“) als imperialistische Mächte betrachtet, die die Welt untereinander aufteilen. Zwischenimperialistische Widersprüche entwickelten sich nur zwischen den Mitgliedern der Triade, die Widersprüche zwischen der Triade und dem Rest der Welt wiederum werden als solche zwischen unterdrückenden und unterdrückten Staaten gesehen.

Drittens eine „Superimperialismus“-These, die selbst den westeuropäischen Mächten, Kanada und Japan ihre Eigenständigkeit als imperialistische Akteure abspricht und nur noch die USA als wirklich imperialistische Macht betrachtet.

Die erste Position wird, wie gesagt, von der KO in ihren Programmatischen Thesen vertreten. Dieser Standpunkt wird aber nun durch einen Teil der Organisation infrage gestellt, die zur zweiten (tendenziell Klara) oder dritten Position (tendenziell Alexander) tendieren. Die zweite und dritte Position bauen in ihren Annahmen erkennbar auf der Dependenztheorie auf, die die Beziehungen zwischen „Nord“ und „Süd“ als Beziehungen einseitiger Abhängigkeit charakterisiert. Die erste Position erkennt zwar die starke Asymmetrie der Abhängigkeiten im imperialistischen Weltsystem an, steht aber der Dependenztheorie in ihren verschiedenen Varianten kritisch gegenüber. Warum, wird im Verlauf des Beitrags hoffentlich deutlich werden.

Wie argumentiert nun die Position, die das Imperialismusverständnis der Programmatischen Thesen ebenso wie das der KKE grundsätzlich infrage stellt. Diese Position soll hier kurz wiedergegeben werden. Am ausführlichsten ist sie bei Klara ausgearbeitet.

Klara hat einige „Fragen“ zur Imperialismusanalyse gestellt, die allerdings in Wirklichkeit eher Thesen sind. Klara gibt sehr deutlich zu verstehen, dass sie die Position der KKE und generell der Parteien des leninistischen Pols in der IKB für grundlegend falsch hält – mehr noch, an mehreren Stellen wird der „Weltsystemansatz“ sogar implizit dem Opportunismus zugerechnet (z.B. „... weil der Weltsystemansatz als eine Reaktion auf andere (!) opportunistische Vorstellungen in der Imperialismusfrage auftritt“).

Sie selbst ist der Ansicht, dass die heutige Welt von einer „Handvoll Räuber“ beherrscht werde, womit sie nicht nur eine geringe Anzahl monopolistischer Konzerne sondern auch eine Gruppe weniger führender imperialistischer Staaten meint. Hierbei bezieht sie sich auf entsprechende Formulierungen aus Lenins Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“. Lenin sage *„unmissverständlich und das zieht sich wie ein roter Faden durch die Imperialismusschrift, dass es erstens Großmächte gibt, die sich qualitativ vom Rest der Welt unterscheiden, zweitens, dass diese Großmächte die Welt*

beherrschen, drittens dass der Widerspruch zwischen ihnen darin besteht, wie sie die Beute unter sich aufteilen“.

Wir leben demnach in einer Welt, *„wo auf der einen Seite die „Handvoll Räuber“ und auf der anderen Seite „die Beraubten“, auf der einen Seite „die unterdrückenden“, auf der anderen Seite „die Unterdrückten“ stehen. Wenn dieses Bild nicht mehr stimmen soll, dann handelt es sich genau genommen nicht mehr um Imperialismus.“* – weil für Klara gerade das Wesen des Imperialismus darin besteht, dass die Welt scharf in unterdrückende und unterdrückte Länder und Nationen aufgeteilt wird.

Dass die KKE von gegenseitigen statt einseitigen Abhängigkeiten spricht, widerspricht für Klara nicht nur *„sehr grundsätzlich den Vorstellungen Lenins“*, sondern grenze auch *„an Sinnentleerung des Begriffs Abhängigkeit“*. Sie argumentiert dagegen, dass quantitative Unterschiede zwischen Ländern an einem gewissen Punkt in eine neue Qualität umschlagen müssten, *„und zwar in eine einseitige Abhängigkeit, die bis hin zur totalen Unterwerfung oder sogar Zerstörung jeglicher Reste von Eigenständigkeit gehen kann“*. Im Gegensatz dazu seien die imperialistischen Staaten in der Lage *„durch das Vorhandensein von immensen Kapitalsummen die ganze Welt mit ihrem Kapital zu überziehen und zu kontrollieren“*.

Von einseitiger Abhängigkeit gingen auch die Dependenztheorien aus. Ähnlich argumentiert aber auch der Beitrag von Paul Oswald: *„Meinem Verständnis nach bildet damit die koloniale Unterdrückung den Kern des Imperialismus.“*; *„Es ist meiner Ansicht nach also nicht möglich vom Imperialismus zu sprechen, ohne diese zwei Lager (der unterdrückenden und unterdrückten Nationen, Th.S.) in der Welt vor Augen zu haben“*. Dabei sei heute, nach der Dekolonisierung, vor allem die Rolle von „Halbkolonien“ wichtig. Sehr weit geht hierbei auch Alexander, der die Frage stellt: *„Sind USA nur die Spitze der (...) imperialistischen Pyramide oder SIND sie die Pyramide mit ihrer immer noch weltweit deutlichen militärischen Überlegenheit und Währung?“*.

Alexander schreibt auch, es werde deutlich, *„wie schwach unser kollektiver Diskussionsstand in Form der Programmatischen Thesen ist. Es leiten sich in der Einschätzung der konkreten Situation diametral unterschiedliche Standpunkte ab“*. Nachdem in den Programmatischen Thesen der

Imperialismus als ein alle Länder umfassendes Weltsystem charakterisiert wird, ist schwer nachvollziehbar, wie jemand die Auffassung vertreten kann, die dazu gegenteilige Ansicht wäre ebenfalls eine „Ableitung“ aus den Programmatischen Thesen. Das ist sie keineswegs, sondern, das sollte ganz klar gesagt werden, die in den Beiträgen von Klara Bina, Paul Oswald und Alexander vertretene Imperialismusanalyse ist explizit eine Gegenposition zu der Position der Programmatischen Thesen.

Nun sagt diese Feststellung aber noch nichts über ihre Richtigkeit oder Falschheit aus. Natürlich ist es denkbar, dass wir uns geirrt haben könnten. Dann sollten wir unsere Analyse korrigieren.

Um zu beantworten, ob die Programmatischen Thesen in ihrer Imperialismusanalyse grundlegend falsch liegen, wird es nun notwendig sein, das in den Programmatischen Thesen vertretene Imperialismusverständnis besser auszuarbeiten und an der Realität zu überprüfen. Hier wäre auch eine Selbstkritik der gesamten Organisation angebracht: Dass wir diese Frage bisher nicht gezielt angegangen haben, ist ein großer Mangel, der uns jetzt zum Verhängnis wird. Um dieses Problem früher zu erkennen, wäre es allerdings notwendig gewesen, dass diejenigen, die unser Imperialismusverständnis für falsch halten, dies schon früher deutlich formuliert hätten.

Die Frage, ob das Imperialismusverständnis der KO und der KKE tatsächlich von Lenin abweicht oder nicht, wird in den ersten Kapiteln außen vor gelassen und erst am Ende wieder aufgegriffen. Damit soll mithilfe der von Lenin entwickelten Kategorien die empirische Analyse des imperialistischen Weltsystems vorgenommen werden, um dann zu beantworten, inwiefern Lenins Theorie heute noch geeignet ist, um den Imperialismus zu analysieren und ob der Standpunkt der Programmatischen Thesen mit dem von Lenin in Einklang zu bringen ist (Die Antwort ist auf beide Fragen: Ja!)

Ist es nun tatsächlich so, dass die Programmatischen Thesen auf dem Holzweg sind? Ich nehme meine Antwort bereits im Titel vorweg – Nein! Das Imperialismusverständnis der Programmatischen Thesen ist vollkommen korrekt. Es bedarf keiner „Korrektur“ oder Revision, sondern einer genaueren

Ausarbeitung. Diese müssen wir uns vornehmen und vielleicht leistet dieser Diskussionsartikel ja auch schon einen Beitrag dazu.

2. Wer beherrscht die Weltwirtschaft? Zur Rangordnung im heutigen imperialistischen Weltsystem

Um den imperialistischen Charakter eines Landes aufzuzeigen, wählt Lenin vor allem den Grad der Konzentration und Zentralisation, also die Herausbildung des Monopolkapitals als grundlegendes Kriterium. Darauf aufbauend und als Folge der Entstehung des Monopolkapitals analysiert er zudem die Entstehung des Finanzkapitals und die Tendenz zum Kapitalexport. Das ist bis heute plausibel: Denn das Monopolkapital markiert den Übergang zu einer neuen Qualität auf der Ebene der Produktionsverhältnisse. Es beendet die „freie“ Konkurrenz kleinerer Kapitale in großen Teilen der Ökonomie und ersetzt sie durch die Konkurrenz der Monopole, die vorrangig nicht als Preiskonkurrenz, sondern mit anderen Methoden (z.B. Werbung, hohe technologische Barrieren und Spezialisierung usw.) ausgetragen wird. Die Akkumulation gewaltiger Kapitalsummen, gleichzeitig der erhöhte Bedarf an Finanzierung führen zur Verschmelzung von Banken und Industrie, zur Gründung eigener Banken durch die Industrie, zur tendenziellen Ablösung des Kapitaleigentums vom fungierenden Kapital in Form des Beteiligungssystems usw. Die Überakkumulation von Kapital und ständige Jagd nach neuen Anlagemöglichkeiten führt das Kapital über die nationalen Grenzen hinaus, sie macht den Kapitalexport gesetzmäßig notwendig.

Diese Phänomene, Monopolisierung, Finanzkapital und Kapitalexport, sind darum die hauptsächlichen Kriterien, um den imperialistischen Charakter der Ökonomie zu analysieren.

Klaras Auffassung vom heutigen imperialistischen Weltsystem lässt sich an verschiedenen Stellen herauslesen. Beispielsweise: *„Die Vorstellung, dass es eine absolute Alleinherrschaft eines Imperiums gäbe, ist in dieser Extremform abzugrenzen von der allgemeinen und meiner Ansicht nach auch nicht falschen Darstellung des derzeitigen Imperialismus als unipolare Herrschaft“*

Deutlicher äußert sich Alexander in diese Richtung. Die USA seien *„weiterhin die Nation, die der gesamten Welt ihre Politik diktieren kann“*. Es wird sogar die Frage aufgeworfen: *„Sind USA nur die Spitze der von Aleka*

Papariga begründeten imperialistischen Pyramide oder SIND sie die Pyramide?“. Bei den beiden letzten Aussagen dürfte dem Autor bewusst sein, dass er sich hier zu extremen Übertreibungen versteigt – es ist wohl einigermaßen offensichtlich, dass die USA eben *nicht* der gesamten Welt „ihre Politik diktieren“ können, wenn sie beispielsweise seit 63 Jahren daran scheitern, die Regierung einer Karibikinsel in ihrer direkten Nachbarschaft zu stürzen. Doch nehmen wir die These der „unipolaren Weltordnung“, mit der gegen die Imperialismusanalyse der Programmatischen Thesen und der KKE argumentiert wird, einmal ernst und konfrontieren sie mit den Fakten.

Ein erster, sehr oberflächlicher Zugang kann die Länder anhand ihres BIP vergleichen. Dabei ist es sinnvoll, nicht das nominale BIP (das die offiziellen Wechselkurse zugrunde legt) zu verwenden, sondern das in Kaufkraftparität gemessene BIP. Dieses rechnet den Effekt der Inflation heraus und ist besser geeignet, um Länder mit unterschiedlichem Lebensstandard und sehr unterschiedlicher Kaufkraft (wie z.B. die USA, Russland und China) miteinander zu vergleichen – das BIP wird so berechnet, als würden die Waren aller Länder in US-amerikanischen Preisen verkauft. Demnach sind die 10 stärksten kapitalistischen Volkswirtschaften der Welt:

Tabelle 1: Wirtschaftsleistung nach Kaufkraftparität in Mrd. US\$, 2020

Land	BIP
China	23.020
USA	19.863
Indien	8.509
Japan	5.062
Deutschland	4.276
Russland	3.876
Indonesien	3.130
Brasilien	2.989
Vereinigtes Königreich	2.868
Frankreich	2.852

Quelle: Weltbank

Gemessen an ihrem absoluten Gewicht in der Weltwirtschaft, also an den jeweils produzierten Waren und Dienstleistungen, ist China inzwischen mit

gewissem Abstand die größte Volkswirtschaft der Erde. Die „alten“ wirtschaftlichen Großmächte USA, Japan, Deutschland, Großbritannien und Frankreich stehen nicht mehr alleine an der Spitze der Weltwirtschaft. Russland, dessen imperialistischer Charakter von einigen angezweifelt wird, steht immerhin auf Platz 6. Der Vollständigkeit halber können wir uns die Liste auch gemessen an offiziellen Wechselkursen, also der anderen üblichen Messart, ansehen:

Tabelle 2: Wirtschaftsleistung nach laufenden Preisen in Mrd. US\$, 2020

Land	BIP
USA	20.953
China	14.723
Japan	5.058
Deutschland	3.846
Vereinigtes Königreich	2.760
Indien	2.660
Frankreich	2.630
Italien	1.889
Kanada	1.645
Südkorea	1.638

Quelle: Weltbank

Hier ergibt sich ein etwas anderes Bild, doch das Wesentliche bleibt: Auch hier sind die alten Großmächte nicht mehr unangefochten an der Spitze. China, Indien und Südkorea machen ihnen die obersten Plätze streitig. Russland und Brasilien folgen auf den Plätzen 11 und 12.

Für einen ersten Blick auf die Stellung einer Ökonomie innerhalb des kapitalistischen Weltsystems war der Vergleich des Bruttoinlandsprodukts hilfreich. Allerdings erlaubt dieser Blick nur begrenzte Aussagen darüber, ob ein Land eine beherrschende oder doch eher Zwischenposition in der Hierarchie spielt. So ist beispielsweise das BIP von Indien durch die schiere Masse der indischen Bevölkerung, die in ökonomische Aktivitäten der einen oder anderen Art eingebunden sind, größer als es seiner Stellung im imperialistischen Weltsystem entspricht.

2.1. Die Beherrschung des internationalen Warenhandels

Ein weiterer Indikator für das ökonomische Gewicht eines Landes sind seine Exporte. Die folgende Tabelle zeigt die Exporte der weltgrößten Exporteure.

Grafik 1: Der Welthandel im Jahr 2020



Quelle: Weltbank.

Natürlich ist auch relevant, wie diese Exporte sich zusammensetzen. Es macht einen Unterschied, ob ein Land v.a. hochwertige Industriegüter exportiert oder nur unverarbeitete Landwirtschaftsprodukte. Allerdings schlägt sich diese Unterscheidung ohnehin bereits insofern nieder, dass erstere zu weitaus höheren Preisen verkauft werden und es daher ohne entwickelte Industrie kaum möglich ist, in die Reihe der größten Exportländer aufzusteigen. Daher sagt uns auch diese Datenreihe etwas über die ökonomischen Hierarchien: Auch hier steht China ganz vorne, dann folgen einige der alten imperialistischen Mächte, aber auch Südkorea, Singapur, Irland, Indien und Mexiko besetzen nennenswerte Teile des Weltmarktes. Sehen wir uns aber als nächstes an, welche Länder bei den Exporten von Industriegütern führend

sind, exemplarisch anhand der wichtigen Branchen Kfz, Elektronik, Chemie und Werkzeugmaschinen. Grau unterlegt sind Länder, die nicht zur alten imperialistischen „Triade“ (Nordamerika, Westeuropa, Japan) gehören (Irland als ehemalige Quasi-Kolonie sollte demnach ebenfalls nicht zur „Triade“ gerechnet werden).

Tabelle 3: Die größten Exporteure der Industriesektoren Automobil, Elektronik, Chemie, Werkzeugmaschinen, in Mrd. US\$, 2020.

Autos		Elektronik		Chemie		Werkzeugmaschinen	
BRD	122	Hong Kong	154	China	72	BRD	6
Japan	81	Taiwan	123	USA	45	Japan	5,1
USA	46	China	117	Irland	42	China	3,5
Mexiko	40	Singapur	86	BRD	35	Italien	2,6
Südkorea	36	Südkorea	83	Schweiz	26	Taiwan	1,8
Belgien	33	Malaysia	49	Belgien	24	Schweiz	1,7
Kanada	32	USA	44	Japan	22	Südkorea	1,6
Spanien	32	Japan	29	Südkorea	21	USA	1,3
UK	27	Philippinen	20	Niederlande	19	Belgien	0,7
Slowakei	24	Vietnam	14	Indien	19	Österreich	0,7
Tschechien	21	Deutschland	13	UK	16		
Frankreich	19	Niederlande	12	Frankreich	14		
Italien	15	Irland	8	Singapur	12		
Ungarn	11	Thailand	7	Saudi Arabien	12		
Schweden	11	Frankreich	7	Italien	10		

Quellen: www.worldstopexports.com; Eurostat (für Werkzeugmaschinen)

Am ehesten halten die Länder der alten „Triade“ noch in der Autoindustrie ihre Vorherrschaft aufrecht. Bei der Elektronik, der größten der hier aufgeführten Branchen, liegt die Dominanz vollkommen in Ost- und Südostasien. In der chemischen Industrie und der vergleichsweise kleinen

Branche Werkzeugmaschinen ist das Bild gemischt, eine unangefochtene westliche Vorherrschaft gibt es hier allerdings auch nicht.

Sicherlich ließe sich hier einwenden, dass es aber darauf ankommt, wer diese Produktion kontrolliert. Dieser Einwand ist teilweise berechtigt, denn natürlich macht es einen Unterschied, ob bestimmte Länder nur weit oben in der Statistik auftauchen, weil sie zum Produktionsstandort ausländischer Industrie auserkoren wurden, die aber ihre Profite ins Mutterland repatriiert und dort auch die meisten Steuern zahlt. So erklären sich z.B. sicherlich teilweise die hohen KfZ-Exporte von Mexiko, aber auch Spaniens und Tschechiens (Seat und Škoda als größte Fahrzeughersteller gehören beide VW). Wir werden uns daher auch noch ansehen, welche Länder mit ihren Konzernen die Weltwirtschaft dominieren. Allerdings sind die Exportstatistiken deshalb alles andere als aussagekräftig. Denn auch die Bourgeoisie eines Produktionsstandorts, der von ausländischem Industriekapital abhängig ist, profitiert indirekt von dieser Konstellation in Form von Steuereinnahmen, regionalen Infrastrukturprojekten, Wissens- und Technologietransfer usw. Wie China, Taiwan, Südkorea, Singapur und andere Länder zeigen, kann das durchaus zur eigenständigen Entwicklung eines einheimischen Monopolkapitals beitragen, das mittel- und langfristig sogar eine internationale Führungsrolle übernehmen kann. Daher ist es berechtigt, die Industrieexporte als Indikator für die Stellung innerhalb der imperialistischen Pyramide zu werten.

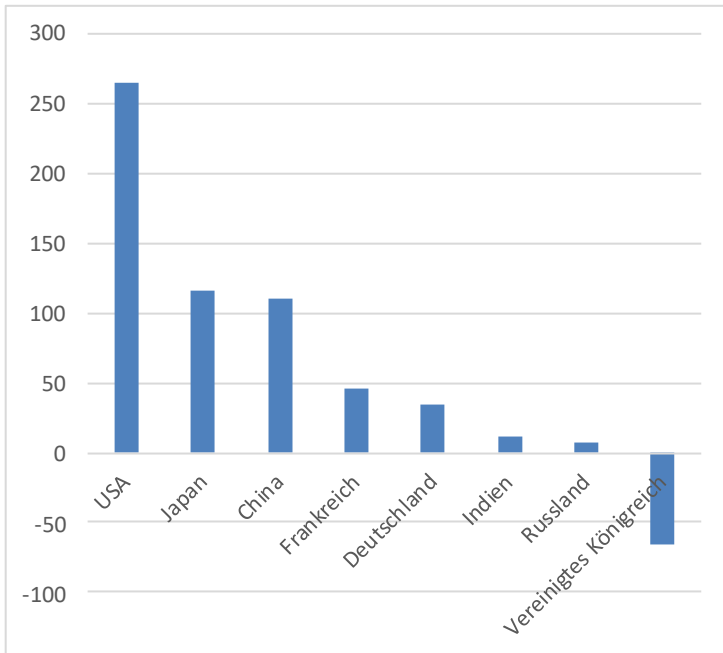
2.2. Der Kapitalexport

Um die Stellung innerhalb der imperialistischen Hierarchie zu bestimmen, ist auch der Kapitalexport eines Landes wichtig. Denn dessen Umfang bestimmt, in welchem Umfang die Bourgeoisie, d.h. vor allem (aber nicht nur) das Monopolkapital eines Landes in anderen Ländern mit Investitionen aktiv ist. Lenin schreibt: *„Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden.“* (iv)

Kapitalexport kann als Direktinvestitionen (FDI) oder als Portfolioinvestitionen (PFI) stattfinden, je nachdem, wie groß der Kapitalanteil ist, der an einem Unternehmen erworben wird. Da die Daten für FDI weitaus leichter verfügbar sind, sehen wir uns die Kapitalflüsse aus

einigen ausgewählten Ländern an. Hierbei handelt es sich nicht um Bestandsgrößen, sondern um die Kapitalflüsse innerhalb eines Jahres:

Grafik 2: Auswärtige Direktinvestitionen (Flussgrößen) in Mrd. US\$, 2020 (v). (Quelle: OECD)



Als Tabelle:

Tabelle 4: Auswärtige Direktinvestitionen (Flussgrößen) in Mrd. US\$, 2020.

Land	Auswärtige Direktinvestitionen in Mrd. US\$
USA	264,8
Japan	115,7
China	109,9

Frankreich	45,9
Deutschland	34,9
Indien	11,1
Russland	6,8
Vereinigtes Königreich	-65,4

Quelle: OECD

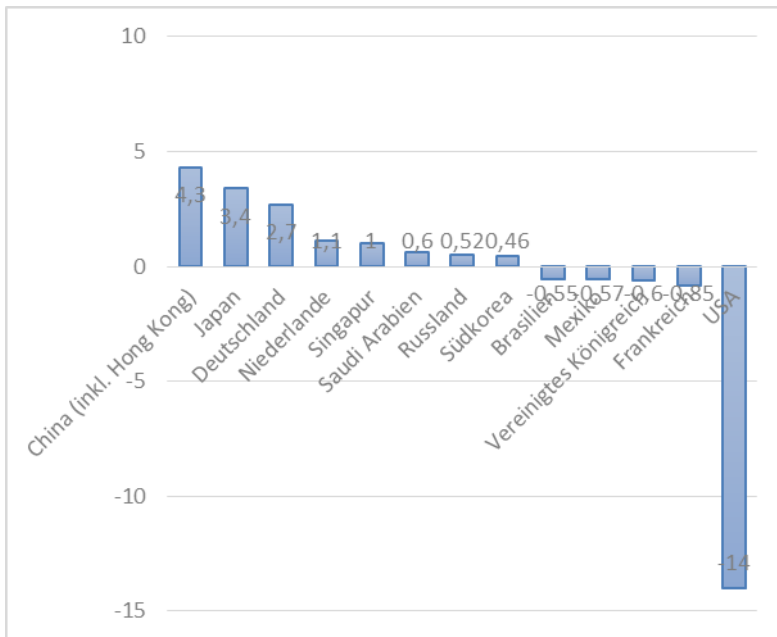
Die Aussagekraft der Direktinvestitionen bezüglich des realen Kapitalexports ist, wie fast immer bei bürgerlichen Statistiken begrenzt. Die marxistische Kategorie des Kapitalexports existiert in diesen Statistiken natürlich nicht. Ein Teil dessen, was in den Statistiken als FDI erscheint, sind keine realen Investitionen, sondern Operationen, die der Steuervermeidung oder ähnlichen Zwecken dienen und oft damit einhergehen, dass dieselbe Summe einmal hin- und wieder zurücküberwiesen wird (vi). Da dieses Phänomen aber nicht nur die russische Ökonomie betrifft, können wir die Daten über FDI trotzdem als einen groben Indikator für Kapitalexport heranziehen.

Die Direktinvestitionen zeigen, dass bei auswärtigen Kapitalflüssen immer noch die USA, Westeuropa und Japan eine relativ dominierende Position einnehmen. Die einzige massive Ausnahme, die das Bild in den letzten Jahren stark verändert hat, ist China, das 2020 mit kurzem Abstand hinter Japan den dritten Platz einnahm. Wenn China und Japan und allen voran die USA in der „ersten Reihe“ stehen, kommt danach eine zweite Reihe aus Frankreich, Deutschland und weiteren Ländern, die der Übersichtlichkeit halber weggelassen wurden (Südkorea, Schweden usw.). In der dritten Reihe stehen Russland und Indien (außerdem Belgien, Italien, Israel, Dänemark, Australien usw.). Die meisten Länder der Welt exportieren hingegen nur geringe Mengen Kapital unterhalb des Milliardenbereichs. Diese kann man in eine vierte, fünfte, sechste Reihe usw. einordnen.

Ein weiterer Indikator für die Position eines Landes beim Kapitalexport ist der Nettoauslandsvermögenstatus (englisch: net international investment position). Dieser bildet sich aus der Differenz zwischen den Forderungen, die die Eigentümer eines Landes im Rest der Welt haben und den Forderungen, die der Rest der Welt in diesem Land hat. Ist diese Position positiv, bedeutet das, dass das Land mehr Kredite vergeben hat und Aktiva im Ausland hält als umgekehrt. Auch dieser Indikator hat eine begrenzte Aussagekraft: Denn auch

wenn ein Land hier eine negative Bilanz hat, kann daraus natürlich nicht abgeleitet werden, dass es nicht imperialistisch ist. Das bedeutet dann nur, dass andere imperialistische Länder mehr in diesem Land investieren als umgekehrt.

Tabelle 5: Nettoauslandsvermögensstatus ausgewählter Länder in Billionen US\$, 2020



Quelle: Internationaler Währungsfonds.

Was zeigen uns die Daten aus Tabelle 5? Dass China in der imperialistischen Hierarchie eine führende Gläubigerposition innehat und die USA der Welt v.a. als Schuldner gegenüberstehen. Aber auch, dass neben China auch weitere Länder außerhalb der traditionellen „Triade“ wie Singapur, Saudi Arabien, Russland und Südkorea ebenfalls bedeutende positive Auslandsvermögenspositionen halten. Die internationale Expansion des Kapitals ist bei weitem nicht mehr auf die „Handvoll Räuber“ beschränkt, von denen sie Anfang des 20. Jahrhunderts ausging.

2.3. Die großen Monopolkonzerne

Ein weiterer wichtiger Indikator für die Stellung eines Landes innerhalb des imperialistischen Weltsystems ist die Anzahl der in diesem Land beheimateten Konzerne, die in die Reihe der größten Konzerne der Welt gehören. Die international operierenden Konzerne sind die hauptsächlichen Träger des Kapitalexports, der internationalen Ausweitung und Projektion ökonomischer Macht, ihre grenzüberschreitende Expansion ist die Ursache dafür, dass die Profitinteressen des Kapitals global in Konfrontation miteinander geraten und zwischenstaatliche Konflikte hervorbringen.

Diesen Indikator wollen wir uns einmal etwas genauer ansehen. Das Fortune-Magazin veröffentlicht bekanntlich jährlich eine Liste der 500 größten Konzerne der Welt. Es versteht sich von selbst, dass die 500 größten Konzerne der Welt allesamt ökonomische Giganten sind. Der Konzern auf Platz 500 hat immer noch einen Umsatz von 24 Mrd. US\$. Die bloße Zugehörigkeit eines Unternehmens zu dieser Liste belegt eine globale Monopolstellung (Monopol im marxistischen Sinne, d.h. es kann noch andere Monopole geben, die in derselben Branche aktiv sind). Die Zugehörigkeit eines Landes zu dieser Liste belegt ebenfalls bereits einen gehobenen Status in der imperialistischen Hierarchie, wenngleich – wie wir sehen werden – hier immer noch sehr große Unterschiede zu beachten sind. Unter diesen Konzernen sind Industrie-, Handels, aber auch reine Finanzkonzerne vertreten (allerdings keine Banken). Nach marxistischem Verständnis handelt es sich jedoch in allen Fällen um monopolistisches Finanzkapital.

Im Jahr 2021 verteilten diese 500 Megakonzerne sich auf 31 Länder. Die Zahl von 31 alleine sollte Anlass genug, die Einschätzung infrage zu stellen, wonach der Imperialismus lediglich von einer „Handvoll Räuber“ beherrscht werden. Jedenfalls lässt der Ausdruck „eine Handvoll“ doch eher an eine begrenzte Zahl von vielleicht 5-7 Ländern denken.

Doch sehen wir uns die Daten genauer an. Von den 500 größten Konzernen haben 135 ihren Sitz in China, das damit auf Platz 1 der Weltliste liegt. An zweiter Stelle kommen dann – wenig überraschend – die USA mit 122 Konzernen. Danach Japan mit 53, Deutschland mit 27, Frankreich mit 26, Großbritannien mit 22 usw.

Um die Konzentration an der Spitze der Global 500 zu sehen, werfen wir einen Blick auf die größten 20 Konzerne der Liste: Von diesen waren 2021 acht aus den USA, sechs aus China und jeweils einer aus Großbritannien, Deutschland, Südkorea, Saudi-Arabien, Japan und den Niederlanden.

Wer ist nun die Nummer 1? China oder die USA? China hat inzwischen mehr Konzerne unter den Top500 platziert, aber immer noch etwas weniger unter den Top20. Als einen weiteren Indikator kann man die Umsätze der größten Konzerne beider Länder addieren und miteinander vergleichen. Die größten 10 chinesischen Konzerne kommen dann zusammen auf Umsätze von 2,2 Bio. US-Dollar. Die größten 10 US-Konzerne auf einen etwas höheren Wert: 2,8 Bio. US-Dollar

Um die Verschiebungen zu verdeutlichen, lohnt sich der Vergleich mit einem früheren historischen Zeitpunkt. Das Jahr 1995 ist das früheste, das sich in der Online-Datenbank von Fortune findet und wurde daher hier als Vergleichspunkt herangezogen. 1995 lagen die USA und Japan mit jeweils 148 Konzernen gleichauf. Allerdings zeigt der Blick auf die 20 größten Konzerne eine deutliche Dominanz Japans auf der Spitze des Berges: 12 der größten 20 Konzerne kamen damals aus Japan, lediglich die Hälfte (also sechs) aus den USA.

Ebenfalls große „Player“ waren im Jahr 1995 die BRD mit 42, Großbritannien und Frankreich mit jeweils 35 Konzernen, die Niederlanden mit 12 (plus einen, der auf den niederländischen Antillen gelistet war) und Italien mit 11. Eine genauere Auflistung findet sich in Tabelle 6.

Auffällig sind folgende Fakten:

Erstens werden die Fortune Global 500 und auch die oberen Ränge weiterhin von drei Weltregionen dominiert, nämlich Westeuropa, Nordamerika und Ostasien.

Aber, und das ist ein sehr großes „Aber“: Zweitens ist Ostasien anders als früher in dieser Hinsicht nicht mehr im Wesentlichen durch Japan vertreten. Zum einen spielen Taiwan und Südkorea ebenfalls eine wichtige Rolle. Zum anderen, und das ist wohl die entscheidende Verschiebung im imperialistischen Weltsystem, ist der mit Abstand wichtigste ökonomische Akteur in Ostasien inzwischen nicht mehr Japan, sondern China.

Ein dritter Aspekt wird vor allem durch den Vergleich mit früheren Zeiten deutlich: Die Verteilung tendiert immer mehr zu einer „multipolaren“ Konstellation in dem Sinne, dass kein Land oder imperialistischer Pol durch seine weltbeherrschenden Konzerne mehr eine eindeutige ökonomische Dominanz innehat. Genannt wurden bereits Taiwan und Südkorea mit 8 bzw. 10 Konzernen auf der Liste. Heute sind aber auch z.B. einige südostasiatische (Singapur, Indonesien, Malaysia, Thailand) und südasiatische Konzerne (Indien) auf der Liste vertreten. Aus Indien stammen sieben der gelisteten Konzerne bzw. acht, wenn ArcelorMittal (das zu über 40% von der indischen Milliardärsfamilie Mittal gehalten, aber in Luxemburg gelistet ist) mitgezählt wird. In Lateinamerika ist Brasilien der stärkste Akteur mit sechs Konzernen, gefolgt von Mexiko mit zwei. Russland spielt ebenso wie die zuletzt genannten Länder ökonomisch eher in der zweiten Reihe eine bedeutende Rolle und kommt auf vier Konzerne innerhalb der Weltliste.

Unterdessen haben die meisten Länder der früheren „imperialistischen Triade“ (Westeuropa, Nordamerika, Japan) deutliche Verluste hinnehmen müssen. Die USA sind von 148 auf 122 Konzerne zurückgefallen. Deutschland von 42 auf 27. Frankreich und Großbritannien von jeweils 35 auf 26 resp. 22. Am weitesten ist Japan durch seine jahrzehntelange Stagnationskrise in der imperialistischen Rangordnung zurückgefallen: Von 148 Konzernen in den Top500 und 12 der weltgrößten 20 Konzerne im Jahr 1995 auf aktuell 53 in der Top500-Liste und nur noch einen in den Top20.

Tabelle 6: Ausgewählte Länder in den „Fortune Global 500“-Listen 1995 und 2021 (nach Rangordnung von 2021, besonders drastische Entwicklungen sind grau unterlegt)

Land	Anzahl unter den Top 500 1995	Anzahl unter den Top 500 2021	Anzahl unter den Top 20 1995	Anzahl unter den Top 20 2021
China	2	135	0	6
USA	148	122	6	8
Japan	148	53	12	1
BRD	42	27	1	1
Frankreich	35	26	0	0
Großbritannien	35	22	1 (brit-niederl.)	1
Kanada	5	12	0	0
Niederlande	12, davon 3 Kooperationen mit B und GB + 1 auf den niederl. Antillen	11	1 (brit-niederl.)	1
Südkorea	8	10	0	1
Taiwan	2	8	0	0
Spanien	6	7	0	0
Indien	1	7	0	0
Italien	11	6	0	0
Brasilien	1	6	0	0
Russland	0	4	0	0
Mexiko	1	2	0	0

Quelle: Fortune Global500.

Sehen wir uns ergänzend noch die Rangliste der größten Banken an, die in den Fortune Global500 nicht enthalten sind.

Tabelle 7: Größte Banken der Welt nach Aktiva, 2021

Rang	Name	Land	Kapital in Mrd. US\$
1	Industrial & Commercial Bank of China	China	5,4
2	China Construction Bank	China	4,6
3	Agricultural Bank of China	China	4,4
4	Bank of China	China	4,1
5	JP Morgan Chase & Co	USA	3,7
6	Mitsubishi UFJ Financial Group	Japan	3,3
7	BNP Paribas	Frankreich	3,2
8	Bank of America	USA	3,0
9	HSBC Holdings	UK	3,0
10	Crédit Agricole	Frankreich	2,7
11	China Development Bank	China	2,6
12	Citigroup	USA	2,3
13	Sumitomo Mitsui Financial Group	Japan	2,2
14	Japan Post Bank	Japan	2,1
15	Mizuho Financial Group	Japan	2,0
16	Wells Fargo	USA	1,9
17	Barclays	UK	1,9
18	Postal Savings Bank of China	China	1,9
19	Banco Santander	Spanien	1,9
20	Société Générale	Frankreich	1,8

Quelle: ADV Ratings.

Der Blick auf die Banken zeigt noch klarer: Von einer Vorherrschaft der USA kann keine Rede mehr sein. Die vier größten Banken der Welt sind inzwischen chinesische Staatsbanken. In der zweiten Reihe stehen vor allem Banken aus den USA, Japan und Frankreich. Deutschland hingegen spielt inzwischen mit seiner einzigen Großbank, der Deutschen Bank, nicht mehr an der Spitze mit.

2.4. Die Sonderrolle der USA: Dollar und Wall Street

Sind die USA weiterhin die mit Abstand führende Wirtschaftsmacht der Welt? Die Frage kann auf Grundlage der angeführten Daten klar verneint werden. Dennoch haben die USA nach wie vor eine Reihe von Vorteilen gegenüber ihrem größten Rivalen China. Auf ökonomischem Gebiet sind dies vor allem ihre weiterhin zentrale Rolle im Weltfinanzsystem und die Rolle des US-Dollar als weltweiter Leitwährung.

Die Rolle der USA im Finanzsystem ist dadurch, dass mittlerweile chinesische Banken an der Spitze stehen, bereits deutlich relativiert. Anders sieht es aus, wenn man sich ansieht, wo der Großteil der Finanzgeschäfte abgewickelt wird. Die folgende Auflistung zeigt, dass immer noch die große Mehrheit der Börsengeschäfte an Börsen in den USA stattfinden.

Tabelle 8: Die zehn größten Börsen der Welt, 2021

	Bank	Land	Marktkapitalisierung der Unternehmen 2021 in BIO US-Dollar
1	NYSE	USA	27,7
2	NASDAQ	USA	24,6
3	Shanghai Stock Exchange	China	8,2
4	Euronext	EU	7,3
5	Japan Exchange Group	Japan	6,6
6	Shenzhen Stock Exchange	China	6,2
7	Hong Kong Exchanges	Hong Kong	5,4
8	LSE Group	UK	3,8
9	National Stock Exchange of India	Indien	3,6
10	TMX Group	Kanada	3,3

Quelle: statista.de

Diese Zahlen zeigen aber zunächst einmal nur, dass der Großteil der Infrastruktur des globalen kapitalistischen Finanzsystems in den USA liegt. Sie bedeuten nicht, dass der US-Imperialismus über die genannten Summen einfach verfügen kann. Beispielsweise ist die Nr. 1 an der New Yorker Börse (NYSE, die größte Börse der Welt) aktuell der chinesische Konzern Alibaba.

Die führende Rolle der USA im Finanzsystem ist eine Folge davon, dass das Monopolkapital der USA lange Zeit global führend war. Um im großen Geschäft mitzuspielen, gingen auch die Großkapitalisten anderer Länder nach New York, wo die meisten Firmen gelistet waren und daher auch die umfangreichsten Möglichkeiten für Finanzgeschäfte vorhanden waren. China, die EU und Japan liegen auf diesem Gebiet nach wie vor weit zurück, obwohl sich auch hier zeigt, dass der chinesische Kapitalismus schnell aufholt. Denn mit der Verschiebung des Zentrums der Mehrwertproduktion in Richtung Ostasien bzw. vor allem China wird mit einiger Verzögerung auch das Finanzsystem sich schrittweise verschieben.

Konkreter sind die Vorteile, die die USA aus der Rolle des US-Dollars als internationaler Leitwährung ziehen. Die Vorherrschaft des Dollar als Reservewährung und in Transaktionen (z.B. im Rohstoffhandel) ist zweifellos ein wichtiger Vorteil des US-Imperialismus in der globalen imperialistischen Rivalität. Konkret bedeutet die Dollar-Dominanz:

- Dass die Einkommen, die der US-Zentralbank Federal Reserve Board durch die Geldschöpfung entstehen (Seigniorage-Gewinne) höher sind, weil mehr Geld geschöpft werden kann.
- Dass das Finanzministerium (Treasury) der USA sich in weitaus höherem Maße in der eigenen Währung verschulden kann, weil die Zentralbank in viel höherem Umfang Geld schöpfen kann, ohne dass dies in den USA zur Geldentwertung führt.
- Dass die USA zusätzliche Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme bekommen, weil sie die Dollar-Reserven anderer Staaten einfrieren können.
- Dass der US-Dollar als viel nachgefragte Währung stabiler ist als die meisten anderen Währungen. Dadurch werden Wechselkursschwankungen minimiert, was ein großer Vorteil sowohl für den Warenhandel als auch die Zuverlässigkeit von Finanzgeschäften ist.

- Dass die hohe Nachfrage nach dem US-Dollar dessen Wert tendenziell in die Höhe treibt. Das hat einerseits den Vorteil, dass die Kaufkraft des US-Kapitals international steigt und Importe von Vorprodukten für die Industrie billiger werden. Der Nachteil ist, dass die Verbilligung von Importen ebenso wie die aufgrund des steigenden Wechselkurses erhöhten Preise für Exportgüter auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der Industrie in den USA unterminieren (vii).

Alles in allem sind das große Vorteile, die eine wichtige Rolle dabei spielen, die Position der USA an der Spitze der imperialistischen Pyramide abzustützen. Deshalb haben die USA seit Jahrzehnten alles versucht, um die Dollar-Hegemonie aufrecht zu erhalten, indem sie beispielsweise Regierungen, die danach strebten, den Ölhandel in anderen Währungen abzuwickeln, militärisch angegriffen und gestürzt haben.

Eine „Wunderwaffe“ ist die Dominanz des US-Dollars allerdings auch bei weitem nicht. Sie begründet keine absolute und unanfechtbare ökonomische Vorherrschaft. Sie verhinderte Mitte der 90er nicht, dass das japanische Monopolkapital zeitweise in vielen Bereichen vor dem der USA lag. Und sie verhindert heute nicht, dass das chinesische Monopolkapital(viii) dabei ist, die Bourgeoisie der USA auf immer mehr Ebenen zu überholen. Sie verleiht den USA auch nicht die wundersame Macht, Russland und anderen Produzenten die Öl- und Gaspreise diktieren zu können, wie Alexander fälschlicherweise behauptet. Die Dollar-Hegemonie findet auf Grundlage der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise statt, nicht außerhalb ihrer. Deshalb werden auch die Rohstoffpreise letzten Endes über den Markt gebildet, auch wenn es dabei erhebliche politische Interventionen gibt – allerdings nicht nur von den USA, sondern gerade z.B. auch von den Produzentenländern. Die ölproduzierenden Länder der OPEC haben immerhin zweimal durch eine bewusste Einschränkung der Fördermengen zu schweren Krisen in der Weltwirtschaft beigetragen.

Die Dominanz des US-Dollar ist zwar nach wie vor sehr deutlich, aber deshalb keineswegs unangefochten: Der Anteil des US-Dollar im globalen Handel schwankte 1999-2021 ungefähr zwischen 25 und 45%, liegt aber aktuell ungefähr auf dem Niveau von 1999, d.h. bei etwa 35%. Der Anteil des US-Dollar an den weltweiten Reserven in ausländischer Währung ist im

selben Zeitraum von etwa 70% auf ca. 60% gesunken. Dies war zuerst auf die Gründung des Euro zurückzuführen, dessen Anteil meistens zwischen 20 und 30% schwankte, allerdings durch die Krise ab 2009 dauerhaft auf etwa 20% abgesunken zu sein scheint. Dass der Dollar von der Krise des Euro kaum profitieren konnte, liegt vor allem am Aufstieg anderer, sogenannter „nicht-traditioneller“ Währungen (d.h. andere als Dollar, Euro, japanischer Yen und britisches Pfund Sterling). Hier ist natürlich auch der chinesische Renminbi zu nennen, aber vor allem eine Reihe anderer Währungen, namentlich den australischen und kanadischen Dollar, den Schweizer Franken, den koreanischen Won, die schwedische Krone, den Singapur-Dollar usw. Die Guthaben, die in „nicht-traditionellen“ Reservewährungen gehalten werden, betragen inzwischen immerhin umgerechnet 1,2 Billionen US-Dollar. Regional spielen oft auch andere Währungen eine Rolle, z.B. halten Kasachstan und Kirgisistan auch hohe Rubel-Reserven aufgrund ihrer engen Beziehungen zu Russland (ix).

Auch die führende Rolle des US-Dollar ist nicht unabhängig von der Stellung der USA im imperialistischen Weltsystem, d.h. der materiellen Grundlage dieser Stellung in der Produktion und der Fähigkeit der USA, ihre Position politisch und militärisch abzusichern. Da die ökonomische und militärische Vorherrschaft des US-Imperialismus infrage steht, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Vorherrschaft seiner Leitwährung erodiert. Der Aufbau des Renminbi zur führenden Leitwährung der Weltwirtschaft ist erklärtes Ziel der chinesischen Regierung. Indem China momentan auf Hochtouren daran arbeitet, die USA in der imperialistischen Pyramide auf den zweiten Platz zu verweisen, schafft es auch für den Aufstieg seiner Währung die entsprechenden Voraussetzungen.

3. Zwischenpositionen und Aufstiegsprozesse im imperialistischen Weltsystem

Wie bereits gezeigt wurde, kann eine Imperialismusanalyse nicht allein darin bestehen, sich die Spitze der Pyramide anzusehen (umso weniger, wenn diese Spitze in Unkenntnis der Fakten mit den USA gleichgesetzt wird). Auch unterhalb des führenden Segments des imperialistischen Weltsystems gibt es Länder, die in der Struktur des Weltsystems eine wichtige Rolle spielen. Wir werden nun der Frage nachgehen, ob es richtig ist, diese als imperialistisch zu

bezeichnen. Auch dafür sind die anfangs genannten Kriterien, insbesondere die Herausbildung des Monopolkapitals heranzuziehen.

Die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) warnt hierbei: *„Die Tendenz, solche Beziehungen herzustellen, ist nicht gleichzusetzen mit der Fähigkeit, solche Beziehungen konkret herzustellen. Es ist immer das zweite Kriterium, das für die Definition eines imperialistischen Landes gilt.“* (These 7).

Es geht nicht nur um die Tendenz zur Monopolisierung, zum Kapitalexport usw., die natürlich in einer kapitalistischen Gesellschaft immer besteht, sondern es geht vor allem darum, inwiefern sich diese Tendenzen auch materialisieren – genau das muss untersucht werden und wird hier anhand von zwei Ländern exemplarisch geschehen.

Das erste dieser Länder ist natürlich Russland, da immerhin Auslöser der ganzen Diskussion. Der Streit, ob Russland überhaupt imperialistisch ist, schwelt im marxistischen Spektrum bereits seit Jahren und hat jetzt, nachdem die Position dazu eigentlich in der KO geklärt war, auch uns wieder erreicht.

Das zweite, deutlich knapper behandelte Land ist Mexiko. Die Kommunistische Partei Mexikos vertritt eine ähnliche oder gleiche Imperialismusanalyse wie die KKE und schätzt Mexiko als ein Land in einer Zwischenposition, also mit durchaus imperialistischen Charakteristika ein. Mexiko wurde zudem ausgewählt, weil die Frage, ob es imperialistisch ist, weniger offensichtlich zu bejahen ist als im Fall Russlands. Es geht dabei darum, grundsätzliche Aussagen über die Beschaffenheit der imperialistischen Pyramide ableiten zu können.

Ansonsten wäre es aber genauso möglich, Brasilien, Indien, die Türkei, Thailand, Malaysia oder eine Reihe anderer Länder heranzuziehen, was natürlich jetzt aus Platzgründen nicht passiert. Es wird hoffentlich ausreichen, das Phänomen allgemein und exemplarisch zu untersuchen, sodass es leicht vorstellbar wird, dass es ähnliche Entwicklungen in vielen Ländern überall auf der Welt gibt.

3.1. Die Stellung Russlands im imperialistischen Weltssystem

Alexander gibt folgende Charakterisierungen zum Status Russlands innerhalb des imperialistischen Weltsystems ab: 1) Russland sei „*seit der Konterrevolution bis zum Regierungsantritt Wladimir Putins eine Kolonie*“ gewesen, deren Hauptzweck Rohstofflieferungen an den Westen waren. 2) Mit der Regierung Jelzin habe „kein ideeller Gesamtkapitalist, der Akkumulation und Zirkulation politisch organisierte“ existiert. 3) Russland sei unter Putin dabei, sich aus diesem „Kolonialstatus“ „schrittweise vorsichtig“ zu befreien. 4) Russland sei aber, so Alexander mehrfach implizit, auch heute kein imperialistischer Staat.

Dies entspricht nicht der Einschätzung der KO in ihren Programmatischen Thesen, wo Russland (ebenfalls implizit, aber dennoch eindeutig so gemeint) zu den „relativ unterlegenen imperialistischen Polen“ gerechnet wird.

Wer hat nun Recht?

Glücklicherweise sind wir nicht darauf angewiesen, uns die Struktur des russischen Imperialismus komplett alleine zu erarbeiten, da bereits eine Vielzahl von Arbeiten unterschiedlicher Strömungen mit marxistischem Anspruch dazu existiert. Besonders hervorzuheben ist hier die Arbeit von fünf Genossen des Rksm(b) (der Jugendorganisation der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei) aus dem Jahr 2007 (x). Obwohl diese schon älter ist, ist sie in höchstem Maße aktuell und uneingeschränkt zu empfehlen.

Batov und Genossen schreiben über eine Strömung, die damals in der kommunistischen Bewegung Russlands existierte: „*Die Leugnung der Existenz des russischen Imperialismus, die Idee Russlands als einer Kolonie hat bereits viele Kommunisten ruiniert, die, indem sie den US-Imperialismus kritisieren und den russischen Imperialismus leugnen, den Pfad der Rechtfertigung der nationalen Bourgeoisie (...) und des Bruchs mit dem Marxismus eingeschlagen haben.*“. Die Position, auf Grundlage einer (vermeintlich) „antiimperialistischen“ Argumentation Bündnisse mit der herrschenden Klasse Russlands einzugehen, wird unter russischen Kommunisten auch als „roter Putinismus“ bezeichnet.

Die Genossen führen eine Vielzahl an Daten an, die die Konzentration und Zentralisation des russischen Kapitals und seine Expansion in die benachbarten Länder, insbesondere die ehemaligen Sowjetrepubliken belegen, z.B. die Ukraine, Armenien, Georgien, Belarus, Kasachstan, Usbekistan, die baltischen Staaten usw. Da diese Daten vom Stand von 2007 sind, werden sie hier nicht wiederholt. Sie belegen aber die Eigenständigkeit des russischen Kapitals, seinen hohen Grad der Konzentration und Zentralisation, seinen Kapitalexport in die Nachbarländer. Sie widerlegen eindeutig den angeblich „kolonialen“ Charakter der russischen Volkswirtschaft.

Wie hat der russische Kapitalismus sich seitdem entwickelt?

Ein Indikator für den fortgesetzten relativen Aufstieg Russlands innerhalb der imperialistischen Hierarchie wurde bereits angeführt: Während Russland 1995 noch nicht unter den Top500 der weltgrößten Konzerne vertreten war, sind mittlerweile immerhin vier russische Konzerne darunter (Gazprom, Lukoil, Rosneft, Sberbank), wobei Gazprom unter den 100 größten Konzernen der Welt rangiert.

Gazprom ist der größte russische Monopolkonzern und größter Erdgasproduzent der Welt. Der Konzern wird mehrheitlich vom russischen Staat gehalten. Gleiches gilt für den Ölkonzern Rosneft, das zweitgrößte russische Staatsunternehmen. Daneben stehen die Öl- und Gasriesen Lukoil und Surgutneftegas, wobei ersterer mehrheitlich dem Kapitalisten Alekperov gehört und letzterer sich in Streubesitz befindet. Der Export von Öl, Gas und Kohle ist wichtigste Devisenquelle für die russische Wirtschaft, die damit stark von der Entwicklung der Weltmarktpreise für diese Rohstoffe abhängt. Auch Produktion und Verarbeitung nicht-energetischer Rohstoffe, v.a. die metallurgischen Industrien, spielen eine wichtige Rolle: Novolipetsk (Stahl), Rusal (Aluminium), Norilsk Nickel usw. Spricht die Abhängigkeit vom Rohstoffexport dagegen, die russische Ökonomie als imperialistisch zu charakterisieren?

Sicher nicht. Denn der Rohstoffsektor ist ein wichtiges Kampffeld der Konkurrenz zwischen den Monopolen. Die Rohstoffförderung, -raffinierung und der Verkauf werden von russischen Großkonzernen organisiert, die damit die Stellung des russischen Kapitalismus in der imperialistischen Hierarchie insgesamt aufwerten und am Kampf um die Extraprofiten teilnehmen. Kein

Marxist würde die Bedeutung der Ölkonzerne Shell, Total oder Exxon als tragende Säulen des imperialistischen Weltsystems in Abrede stellen. Daher sollte das auch für die russischen Konzerne nicht getan werden.

Die Stärken des russischen Kapitals liegen keineswegs, wie oft behauptet wird, nur im Export von Öl und Gas, auch wenn diese Rohstoffe natürlich einen hohen Anteil an der russischen Handelsbilanz haben. Die TKP stellt in ihrer Analyse des russischen Imperialismus richtigerweise fest: *„Die russische Wirtschaft hat die Fähigkeit zum Durchbruch, sofern sie ihre Beschränkungen der Kapitalakkumulation überwindet, mit ihrer aus der Sowjetunion übernommenen industriellen Infrastruktur, ihrem Selbstversorgungsgrad in Bezug auf ihre Grundindustrien zusammen mit ihrem Reichtum an natürlichen Ressourcen sowie ihrer führenden Position im Export von Petrochemie und ihrer vorteilhaften Position in den Hochtechnologiesektoren in Bezug auf ihre fortschrittliche Industrie in den Bereichen Verteidigung, Luftfahrt und Raumfahrt. Daher kann die russische Wirtschaft nicht mit einem vereinfachten Wirtschaftsmodell erfasst werden, das auf dem Export natürlicher Ressourcen und insbesondere auf dem Export von Energie basiert.“* (xi)

Komparative Vorteile hat das russische Kapital auch in den Bereichen Rüstung (mit den mehrheitlich staatlichen Rüstungskonzernen Rostec, OAK und dem Schiffsbauer OSK) und in der zivilen Luftfahrt (Aeroflot, eine der weltgrößten Airlines). Im Finanzsektor sind die mehrheitlich staatliche Sberbank und VTB Bank dominierend sowie die private Investmentfirma Sistema.

Russland ist beispielsweise bei der Produktion und dem Export von Nuklearreaktoren Weltmarktführer. Auch wenn China seine Kapazitäten auf diesem Gebiet massiv ausbaut, ist Russland mit dem Verkauf seines VVER1200 bisher bei weitem die Nr. 1 auf dem Weltmarkt, einige davon nach China selbst (xii). Ähnliches gilt für die Produktion und den Export von Raumfahrttechnologie. Die US-Regierung stellt mit wachsendem Unbehagen fest, wie ihre Stellung in der internationalen Raumfahrt von russischer Technologie abhängig ist: *„Amerikas Satellitenproduzenten wenden sich zunehmend ausländischen Versorgern von Weltraumantrieben zu (...). Das trifft besonders auf Unternehmen zu, die geostationäre Satelliten für verschiedene Kommunikationszwecke herstellen. Es trifft aber auch auf*

Firmen zu, die Satelliten für das zivile Raumprogramm der NASA und das militärische Raumprogramm produzieren. (...) Die Industrie geht graduell zur sogenannten elektrischen Antriebstechnologie über, und auf diesem Gebiet ist der primäre ausländische Verkäufer Russland. Obwohl der Kongress Druck auf das Militär ausübt, seine Abhängigkeit von russischen Raketenantrieben zu beenden, werden Amerikas Satelliten zunehmend abhängig von einer Art Weltraumantrieb, bei denen Russland weltweit führend ist“(xiii).

Im Bereich Rüstung ist Russland einer der größten Produzenten der Welt, 2020 kam etwa ein Fünftel aller Rüstungsexporte der Welt auf Russland, da die russischen Rüstungsgüter von hoher Qualität sind und daher gerne gekauft werden (xiv).

Die Vorstellung, dass es sich bei Russland einfach um eine „abhängige“ Ökonomie handle, die außer Rohmaterialien nichts zu bieten habe und dementsprechend gar nicht die Kraft zu bedeutendem Kapitalexport, entbehrt somit jeder Grundlage.

Auffällig ist, dass die russischen Großkonzerne einen hohen Einfluss des Staates aufweisen. Am (monopol-)kapitalistischen Charakter dieses Kapitals ändert das natürlich nichts. Diese Konzerne agieren ebenso wie andere Monopolkonzerne mit dem Ziel der Profitabilität. Doch auch wenn der Staat jeweils große Anteile hält, wird jeweils ebenfalls ein großer Teil von privaten Investoren gehalten. Es gibt unter den russischen Großkonzernen zudem auch zahlreiche private Firmenimperien. Der Aluminiumkonzern Rusal gehört mehrheitlich dem russischen Großkapitalisten (im Westen „Oligarchen“ genannt) Oleg Deripaska. Das in zahlreichen Branchen aktive Konglomerat Renova gehört dem Putins Regierung nahestehenden „Oligarchen“ Wiktor Wekselberg; Arkadij Rotenberg, enger Freund und ehemaliger Judolehrer Putins, ist Miteigentümer der Stroygazmontazh-Gruppe, des größten Baukonzerns der Russischen Föderation; der Investmentkonzern „Alfa Grupp“ gehört zu einem großen Anteil Michail Fridman; Vagit Alekperov ist Eigentümer des größten Anteils an Lukoil usw. usf. Einen grundsätzlichen Unterschied zwischen teilstaatlichen und privaten Konzernen gibt es dabei nicht. Auch die privaten Konzerne im Besitz von „Oligarchen“ unterhalten enge Beziehungen zur Regierung, auf die sie in der Tat auch angewiesen sind. Weil in Russland die Kapitalistenklasse durch einen rasanten Prozess des kaum verdeckten Raubes am Volkseigentum entstanden ist, und das sehr oft

mit kriminellen Methoden, können die Kapitalisten sich ihres neuen Eigentums nur dann sicher sein, wenn sie durch formelle und informelle Institutionen (einschließlich offener Korruption) über eine gesicherte Beziehung zum Staatsapparat verfügen (xv). Der andere Grund für die massive Rolle des Staates hängt mit der Stellung Russlands im imperialistischen Weltsystem, genauer gesagt seiner relativen Unterlegenheit gegenüber dem Westen zusammen: Die Absicht, Russland als imperialistische Macht gegen den Widerstand der USA und ihrer Verbündeten zu konsolidieren, lässt sich aufgrund der relativen Schwäche des russischen Kapitals nicht ohne Schutzmaßnahmen vor der ausländischen Konkurrenz realisieren. Der Staat erfüllt hier die Rolle, einerseits sicherzustellen, dass die Vertreter der russischen Bourgeoisie den gesamtkapitalistischen Interessen Russlands verpflichtet bleibt (Abweichler unter den „Oligarchen“ wie Boris Beresowski und Mikhail Khodorkowski wurden entsprechend politisch kaltgestellt); und andererseits die Aufwertung der russischen Position in der imperialistischen Pyramide durch unterstützende wirtschaftspolitische und außenwirtschaftspolitische Maßnahmen zu fördern. Dass der Staat eine zentrale, lenkende und fördernde Rolle dabei spielen kann, die Position eines Landes in der imperialistischen Hierarchie aufzuwerten, ist absolut nichts Neues. Es ließ sich in den vergangenen Jahrzehnten besonders auffällig in Ländern wie Frankreich, Japan, Südkorea und aktuell China und Russland beobachten. Bereits Lenin beschreibt, *„wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung der Welt sind“*(xvi)

Der russische Kapitalismus ist im Vergleich auch zu anderen entwickelten kapitalistischen Ökonomien von einer sehr hohen Konzentration und Zentralisation des Kapitals gekennzeichnet. Die starke *„Monopolisierung und Oligopolisierung der Ökonomie“* wird auch von bürgerlichen Ökonomen festgestellt, die ansonsten diese Begriffe eher vermeiden: *„400 führende Unternehmen (mit Umsätzen über 15 Mrd. Rubeln, d.h. 700-750 Mio. US\$ nach Kaufkraftparität) produzierten im Jahr 2014 41% des BIP, und viele davon waren Monopole (Gazprom, Norulsky Nickel, Russian Railways, Aeroflot, Transneft) oder führende Oligopole (Lukoil, Rosneft, Sberbank, Rostelecom, Megafon) in ihren Industrien. Dies führt zu einer Dominanz der*

Monopole (Oligopole) und zur Ineffektivität der nationalen Anti-Monopol-Politik in Russland – sogar im Vergleich mit anderen BRICS-Ökonomien“
(xvii).

Dies ist eine Folge der besonderen Entstehung des russischen Kapitalismus aus einer Konterrevolution. Die russische Bourgeoisie musste nicht durch langfristige Konzentrations- und Zentralisationsprozesse das monopolistische Stadium des Kapitalismus erreichen, sondern bildete sich durch die Privatisierung der gewaltigen Produktionskomplexe der Sowjetunion, wobei das ehemalige Volkseigentum auf oft illegalem oder halb-legalem Weg in die Hände weniger neuer Kapitalisten übertragen wurde.

Sehen wir uns als nächstes den Kapitalexport Russlands an:

Der Bestand auswärtiger Direktinvestitionen Russlands stieg nach Daten der russischen Zentralbank von tatsächlich eher vernachlässigbaren 20 Mrd. US\$ im Jahr 2000 auf 480 Mrd. US\$ im Jahr 2013 an, bevor sie wegen der Wirtschaftskrise, der westlichen Sanktionen und des sinkenden Ölpreises in den Folgejahren wieder etwas abfielen (xviii). Allerdings ist die Aussagekraft dieser Kapitalflüsse sehr begrenzt: Drei Viertel der russischen auswärtigen Direkt- und Portfolioinvestitionen fließen allerdings in Länder wie Zypern, die Niederlande oder die britischen Virgin Islands, d.h. in der Regel nicht um dort produktiv investiert zu werden, sondern um Steuern zu umgehen, durch fiktive Transaktionen Einkommen zu generieren usw. und fließen dann meistens wieder zurück ins Heimatland (xix). Wirklicher Kapitalexport im marxistischen Sinne ist das sicherlich nicht. Sind diese Daten also doch kein Anzeichen dafür, dass Russland ein imperialistisches Land ist?

Eher im Gegenteil. Solche Tendenzen sind für entwickelte imperialistische Ökonomien durchaus typisch, auch aus den USA gehen etwa 2/3 ihrer auswärtigen Kapitalflüsse in solche Ziele (xx). Dies ist eine Folge der von Lenin konstatierten zunehmenden Trennung des Kapitaleigentum vom fungierenden Kapital in der Produktion und im Handel: Die Entstehung der imperialistischen Finanzoligarchie, die gewaltige Finanzsummen in ihren Händen konzentriert, für diese aber aufgrund begrenzter produktiver Investitionsmöglichkeiten ständig nach profitablen Anlagen suchen muss, ist die Ursache des Phänomens. Bulatov argumentiert zudem, dass es gerade der im internationalen Vergleich sehr hohe Monopolisierungsgrad des russischen

Kapitals ist, der für kleinere Unternehmen die Eintrittsbarrieren in viele Branchen enorm hoch setzt, weshalb diese ihr überakkumuliertes Kapital in Steuerparadiese usw. schaffen (xxi).

Das russische Monopolkapital ist auf internationaler Ebene alles in allem den Monopolen aus den USA, China, Deutschland, Japan, Südkorea usw. untergeordnet. Anders als die chinesischen Monopole, die mit denen der USA an der Spitze der imperialistischen Hierarchie stehen und die Vorherrschaft westlicher multinationaler Konzerne auch in Europa selbst herausfordern, kann das russische Kapital vor allem in solchen Ländern expandieren, in denen es bestimmte komparative Vorteile besitzt. Hier zeigt sich, wie enorm wichtig die Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik des Staates im imperialistischen Zeitalter für die internationale Expansion des Kapitals wird. Es ist daher kein Zufall, dass sich die von Batov et al. beschriebenen Trends zum Kapitalexport vor allem in die Republiken der ehemaligen Sowjetunion fortgesetzt haben. Dieser Trend wurde auch durch die seit langem hohen Preise für Öl, Gas und andere Rohmaterialien unterstützt, durch die die russischen Monopolkonzerne gewaltige finanzielle Mittel erwarben, die sie wiederum als Kapital in benachbarte Länder exportierten (xxii).

Der russische Handelsvertreter in Kasachstan, Alexander Jakowlew (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen führenden Vertreter der Konterrevolution in der UdSSR), berichtete 2017, dass russische Unternehmen jährlich in Kasachstan im Umfang von etwa einer Milliarde US\$ investieren würden. Von 41.000 ausländischen Unternehmen in Kasachstan seien ein Drittel, nämlich 13.000 aus der Russischen Föderation (xxiii).

In Armenien kaufte 2021 der Konzern GeoProMining des russischen Milliardärs Roman Trotsenko einen Mehrheitsanteil von 60% des größten armenischen Bergbauunternehmens ZCMC, das im Südosten des Landes etwa 4000 Arbeiter beschäftigt und eine der Haupteinnahmequellen der Regierung ist. Trotsenko überschrieb sofort Anteile im Wert von 15% der Gesamtaktien auf die armenische Regierung – sicherlich keine reine Freundschaftsgeste, sondern eine Maßnahme zum Ausbau politischen Vernetzung im Interesse zukünftiger Geschäfte (xxiv).

Insgesamt investierte Russland 2019 und 2020 in 139 verschiedene Projekte im Ausland, davon ca. 30% in ehemaligen Sowjetrepubliken. Die russischen Auslandsinvestitionen beschränkten sich keineswegs auf den Gas- und Ölsektor. Im Gegenteil kam dieser erst an vierter Stelle nach Finanzdienstleistungen (22% der Gesamtinvestitionen), Kommunikations- und Medienunternehmen (14,6%) sowie Software und IT (9,8%) und lagen etwa gleichauf mit russischen Investitionen in Logistik und Baumaterialien. Größter Empfänger von russischem Kapitalexport unter den ex-sowjetischen Republiken war Kasachstan mit 14 verschiedenen Projekten, die 22,6% der gesamten Auslandsinvestitionen in Kasachstan ausmachten. Auf den folgenden Plätzen standen in dieser Reihenfolge Usbekistan, Tadschikistan, Belarus und, da die Krim in der Statistik weiterhin als ukrainisch zählt, die Ukraine. In Tadschikistan kamen im genannten Zeitraum über 35% der ausländischen Investitionen aus Russland, in Turkmenistan 25%. Die russischen Investitionen in der postsowjetischen Welt gehen mit politischer Einflussnahme und dem Aufbau von Beziehungen einher. Es ist sicherlich kein Zufall, dass keins der Hauptzielländer russischer Investitionen für die UN-Resolution zur Verurteilung der Invasion in der Ukraine gestimmt hat (xxv).

Doch auch in Syrien, wo Russland seit Jahren die syrische Regierung gegen den IS und andere Rebellen militärisch unterstützt hat, verstärken auch russische Unternehmen ihre Präsenz. So wurde 2019 ein Vertrag mit zwei russischen Unternehmen (Mercury und Velada) zur Ölförderung unterzeichnet. Zudem wurden ebenfalls von russischen Unternehmen große Investitionen in den Hafen von Tartus bekanntgegeben, der der russischen Marine als Flottenstützpunkt im Mittelmeer dient, aber auch für den Export von landwirtschaftlichen Produkten aus Russland ausgebaut werden soll (xxvi).

Auch zu Pakistan, das immer stärker mit China zusammenarbeitet und Ziel chinesischen Kapitalexports wird, entwickelt Russland zunehmend Beziehungen. Eine russische Handelsdelegation unter Leitung des Monopolkonzerns Gazprom gab 2019 bekannt, in Pakistan 14 Mrd. US\$ in den Bau einer Pipeline und unterirdische Lagerungsanlagen zu investieren. Damit soll Erdgas, das von russischen Konzernen teilweise im Iran oder

Turkmenistan gefördert wird, u.a. nach Indien und China transportiert werden (xxvii).

Bei der Bildung zwischenstaatlicher Bündnisse, um die internationale Expansion des Monopolkapitals zu erleichtern und zu fördern, sind die westlichen imperialistischen Länder nach wie vor führend (EU, EWWU, NATO, NAFTA usw.). Doch auch Russland geht mit der Schaffung imperialistischer ökonomischer, politischer und militärischer Bündnisse entsprechende Schritte. Insbesondere zu nennen sind die Eurasische Wirtschaftsunion (EWU) und die Shanghai Cooperation Organisation, die v.a. ein militärisches und sicherheitspolitisches Bündnis ist (wichtigste Mitgliedsländer sind China, Russland, Indien, Pakistan, Kasachstan und der Iran mit einem Beobachterstatus), aber auch zunehmend Projekte zur Wirtschaftszusammenarbeit realisiert. Zur EWU noch mal aus dem oben bereits zitierten Diskussionsbeitrag: *„2011 unterzeichneten Russland und eine Reihe anderer Staaten inklusive der Ukraine im Rahmen der EWU die Schaffung einer Freihandelszone; 2012 wurde der Gemeinsame Wirtschaftsraum Russlands, Kasachstans und Weißrusslands beschlossen, der nach dem Vorbild der EU die „vier Freiheiten“ von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften zwischen den drei Ländern vorsieht. Da bisher überwiegend kleinere und schwächere Volkswirtschaften Teil der EWU waren, hätte der Beitritt der Ukraine dieses Bündnis enorm aufgewertet. Das russische Monopolkapital, das in vielen Bereichen innerhalb dieser Union führend ist, hätte dadurch seine Position stärken können. Im Handel innerhalb der EWU ist der russische Rubel die bei weitem vorherrschende Währung, wovon russische Banken und Investmentgesellschaften profitieren.“* (xxviii)

Auf ökonomischer, politischer und vor allem auch militärischer Ebene gewinnt das strategische Bündnis Russlands mit China an Bedeutung. Seit dem Amtsantritt Xi Jinpings in China im Jahr 2012 wurden die Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgebaut. Xi Jinping sprach schon 2013 davon, das strategische Zusammenwirken beider Länder habe eine langfristige Perspektive – Grundlage dieser neuen russisch-chinesischen Partnerschaft ist vor allem der gemeinsame Gegner: die USA und NATO. China hat sich allen Aufforderungen des Westens, den russischen Krieg in der Ukraine zu verurteilen, widersetzt. Die westlichen Sanktionen gegen Russland führen zu

einer noch verstärkten Umorientierung Russlands weg vom Westen und hin zu China (xxix).

Russland hat in den letzten Jahren aber auch alleine zunehmend politisch und militärisch als wichtige Macht in verschiedenen Konflikten interveniert. In Syrien hat Russland zur Verteidigung und Verfolgung seiner geopolitischen, aber auch wirtschaftlichen Interessen jahrelang interveniert und seinen politischen Einfluss in dem Land stark gesteigert. In Libyen hat Russland gemeinsam mit Frankreich die ostlibysche Bürgerkriegspartei des Warlords Khalifa Haftar unterstützt. In der Zentralafrikanischen Republik interveniert Russland seit 2018 mit Waffenlieferungen, Militärberatern sowie mutmaßlich privaten Militärfirmen. In Mali kooperiert seit kurzem die regierende Militärjunta mit Russland, das wiederum Militärausbilder geschickt hat.

Ist Russland also ein imperialistisches Land?

An der Antwort kann nun kein Zweifel mehr bestehen: Ja. Russland ist ein Land, dessen ökonomische Grundlage voll und ganz auf dem Boden des Monopolkapitalismus steht und das in bedeutendem Maße Kapital in seine Nachbarländer exportiert. Es steht ökonomisch dabei auf einer gehobenen Zwischenposition innerhalb der imperialistischen Pyramide – ganz anders als im militärischen Bereich, wie wir weiter unten sehen werden.

Die TKP stellt fest, Russland und China seien *„imperialistische Länder, deren Interventionskapazitäten mit ihrem beträchtlichen Wirtschaftspotenzial, mächtigen Monopolen, fortgeschrittenen militärischen Potenzialen und langjährigen politischen und diplomatischen Traditionen immer größer werden.“*

Russland übe mit diesen Kapazitäten einen *„störenden Einfluss (...) auf das bestehende Gleichgewicht innerhalb des imperialistischen Systems“* aus, es habe aufgrund seiner *„strategischen Position inmitten der wichtigsten Energieressourcen der Weltwirtschaft, seinem natürlichen Reichtum und seiner Wirtschaftsstruktur hat Russland das Potenzial, seinen regionalen Einfluss in eine globale wirtschaftliche und politische Macht zu verwandeln“*. *„Unter den Faktoren, die die Position Russlands innerhalb des Systems bestimmen, überwiegen die politischen, militärischen und kulturellen Faktoren gegenüber den wirtschaftlichen“* (xxx).

Diesen Einschätzungen ist uneingeschränkt zuzustimmen.

3.2. Die Stellung Mexikos im imperialistischen Weltssystem

Die Kommunistische Partei Mexikos (PCM) analysiert die Stellung Mexikos im imperialistischen System folgendermaßen: *„Während die Beziehung der mexikanischen Ökonomie insgesamt und die ihrer Bourgeoisie insgesamt als eine der Abhängigkeit und Unterordnung unter die nordamerikanische beschrieben werden kann, ist klar, dass bei der Monopolfraktion die Beziehungen zwischen Gleichen ablaufen, zwischen gleichrangigen Geschäftspartnern, die die hohen Profitmargen unter sich aufteilen, derer sich eine Ökonomie wie die unsere erfreut“*. Lateinamerika sei das *„natürliche Jagdgebiet des mexikanischen Kapitals, das einen nicht unerheblichen Sektor der kapitalistischen Geschäfte kontrolliert, bis hin dazu, eine zentrale Kraft der Durchdringung vieler Länder und Regionen zu sein. Die mexikanische Großbourgeoisie ist also ein bedeutender Investor von Kapital in Lateinamerika mit einem Vorstoß, der von Carlos Slim angeführt wird, dessen América Móvil das größte private Unternehmen der Region ist, nur hinter den staatlichen Ölkonzernen.“* (xxx1)

Der letzte Punkt ist inzwischen nicht mehr korrekt: América Móvil liegt inzwischen vor der staatlichen Ölgesellschaft Pemex. Beide Unternehmen gehören zu den 500 größten der Fortune-Liste auf Platz 237 und 257. Es ist kein Wunder, dass Carlos Slim zeitweise der reichste Mann der Erde war und auch heute noch hoch auf der Liste steht.

Weitere mexikanische Konzerne mit Multimilliardenumsätzen sind die staatliche Elektrizitätsgesellschaft CFE, der Getränkekonzern FEMSA, der Baumaterialienproduzent Cemex (2020 fünftgrößter Baumaterialienkonzern der Welt), die Grupo Bimbo im Bereich der Nahrungsverarbeitung, die Televisa Gruppe (Medien und Telekommunikation), der Chemiekonzern Mexichem usw. usf.

Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals setzt sich in Mexiko fort. 2019 fanden 312 Fusionen und Übernahmen mit einem Volumen von 18,9 Mrd. US\$ statt, 2020 brach das Volumen aufgrund der Pandemie auf 13 Mrd. US\$ ein und erholte sich 2021 auf 16,9 Mrd. US\$ (344 Fusionen und

Übernahmen) (xxxii). Zum Vergleich: Das BIP Mexikos betrug 2020 etwas mehr als eine Billion US\$. Das bedeutet, dass mexikanische Konzerne jedes Jahr Fusionen und Übernahmen mit einem Volumen von zwischen 1 und 2% der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes vollziehen.

In einer mexikanischen Zeitung heißt es: *„Mexiko hat sich als industrieller Hub zwischen den Americas konsolidiert, zusätzlich zu der großen inneren Stärke, die es aufweist. Einige Industriesektoren weisen ein signifikantes Wachstum auf, so wie die Automobilproduktion, Luft- und Raumfahrt und Informationssicherheit“*. (xxxiii)

Das mexikanische Kapital expandiert auf der ganzen Welt. Mexikanische Unternehmen investierten 2012-2018 zusammengerechnet fast 230 Mrd. US\$ an Direktinvestitionen im Ausland (xxxiv). Die internationale Expansion des mexikanischen Kapitals begann in den 1990ern, Fahrt aufzunehmen, angeführt durch den Zementkonzern Cemex, der Anfang der 90er zwei spanische Zementfirmen und dann weitere in den USA und Lateinamerika aufkaufte. Cemex ist ein weltweit führender Baumaterialienhersteller mit globalen Operationen. América Móvil kaufte Telekommunikationsfirmen in den USA, den Niederlanden und Österreich auf (xxxv).

Grupo Bimbo beispielsweise beschäftigt 134.000 Arbeiter in 32 Ländern fast aller Erdteile (xxxvi). Mexichem ist der größte Hersteller von Plastikrohren in Lateinamerika und ist stark internationalisiert mit über 120 Produktionsstandorten in 50 Ländern (xxxvii).

2014 beteiligten mexikanische Konzerne sich an sieben der 15 größten grenzüberschreitenden Firmenübernahmen, die von lateinamerikanischen Firmen getätigt wurden. América Móvil, Grupo Bimbo, Mexichem, Alsea, Finaccess und Alfa kauften in diesem Jahr zusammen Unternehmensanteile von über 9 Mrd. US\$ auf. Andere wichtige „Player“ in der Region sind Brasilien, Chile und Kolumbien (xxxviii).

Insgesamt haben 32 mexikanische Großkonzerne Tochtergesellschaften und Zweigstellen im Ausland (Stand 2016), 70% davon in den USA, die auch mit großem Abstand Hauptzielland mexikanischer Direktinvestitionen sind. Das mexikanische Kapital bevorzugt den US-amerikanischen Markt aufgrund der geografischen Nähe, zahlreichen Investitionsmöglichkeiten, aber auch aufgrund des Freihandelsabkommens NAFTA, das den Kapitalexport stark

erleichtert. Auch in Zentral- und Südamerika investieren viele mexikanische Konzerne wie z.B. América Móvil, das zum größten Mobilfunkprovider des Kontinents aufgestiegen ist (xxxix).

Wie ist die Stellung Mexikos im imperialistischen System zu charakterisieren? Es ist offensichtlich, dass die Einordnung der mexikanischen Ökonomie als „abhängig“ zwar richtig, aber für sich genommen auch sehr irreführend ist. So groß das Machtgefälle gegenüber den USA ist, so deutlich ist auch, dass Mexiko selbst eine imperialistische Rolle auf untergeordneter Stufenleiter spielt: Es verfügt über einen entwickelten Kapitalexport, über Monopolkonzerne mit gewaltigen internationalen Operationen und globaler Reichweite. So wenig es möglich ist, Mexiko mit seinem nördlichen Nachbarland auf eine Stufe zu stellen, so unmöglich ist es auch, es mit seinen südlichen Nachbarländern (Guatemala, Honduras usw.) gleichzusetzen. Genau das zeichnet ein Land aus, das sich in einer Zwischenposition der imperialistischen Pyramide befindet.

4. Das militärische Kräfteverhältnis: USA, China, Russland

Die TKP schreibt in ihren Thesen zum Imperialismus: *„Der Imperialismus ist keine Tatsache, die nur auf der wirtschaftlichen Ebene beobachtet wird, sondern ein mehrdimensionales Weltsystem, das politische, ideologische, militärische und kulturelle Aspekte hat. Daher sollte die imperialistische Vorherrschaft und Dominanz nicht nur auf der ökonomischen Ebene analysiert werden, sondern auch unter Berücksichtigung ihrer politischen, ideologischen, militärischen und kulturellen Dimensionen“* (These 8).

Dieser Hinweis ist wichtig, weil es nicht ausreicht, den Imperialismus aus einem rein ökonomischen Blickwinkel zu betrachten. Die Fähigkeit des (Monopol-)Kapitals, seine Herrschaft aufrechtzuerhalten und durchzusetzen ist maßgeblich von den Beziehungen des Kapitals zum Staat und der Stärke dieses Staates abhängig. Um imperialistische Interessen in der eigenen geografischen Umgebung oder gar auf anderen Kontinenten durchsetzen zu können, ist ein stabiler, durchsetzungsfähiger Staat mit einem starken Militär die Voraussetzung. Für die Bestimmung der Position eines Landes innerhalb

der imperialistischen Rangordnung muss daher auch die militärische Stärke mit einbezogen werden.

Hierbei gibt es ein methodologisches Problem: Die militärische Stärke von Staaten ist sehr schwer direkt miteinander zu vergleichen. Es gibt verschiedene Indikatoren, die herangezogen werden können, von denen jeder aber nur eine sehr begrenzte Aussagekraft hat. Beispielsweise sagt die Personalstärke einer Armee nichts über ihre Ausstattung mit moderner Technologie, d.h. ihre Befähigung für einen modernen Krieg aus. Die Rüstungsausgaben eines Staates sind ebenfalls nur sehr begrenzt aussagekräftig, weil die Ausstattung einer Armee nicht allein davon abhängt. Russland ist hier das beste Gegenbeispiel: Als Erbe der Sowjetunion, die neben den USA zweifellos über die stärkste Armee der Welt verfügte, hat die Russische Föderation militärische Ausrüstung, Knowhow und Anlagen für militärische Forschung sowie Erfahrung geerbt, auf denen die forcierte Modernisierung der russischen Streitkräfte nach dem Georgienkrieg 2008 aufbauen konnte. *„Russland erbte große Inventare von wichtigen konventionellen Waffensystemen von der Sowjetunion. Ein substanzieller Anteil dieser Systeme bleibt in operationeller Verwendung durch die russischen Streitkräfte, während ein anderer Teil gelagert wird“* (x1).

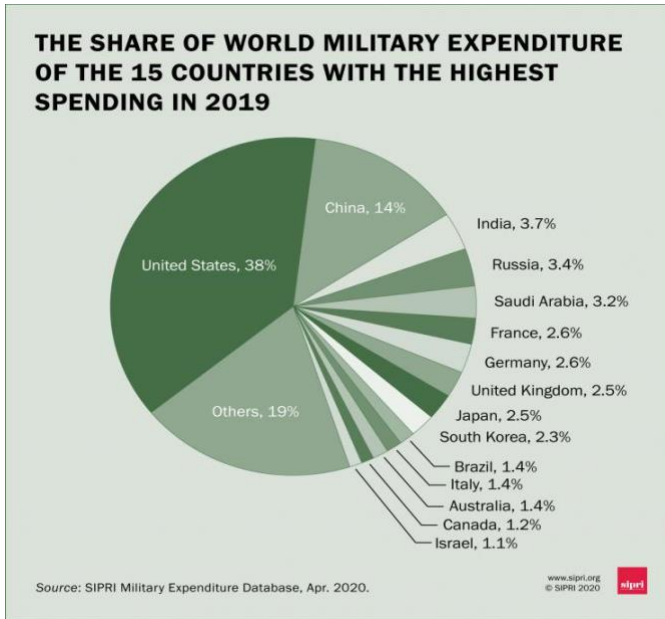
Hinzu kommt ein weiterer entscheidender Faktor: Russland kann aufgrund seiner starken eigenen Rüstungsindustrie sowie weit entwickelter verwandter Industrien (Luft- und Raumfahrt, Nukleartechnologie usw.) und dank entsprechender Anstrengungen zu stärkerer Autarkie seine Rüstungsgüter zu einem hohen Grad selbst herstellen, ist also vergleichsweise unabhängig von Rüstungsimporten. Diese werden in Russland selbst hergestellt, zu deutlich niedrigeren Kosten, als dies in den USA oder Deutschland der Fall wäre. Diesen Effekt genau zu quantifizieren ist schwierig, da es keinen gesonderten Index für Kaufkraftparität bei Militärgütern gibt. Auch aus anderen Gründen sind die Kosten in Russland aber deutlich geringer, beispielsweise sind die Gehälter für Armeeeingehörige geringer als in westlichen Ländern. Im Ergebnis dieser beiden Faktoren ist die russische Armee weitaus stärker, als es ihre Rüstungsausgaben im Vergleich zu den USA oder europäischen Ländern vermuten lassen würden (Ebd.).

Die „Stärke“ einer Armee lässt sich also nicht in einer simplen Zahl ausdrücken. Sie ist sowieso nicht absolut zu sehen, sondern hängt stark von

den Bedingungen ab, unter denen sie zum Einsatz kommt. Eine Bodenoffensive in benachbartes Territorium (z.B. Russland in der Ukraine) stellt andere Herausforderungen an eine Armee als eine Offensive in Übersee (z.B. USA in Europa im Zweiten Weltkrieg). Ein vorwiegend aus der Luft geführter Krieg (z.B. NATO in Jugoslawien) ist anders als ein Krieg am Boden. Ein Seekrieg (z.B. potenziell USA gegen China im Südchinesischen Meer) erfordert wiederum ganz andere Fähigkeiten usw. Das bedeutet, dass die Tatsache, dass ein Land militärisch „stärker“ ist als ein anderes, keine einfachen Schlussfolgerungen erlaubt, dass das stärkere Land das schwächere in einem realen Krieg auch besiegen würde (siehe z.B. USA in Vietnam). Das Ergebnis eines Krieges hängt von einer Vielzahl jeweils entscheidender Faktoren ab, wobei Truppenstärke und militärische Ausrüstung nur ein (wichtiger) Faktor sind – andere sind z.B. Gelände, Witterung, die Kampfmoral auf beiden Seiten, die Güte der Versorgungslinien und die Haltung der örtlichen Bevölkerung.

Mit all diesen Einschränkungen im Kopf können wir einen Vergleich der militärischen Kapazitäten verschiedener Länder aber trotzdem versuchen, denn ohne die Einbeziehung dieses Faktors ist es auch nicht möglich, die Position eines Landes innerhalb der imperialistischen Pyramide korrekt zu bestimmen. Ein erster Blick auf die Militärausgaben zeigt, dass die USA mit Abstand die größten Summen der Welt für Rüstung ausgeben. Im Jahr 2020 haben die USA 767 Milliarden US-Dollar für ihr Militär ausgegeben, was etwas weniger ist als der Höchststand von 2010 (865 Mrd. US\$) – sicherlich eine enorme Summe, aber auch weit entfernt von Ausgaben „im Trillionen-Bereich“, wie Klara meint (xli).

Grafik 3: Verteilung der Rüstungsausgaben auf die größten Länder, 2019

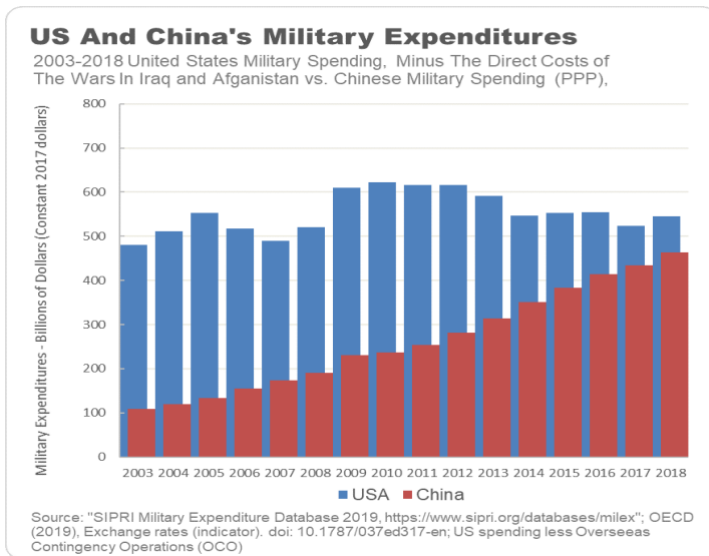


Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, 2020.

Zweitgrößter Aufrüster ist, seinerseits mit enormem Abstand zu Platz 3, die VR China. Die unübertroffenen Militärausgaben der USA werden oft herangezogen, um eine vermeintlich unangefochtene militärische Dominanz der USA zu belegen. Doch wie groß ist der Abstand zwischen den USA und China wirklich? Tatsächlich muss dieser Abstand relativiert werden. Ein gewaltiger Teil des US-amerikanischen Militärbudgets in den letzten Jahren wurde für die laufenden Kriegseinsätze des US-Militärs, insbesondere für die extrem teuren Besatzungen in Afghanistan und Irak, aufgebracht. Es ist leicht verständlich, dass dieses Geld somit nicht der Aufrechterhaltung militärischer Übermacht gegenüber den Rivalen (Russland und China) diene. Es floss nicht in die Entwicklung neuer Technologien, nicht in die Vergrößerung des Arsenal, die Ausbildung von Truppen usw. Ein direkter Vergleich der Ausgaben der USA und Chinas in Kaufkraftparität zeigt, dass China seine Militärausgaben kontinuierlich und rasant steigert. Wenn nur die direkten Kosten für die Kriege in Irak und Afghanistan abgezogen werden, hatte China bereits ab 2017 fast den Umfang der US-amerikanischen Ausgaben erreicht.

James Stavridis, Vier-Sterne-Admiral aus den USA, schreibt dazu: „China gibt sein Geld sehr klug aus. Es konzentriert sich extrem - nicht nur auf offensive Cyberwaffen, sondern auch auf seine Operationen im Weltraum, seine Hyperschall-Marschflugkörper und seine Tarnkappentechnologien. China hat zugesehen, wie die Vereinigten Staaten Billionen von Dollar ausgaben, sich in zwei teure Kriege im Irak und in Afghanistan verstrickten, und sagte: "Wir brauchen das alles nicht. Wir werden uns nicht an solchen Kriegen beteiligen. Wir werden unsere Ausgaben sehr intelligent einsetzen.“ (xlii).

Grafik 4: Militärausgaben der USA (abzüglich der Kosten des Krieges in Irak und Afghanistan) und Chinas



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database 2019

Wie sieht es mit Russland aus? Im direkten Vergleich mit den USA erscheint Russland anhand seiner Militärausgaben auf den ersten Blick als zwar bedeutende, aber nicht ansatzweise konkurrenzfähige Macht: Mit 65 Mrd. US\$ im Jahr 2019 lag es gerade mal auf dem vierten Platz weltweit, knapp hinter Indien, während die USA 11mal höhere und China 4mal höhere

Ausgaben tätigte. Mit 3,9% des BIP ist die Last der Rüstungsausgaben für die russische Wirtschaft allerdings schon sehr hoch (Wezeman 2020).

Oben wurde bereits ausgeführt, dass die militärische Stärke Russlands überproportional größer ist als diese Daten vermuten lassen. Werden die Militärausgaben mit dem gewöhnlichen, bei der BIP-Umrechnung verwendeten Index für Kaufkraftparität umgerechnet, entsprechen die russischen Militärausgaben im Jahr 2019 166 Mrd. US\$ und die chinesischen 500 Mrd. US\$. Der Unterschied zu den USA mit 732 Mrd. US\$ ist natürlich für Russland immer noch groß, aber erklärt besser, weshalb die russische Armee in vieler Hinsicht für die USA ein sehr ernstzunehmender Gegenspieler ist (Ebd.).

Russland hat etwa seit dem Georgienkrieg 2008 mit einer rapiden Modernisierung seiner Streitkräfte begonnen, wobei ein besonderer Fokus auf nukleare und Raketentechnologie lag. Russland gab einen vergleichsweise sehr hohen Teil seiner Militärausgaben für die Anschaffung neuen Geräts aus (mit 40% der Militärausgaben liegt dieser Anteil etwa doppelt so hoch wie in Deutschland, Frankreich und Großbritannien) (Ebd.).

Doch sehen wir uns einmal an, wie die Armeen der drei stärksten Militärmächte der Welt aufgestellt sind. Achtung: Diese Zahlen beziehen sich auf das gesamte Inventar, d.h. nicht nur auf Ausrüstung, die tatsächlich momentan im Dienst ist (z.B. sind von den 20 angeführten Flugzeugträgern der USA momentan „nur“ 11 aktiv). Trotzdem geben die Zahlen sicherlich einen Einblick in die ungefähre Ausstattung der drei Länder.

Tabelle 9: Kampfstärke der Armeen der USA, Chinas und Russlands (Zahlen teilweise gerundet)

	USA	China	Russland
Landstreitkräfte			
Personalstärke	1,4 Mio.	2,2 Mio.	1,2 Mio.

Reservisten	850.000	8 Mio.	2 Mio.
Kampfpanzer	6.600	5.800	12.200
Gepanzerte Fahrzeuge	41.200	14.100	26.800
Artillerie	4.200	7.100	18.500
Luftwaffe			
Luftüberlegenheits- und Abfangjäger	461	1.049	792
Mehrzweckjäger	2.417	1.130	832
Bomber und Luftnahunterstützung	566	120	880
Helikopter	4.741	1.355	1.724
Flotte			
Flugzeugträger	20	4	1
Zerstörer	94	38	18
Fregatten	0	54	11
Korvetten	22	73	83
U-Boote	69	74	59
Nuklear			
Atomsprengköpfe	6.500	280	6.500

Quelle: armedforces.eu.

Am ehesten verfügen die USA noch bei den Luftstreitkräften über eine einigermaßen deutliche Überlegenheit, da sie über mehr Flugzeuge verfügen als die chinesische und russische Luftwaffe und diese zudem moderner sind. Russland und China verwenden vorwiegend weiterhin Kampfflugzeuge der vierten Generation wie die MiG-29, MiG-31, Su-27 bzw. Shenyang J-11 und J-16, Chengdu J-10, Xian JH-7 und nur wenige hochmoderne Tarnkappenjäger der 5. Generation (Su-57, Chengdu J-20). Im Gegensatz dazu haben die USA bereits einige Hundert solcher Flugzeuge (F-35, F-22) in Dienst gestellt.

Von besonderer Bedeutung ist der Bereich der Flottenrüstung, weil sich ein potenzieller Krieg zwischen den China und den USA höchstwahrscheinlich auf See abspielen würde. Im entscheidenden Bereich der Seestreitkräfte hat China mit seiner Flotte die der USA bezüglich der Anzahl der Schiffe bereits überflügelt: Mindestens 360 chinesische Kriegsschiffe stehen 297 US-amerikanischen gegenüber (xliii). Andere Aufstellungen kommen zu anderen Zahlen, weil sie je nachdem andere Elemente mitzählen oder weglassen.

Die russischen und chinesischen Flugzeugträger sind anders als die der USA alle aktiv (weshalb die Diskrepanz in der Statistik größer erscheint als in Wirklichkeit), allerdings sind zwei der vier chinesischen lediglich vergleichsweise kleinere „Hubschrauberträger“, die aber auch als Trägerschiff für bis zu 30 Kampfflugzeuge fungieren können (xliv). Flugzeugträger (inklusive „Hubschrauberträgern“) sind vor allem für die globale Projektion militärischer Macht wichtig. Mit anderen Worten: Man braucht sie nicht für die Landesverteidigung im Fall einer feindlichen Invasion, sondern um selbst Kriege weit weg vom eigenen Festland führen zu können.

Auch die russische Flotte ist eine der stärksten der Welt: Mit zwar nur einem Flugzeugträger und 18 Zerstörern, 11 Fregatten, 83 Korvetten und 59 U-Booten ist sie, außer bei Flugzeugträgern, nicht wesentlich kleiner als die der USA. Allerdings müssen im direkten Vergleich auch die Schiffsklassen berücksichtigt werden: Die US Navy setzt vor allem auf Zerstörer, also vergleichsweise größere Kriegsschiffe, während China und Russland eher kleinere Schiffe führen (Fregatten und Korvetten). Somit ist die Kampfkraft der Flotte der USA sicherlich höher, als es ein Vergleich lediglich der Schiffsanzahl suggerieren würde. Bei Atomwaffen liegen die USA und Russland etwa gleichauf, andere Quellen gehen von einer leichten zahlenmäßigen Überlegenheit Russlands aus. Russland ist ebenfalls führend in der Entwicklung von Hyperschallraketen. Dabei handelt es sich um Flugkörper, die mit Hyperschallgeschwindigkeit (über Mach 5) überwiegend innerhalb der Atmosphäre fliegen. Deshalb und aufgrund ihrer nicht-ballistischen Flugbahn sind sie für Raketenabwehrsysteme nur schwer zu entdecken und abzuschießen. Da sie auch nukleare Sprengköpfe ausliefern können, wären dadurch die USA im Falle eines Atomkrieges verwundbar. Auch die USA und China investieren stark in die Entwicklung von Hyperschallwaffen (xlv).

Jedenfalls ist klar: Eine erdrückende militärische Überlegenheit der USA sähe wirklich anders aus. Würde es zu einem mit konventionellen Waffen geführten Seekrieg zwischen den USA und China kommen, der vermutlich in der Nähe des chinesischen Festlandes geführt werden würde, hätte China sicherlich gute Chancen, diesen Krieg zu gewinnen. Auch bei einem hypothetischen Krieg auf russischem Boden oder in direkter Nachbarschaft Russlands (z.B. im Baltikum) wären die Siegeschancen der NATO wohl zweifelhaft. Zwar hat die NATO eine weitaus größere Armee als Russland, doch stieße sie mit Russland auf einen erstklassigen Gegner, der den Vorteil von besseren und kürzeren Versorgungslinien (während die USA ihre Versorgung über den Atlantik sichern müssten und dort verwundbar für die modernen russischen Antischiffsraketen wären), einer gesicherten Treibstoffversorgung, Kenntnis des Geländes, einer unterstützenden Zivilbevölkerung usw. in die Waagschale werfen würde.

Russland und China haben in den letzten Jahren auch militärisch ihre Zusammenarbeit immer weiter vertieft und gemeinsame Militärübungen abgehalten. Mit der NATO auf der einen Seite und dem Bündnis von Peking und Moskau auf der anderen Seite existieren heute zwei große militärische Blöcke auf der Welt, die sich immer feindlicher gegenüberstehen. Die Überlegenheit der NATO steht dabei auf immer mehr Gebieten ernsthaft infrage oder besteht bereits nicht mehr.

5. Die Dependenztheorie und ihre Mängel

Wir haben uns nun die grobe Struktur und Hierarchie des Weltsystems anhand verschiedener Daten angesehen. Trotzdem gibt es Genossen, auch in der internationalen kommunistischen Bewegung, die glauben, den Imperialismus als ein System einseitiger Abhängigkeit analysieren zu können – mehr noch, diese Abhängigkeitsbeziehungen oder gar „Kolonialismus“ (so z.B. Paul Oswald) seien sogar der Kern des Imperialismus. Diese Auffassungen sind letztlich Varianten der Dependenztheorie, die daher hier kurz behandelt und auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden soll.

Die Dependenztheorie entstand mit durchaus starken theoretischen Argumenten als Antwort auf die falschen und in apologetischer Absicht geschriebenen Behauptungen der bürgerlichen Modernisierungstheorie: Diese ging bzw. geht davon aus, dass sich alle Länder auf demselben Weg linear hin

zur „Moderne“ entwickelten. Die Rückständigkeit großer Teile der Welt, v.a. südlich Europas und Nordamerikas, habe demnach nichts mit der kapitalistischen Entwicklung im „Norden“ zu tun, sondern sei einfach auf veraltete Technologien und gesellschaftliche Strukturen zurückzuführen. Die politisch-ideologische Absicht dieser Theorie ist offensichtlich: Kolonialismus, Abhängigkeitsbeziehungen, der Transfer von Ressourcen und Wert in die führenden imperialistischen Länder, die Ziele und Wirkung imperialistischer Raubkriege usw. usf. sollen verschleiert werden. Die Verdammten dieser Erde sollen einen Ausweg aus ihrer Misere nicht im Sozialismus suchen, sondern die kapitalistische Entwicklung des Nordens nachahmen, um irgendwann denselben Wohlstand genießen zu können (dass diese Position Ausbeutung und gesellschaftliche Ungleichheit in den reichsten imperialistischen Ländern erst gar nicht für allzu beachtenswert hält, sollte nicht überraschen).

Gegen diese reaktionäre Theorie erhoben nun Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler vor allem, aber keineswegs nur aus Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ Einspruch. Dabei lässt sich die Dependenztheorie (besser: die *Dependenztheorien*) in eine bürgerliche Strömung (z.B. Raúl Prebisch, Johan Galtung oder der spätere brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso) und eine Strömung unterteilen, die versuchte, die weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten mithilfe marxistischer Konzepte zu erfassen (z.B. Eduardo Galeano, Ernest Mandel, Theotônio dos Santos, Samir Amin usw.).

Eindrücklich sind die Formulierungen in Eduardo Galeanos berühmten Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“. Galeano betont: „*Die Unterentwicklung ist keine Phase der Entwicklung, sondern ihre Folge*“ (xlvi). Über seinen Heimatkontinent Lateinamerika schreibt er: „*Für die, die die Geschichte als ein Wettrennen betrachten, sind die Rückständigkeit und das Elend Lateinamerikas nichts weiter als das Ergebnis seines Mißerfolges. Aber die Geschichte der Unterentwicklung Lateinamerikas ist ein Kapitel der Entwicklung des Weltkapitalismus. Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähern: den der Imperien und ihrer einheimischen Aufseher*“ (xlvii). Er stellt den engen Zusammenhang von Armut und Reichtum im kapitalistischen

Weltsystem her: *„Letzten Endes läßt sich auch in unserer Zeit das Bestehen reicher kapitalistischer Zentren nicht ohne das Bestehen armer und unterjochter Randgebiete erklären: Die einen und die anderen gehören zum selben System“* (xlviiii).

Entscheidendes Strukturmerkmal des kapitalistischen Systems auf globaler Ebene ist also, ähnlich wie bei Klara, Paul usw., die Abhängigkeit. Diese definiert dos Santos so: *„Unter Abhängigkeit verstehen wir eine Situation, in der die Wirtschaft bestimmter Länder bedingt ist durch die Entwicklung und Expansion der Wirtschaft eines anderen Landes, der sie unterworfen ist“* (xlix). Die Mechanismen dieser Abhängigkeit wurden von verschiedenen Autoren der Theorie unterschiedlich analysiert. Für manche Autoren steht der „ungleiche Tausch“ im Vordergrund, wodurch ständig Wert aus der Peripherie in die Zentren transferiert werde, für andere die „strukturelle Heterogenität“ bzw. der „Dualismus“ der Produktionsstrukturen in der Peripherie, was eine gleichmäßige Entwicklung dieser Länder verhindere. Andere betonen v.a. die Rolle des ausländischen Kapitals aus den imperialistischen Zentren, dessen Agieren in der Peripherie ebenfalls dazu beitrage, Entwicklung zu blockieren.

Wieder Galeano: *„Diese multinationalen Konzerne gehören jedoch nicht den zahlreichen Nationen, in deren Gebiet sie tätig sind; sie sind ganz einfach in dem Maße multinational, in dem sie aus allen Himmelsrichtungen große Erdöl- und Dollar-Ströme in die Machtzentren des kapitalistischen Systems pumpen. (...) die Gewinne um die die armen Länder gebracht werden, gelangen nicht nur schnurstracks in die wenigen Städte, in denen ihre wichtigsten Kouponschneider wohnen, sondern werden auch teilweise wieder investiert, um das internationale Geschäftsnetz zu festigen und auszubreiten. Die Kartellstruktur bringt die Beherrschung zahlreicher Länder und die Infiltration zahlreicher Regierungen mit sich; das Erdöl durchtränkt Präsidenten und Diktatoren und verschärft die strukturellen Mißbildungen der Länder, die ihm unterliegen.“* (l). Dadurch sei eine eigenständige Entwicklung der Bourgeoisie in Lateinamerika verhindert worden: *„sie (die Bourgeoisie, Th.S.) erreichte das Stadium der Altersschwäche, ohne sich je entwickelt zu haben. Unsere Bourgeois sind heute Vertreter oder Funktionäre der allmächtigen ausländischen Konzerne“* (li).

Zudem wird oft innerhalb der Länder ebenfalls eine Zentrum-Peripherie-Aufteilung konstatiert: So gebe es auch in den Ländern des Zentrums eine Peripherie, die nicht in den kapitalistischen Weltmarkt integriert sei, ebenso wie es in den Peripherieländern ein kapitalistisch integriertes Zentrum gebe. Kommunikation finde vor allem zwischen den integrierten Sektoren der Zentrums- und Peripherieländer statt, wobei diese in ersteren wesentlich größer seien als in letzteren (lii). Das Eindringen der Konzerne der imperialistischen Zentren, die Ausrichtung der Produktion auf den Export in die Zentren, die Durchsetzung der Werteordnung der Zentren führten zu einer Situation, die *„nicht nur die Bildung einer nationalen Unternehmerschicht verhindert oder begrenzt, (...) sondern auch die einer Mittelklasse (Intellektuelle, Wissenschaftler, Techniker usw. einbegriffen) und sogar die einer Arbeiterklasse“* (liii).

Wir sehen, dass die Dependenztheorien als Beitrag zur Imperialismusanalyse intendiert waren. Imperialismus wurde von ihnen dabei unterschiedlich verstanden. Der norwegische Friedensforscher und Dependenztheoretiker Johan Galtung bietet folgende Definition des Imperialismus an: *„Imperialismus ist eine Beziehung zwischen einer Nation im Zentrum und einer Nation an der Peripherie, die so geartet ist, daß: 1) Interessensharmonie zwischen dem Zentrum in der Zentralnation und dem Zentrum in der Peripherienation besteht, 2) größere Interessendisharmonie innerhalb der Peripherienation als innerhalb der Zentralnation besteht, 3) zwischen der Peripherie in der Zentralnation und der Peripherie in der Peripherienation Interessendisharmonie besteht“* (liv).

Dieses Zitat ist deshalb interessant, weil es verschiedene grundlegende Schwachstellen der dependenztheoretischen Betrachtung des Imperialismus verdeutlicht:

Erstens die Annahme einer „Interessensharmonie“ zwischen „dem Zentrum der Zentralnation“ (d.h. der Bourgeoisie der imperialistischen Länder) und „dem Zentrum in der Peripherienation“ (der Bourgeoisie in dem abhängigen Land). Diese Annahme sollte durch die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte endgültig widerlegt sein. Der Aufstieg und die Entwicklung einer monopolkapitalistischen Klasse in Ländern wie Indien, Brasilien, Südafrika, der Türkei usw. zeigt, dass vielmehr die Kapitalisten dieser Länder sich in

ihren Interessen mit denen der alten „Triade“ in einem ständigen Wechselspiel aus Überschneidung und Gegensatz, aus Konflikt und Kooperation befinden.

Zweitens die Annahme eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen den Ausgebeuteten der herrschenden imperialistischen und der abhängigen Länder. Tatsächlich ist jedoch der Klassenkampf auf nationaler Ebene vom Kräfteverhältnis des Klassenkampfes auf internationaler Ebene abhängig, weshalb jeder Sieg der Arbeiterklasse in einem Land auch dem Kampf in anderen Ländern hilft.

Drittens krankt diese Analyse an einer Verabsolutierung von Abhängigkeit, die schematisch und starr verstanden wird und nicht als dynamische Beziehung innerhalb eines grundsätzlich hierarchischen Systems. Nach der undialektischen Zentrum-Peripherie-Vorstellung der Dependenztheorie existiert zwischen diesen beiden Sphären eine starre Trennung, ganz ähnlich der von Klara und Paul hervorgehobenen angeblichen Spaltung der Welt in „unterdrückte“ und „unterdrückende Nationen“. Sicherlich sind die Begriffe Zentrum und Peripherie als grobe Einteilungen, als zwei Pole (ähnlich wie Basis und Spitze in der Pyramide) nicht per se falsch. Absurd ist es jedoch, mit diesem Maßstab an alle Länder der Welt heranzugehen und sie dann eindeutig in die eine oder die andere Kategorie einordnen zu wollen. Die oben untersuchten Daten haben gezeigt, wie viel komplexer, widersprüchlicher und abgestufter das imperialistische Weltsystem in Wirklichkeit ist. Auch ist die in der Dependenztheorie explizit zugrunde gelegte Position offensichtlich falsch, wonach es den abhängigen Ländern unmöglich sei, in der imperialistischen Hierarchie aufzusteigen. In diesem Beitrag wurde eine Vielzahl an Daten präsentiert, die den Aufstieg einer Reihe von Ländern der ehemaligen „Dritten Welt“ in gehobene Zwischenpositionen des imperialistischen Weltsystems oder gar in das Spitzensegment des Systems (Südkorea, Taiwan, Singapur, China) belegen. Die Annahme, wonach Abhängigkeit und die Aktivitäten ausländischen Kapitals zwangsläufig die Entwicklung moderner, konkurrenzfähiger Produktionsstrukturen und einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft blockieren, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr hat sich gezeigt, dass die Wirkung solcher Abhängigkeiten differenzierter zu betrachten ist: Wie erfolgreich und in welcher Form die Kapitalakkumulation erfolgt, ob sie z.B. eine Akkumulation von Geldkapital in den Händen einer schmalen herrschenden Klasse ist, das zu spekulativen

Zwecken verwendet wird, oder ob es tatsächlich zu einer Entwicklung des Produktionssystems und ausreichenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals kommt, hängt von vielen Faktoren ab. Hierbei können politische Stabilität und Eigenständigkeit des kapitalistischen Staates, seine außenpolitische (auch militärische Durchsetzungsfähigkeit), überkommene Gesellschaftsstrukturen, Werteorientierungen, Traditionen, die konkrete historische Form der Entstehung Bourgeoisie usw. usf. eine Rolle spielen. Aber die Tatsache anzuerkennen, dass es durchaus möglich ist, die Position eines Landes innerhalb der imperialistischen Hierarchie aufzuwerten, ist ebenso wichtig wie zu sehen, dass es diese Hierarchie gibt.

Zur Verteidigung der Dependenztheoretiker muss man hier sagen, dass die Theorie vor allem in den 1960ern und 1970ern unter dem Eindruck einer massiven Übermacht des US-Imperialismus und der Triade innerhalb der kapitalistischen Welt entwickelt wurde und heute, wo sich die Konstellation stark verändert hat, deshalb in ihrer Reinform auch kaum noch vertreten wird. Dies erkennt auch Klara an, die sagt, dass es „*zwar möglich, aber nicht so einfach (sei), in den Club der Räuber zu kommen*“. Umso schwerer verständlich ist jedoch, dass auf der anderen Seite für eine Aufrechterhaltung dieser schematischen Trennung argumentiert wird, wie es auch Klara mit ihrer Verabsolutierung der Unterscheidung in „unterdrückende“ und „unterdrückte Länder“ tut.

Viertens ist ein weiterer entscheidender Mangel der dependenztheoretischen Imperialismusanalyse, dass sie den Imperialismus allein als Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie versteht (ähnlich auch Paul Oswald in seinem Beitrag). In Wirklichkeit sind die Widersprüche zwischen den Imperialisten, die keineswegs nur aus Konflikten um die Aufteilung der „Kolonien“ hervorgehen, mindestens ebenso relevant für die Entwicklungsdynamik des imperialistischen Weltsystems. Diese Widersprüche entstehen aber gerade auch (und sogar in höherem Maße) aus der gegenseitigen Durchdringung der führenden imperialistischen Länder mittels ihres Kapitalexports, mit der sie sich auf dem Terrain des jeweils anderen Konkurrenz machen. So ist beispielsweise die grundlegende Wurzel des Konflikts zwischen Russland und der NATO darin zu finden, dass die russische Bourgeoisie nach stärkerer (ökonomischer, politischer, militärischer) Eigenständigkeit vom Westen strebt und die abhängige

Position, in der sie sich in den 1990ern befand, teilweise aufgebrochen hat. Ein Hauptstreitpunkt zwischen China und den USA und die Ursache des Handelskrieges liegt darin, dass die leistungsfähige chinesische Industrie in den USA dem dortigen Kapital massive Konkurrenz macht. Weitere Beispiele ließen sich leicht finden.

Ein fünfter Aspekt, der in dem Zitat von Galtung nicht zum Ausdruck kommt, aber ebenfalls typisch für Positionen ist, die aus der Dependenztheorie abgeleitet werden, kann folgendermaßen formuliert werden: Die Sichtweise der Dependenztheorie ist problematisch, *„weil sie die Bourgeoisien der „abhängigen“ Länder als eigene Klassenkräfte mit eigenen kapitalistischen/imperialistischen Ambitionen unterschätzt und damit politisch aus der Schusslinie nimmt. Die Dependenztheorien haben damit eine klassenneutrale Tendenz, weil sie letzten Endes die beherrschten Klassen der „abhängigen“ Länder gemeinsam mit der Bourgeoisie dieser Länder unter den Begriff „Abhängigkeit“ fassen. In Lateinamerika äußert sich das beispielsweise bis heute oft darin, dass sozialistische Kräfte faktisch „den Imperialismus“ mit den USA gleichsetzen und die einheimische Bourgeoisie nicht als Gegner erkennen oder sogar, vor allem wenn sie eine größere Unabhängigkeit von den USA anstrebt, als Verbündeten begreifen. In relativ entwickelten kapitalistischen Ländern wie Brasilien, Argentinien, Mexiko oder Chile wurden und werden „linke“ bürgerliche Regierungen (Kirchner in Argentinien, Lula/Rousseff in Brasilien, Bachelet in Chile, López Obrador in Mexiko) als Teil einer „fortschrittlichen“ oder gar antiimperialistischen Tendenz verstanden“ (Iv).*

Auch die TKP entwickelt eine korrekte Kritik an den Einseitigkeiten der Dependenztheorie, die sich ebenfalls auf die von Alexander, Klara und Paul vertretene Position übertragen ließe: *„Der Imperialismus kann nicht als Vorherrschaft der entwickelten kapitalistischen Länder über die unterentwickelten Länder aufgefasst werden. Außerdem kann der Imperialismus keineswegs als alleinige Beziehung oder Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie oder zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern betrachtet werden“ (These 10).* Gleichzeitig warnt sie zurecht davor, die hierarchische Struktur dieser Beziehungen zu unterschätzen: *„Man ist gut beraten, Analysen zu vermeiden, die zwar die Charakteristika des Imperialismus als ein die ganze Welt durchdringendes System und die von*

jedem Land in einer bestimmten Phase des Kapitalismus übernommenen imperialistischen Rollen betonen, aber die imperialistische Hierarchie selbst trivialisieren“ (These 18)

Die Dependenztheorie ist letztendlich ungeeignet, das Wesen des Imperialismus richtig zu erfassen. Das bedeutet nicht, dass sie nicht auch viele wertvolle Beiträge geleistet hätte – ihre Kritik an der verfälschenden Darstellung von „Entwicklung“ in den Modernisierungstheorien war sicherlich berechtigt, auch wenn sie in das andere Extrem überschießt und nachholende Entwicklung bzw. den Aufstieg im imperialistischen Weltssystem ganz ausschließt. Die Dependenztheorien haben auch dazu beigetragen, die Mechanismen von Abhängigkeit und anhaltender Unterentwicklung durch strukturelle Heterogenität, ungleichen Tausch, die Herausbildung inkohärenter und monokultureller Produktionsstrukturen usw. besser zu verstehen. Von diesen Erkenntnissen sollten wir profitieren, ohne deshalb die vielen falschen Annahmen dieser Theorie zu übernehmen.

6. Das Imperialismusverständnis Lenins und die „imperialistische Pyramide“

An diesem Punkt haben wir uns genug Daten angesehen, um allgemeine Schlussfolgerungen für die Analyse des Imperialismus zu ziehen. Ist Lenins Theorie heute noch das geeignete Mittel, um den Imperialismus zu analysieren?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir diese Theorie zunächst richtig verstehen.

Klara will Lenin so verstanden wissen, *„dass es erstens Großmächte gibt, die sich qualitativ vom Rest der Welt unterscheiden, zweitens, dass diese Großmächte die Welt beherrschen, drittens dass der Widerspruch zwischen ihnen darin besteht, wie sie die Beute unter sich aufteilen“*; *„Imperialismus ist nach Lenin die Beherrschung der Welt durch wenige Monopole und ihre Staaten.“*; *„Dieses Bild beinhaltet konstitutiv, dass es eine Welt ist, wo auf der einen Seite die „Handvoll Räuber“ und auf der anderen Seite „die Beraubten“, auf der einen Seite „die unterdrückenden“, auf der anderen Seite „die Unterdrückten“ stehen. Wenn dieses Bild nicht mehr stimmen soll, dann handelt es sich genau genommen nicht mehr um Imperialismus.“*

Klara argumentiert, dass Lenins Aufteilung der Welt in eine „Handvoll Räuber“ auf der einen Seite und „die Unterdrückten“ auf der anderen Seite zur Definition des Imperialismus gehört. Hierzu ist als erstes zu sagen, dass Lenin selbst vor einer schematischen Anwendung solcher Definitionen des Imperialismus warnte: Man dürfe nicht *„vergessen, daß alle Definitionen überhaupt nur bedingte und relative Bedeutung haben, da eine Definition niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung umfassen kann“* (Ivi).

Um nicht in diese Falle zu gehen, ist man gut beraten, erst einmal zu verstehen, was das Wesentliche an Lenins Begriff des Imperialismus ist. Lenin selbst schreibt dazu: *„Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist.“* (Ivii). In seiner berühmten längeren Definition zählt er dann die fünf Merkmale des Imperialismus auf: Monopolisierung, Finanzkapital, Kapitalexport, internationale monopolistische Kapitalistenverbände und die Aufteilung der Welt unter die Großmächte (Iix). Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte ist also für ihn ein Merkmal des Imperialismus, aber deutlich wird auch: Die grundlegende Entwicklung liegt für ihn als Marxist die Durchsetzung einer neuen Qualität der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, des Monopolkapitals. Mit dem Monopolkapital gehen nicht nur eine enorme Machtkonzentration in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht und eine Veränderung der internationalen Verflechtungen einher, sondern auch eine Modifikation der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise: Die Preisbildung verändert sich, es kommt zu systematischen Abweichungen der realisierten Marktpreise von den Produktionspreisen (die Marx im 3. Band des Kapitals darstellt), der Kapitalismus tendiert systematisch zur Überakkumulation und drängt daher zur globalen Expansion des Kapitals. Es besteht kein Zweifel daran, dass dieser Umstand allein für Lenin das Wesentliche am Imperialismus war.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, also in der Epoche Lenins, wurde die Welt vor allem in Form der Kolonialpolitik unter einer Handvoll Großmächte aufgeteilt. Dass Lenin deshalb von einer „Handvoll“ schreibt, darf also nicht verwundern – es ist schlicht die Beschreibung einer offensichtlichen Realität zu seiner Zeit. Lenin analysierte das, was er vorfand

und polemisierte heftig gegen Leute wie Kautsky, die sich durch abstrakte Überlegungen eine hypothetische Phantasiewelt wie den friedlichen „Ultra-Imperialismus“ flüchteten. Das bedeutet aber auch, dass wir seine Analyse nicht als fertige Beschreibung der heutigen Welt verstehen dürfen, sondern lediglich als Instrumentarium, um das, was wir heute an empirischem Material vorfinden, einzuordnen und zu analysieren. Zu Lenins Zeiten bestand der Großteil der Welt aus Kolonien oder Halbkolonien mit sehr eingeschränkter Souveränität. Der Übergang zum Monopolkapitalismus schuf die ökonomischen Grundlagen für eine recht einseitige Beherrschung der kolonialen und halbkolonialen Länder durch relativ wenige Staaten: Allen voran die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, wobei auch kleinere oder weniger entwickelte Staaten (Portugal, Spanien, Belgien, Niederlande, Japan) Kolonien erwerben konnten.

Nichts deutet aber darauf hin, dass Lenin eine spezifische Anzahl imperialistischer Länder für ein Wesensmerkmal der imperialistischen Epoche hielt. Im Gegenteil ist auffällig, dass er in seinem Werk keine definitive Liste der imperialistischen Staaten aufstellt – was ja leicht möglich sein sollte, wenn er von einer starren und absoluten Trennung zwischen imperialistischen und unterdrückten Ländern ausgegangen wäre.

Beispielsweise führt er auf einer Liste der Wertpapieremissionen auch Österreich-Ungarn, Russland, Italien, Japan, Holland, Belgien, Spanien, die Schweiz usw. an, um aber darauf hinzuweisen, dass die vier größten (England, USA, Frankreich, Deutschland) zusammen fast 80% des Wertpapierhandels kontrollieren und der Rest „*so oder anders die Rolle des Schuldners*“ spielen müsse (lix). An einigen anderen Stellen vergleicht er lediglich Frankreich, England und Deutschland miteinander. War Lenin also der Ansicht, dass Russland, Italien, Japan, die Niederlande usw. keine imperialistischen Länder seien? Ganz im Gegenteil! Lenin wird dazu sehr deutlich: „*Die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital, im Zusammenhang mit der Bildung kapitalistischer Monopole, hat also auch in Rußland enorme Fortschritte gemacht.*“ (lx). Und allgemein schreibt er über die imperialistischen Großmächte: „*ein beträchtlicher Unterschied bleibt dennoch bestehen, und unter den genannten sechs Ländern finden wir einerseits junge kapitalistische Länder, die ungewöhnlich rasch vorangeschritten sind (Amerika, Deutschland, Japan); andererseits Länder*

*alter kapitalistischer Entwicklung, die sich in der letzten Zeit viel langsamer entwickelt haben als die ersteren (Frankreich und England); und schließlich ein Land, das in ökonomischer Hinsicht am meisten zurückgeblieben ist (Rußland), in dem der moderne kapitalistische Imperialismus sozusagen mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen ist.“ (Ixi). Das imperialistische Weltsystem war auch zu Lenins Zeiten kein statisches Gebilde, in dem die paar Großmächte absolut unangefochten den Rest der Welt beherrschen, sondern von ungleichmäßiger Entwicklung geprägt: „Am schnellsten wächst der Kapitalismus in den Kolonien und den überseeischen Ländern. Unter diesen Ländern (!!) entstehen **neue imperialistische Mächte (Japan).**“ (Ixii).*

Über den Imperialismus Italiens, das in seiner Imperialismusschrift kaum vorkommt, schreibt Lenin während des Ersten Weltkrieges in seinen Notizen: „*Das revolutionär-demokratische, d.h. das revolutionär-bürgerliche Italien, (...) das Italien der Zeiten Garibaldi's, verwandelt sich vor unseren Augen endgültig in das Italien, das andere Völker unterdrückt, das die Türkei und Österreich ausplündern will, in das Italien einer groben, widerwärtig-reaktionären, schmutzigen Bourgeoisie, der das Wasser im Munde zusammenläuft vor Vergnügen darüber, daß man auch sie zur Teilung der Beute zugelassen hat.*“ (Ixiii).

Lenin hatte also sehr wohl verstanden, dass auch in den oberen Segmenten des imperialistischen Weltsystems große Unterschiede vorherrschen, dass man die USA, England und Deutschland nicht mit Russland, Italien oder Japan gleichsetzen konnte und letztere sogar der finanziellen Übermacht der imperialistischen Hauptmächte klar untergeordnet waren. Dennoch sah er Russland, Japan und Italien ganz unmissverständlich als imperialistische Mächte an. Er erkannte am Beispiel Japans auch die Möglichkeit an, dass aus ehemals untergeordneten und unterdrückten Ländern neue imperialistische Staaten entstehen können. Imperialistisch sind sie für Lenin trotzdem deshalb, weil in ihnen die ökonomische Grundlage des Imperialismus, das Monopolkapital, vorherrscht und weil sie am Kampf um die Neuaufteilung der Welt beteiligt sind. Lenin macht klar, worum es ihm dabei geht: „*Die kapitalexportierenden Länder haben, im übertragenen Sinne, die Welt unter sich verteilt.*“ (Ixiv). An der Aufteilung der Welt beteiligen sich alle Länder, deren Kapital international expandiert. Es ist offensichtlich, dass mit diesem

Verständnis weit mehr als nur die fünf, sechs oder sieben größten kapitalistischen Ökonomien gemeint sind.

Wir sehen also, die Behauptung Klaras, wonach die Auffassung der KKE der Lenins widerspreche, lässt sich allerspätestens auf den zweiten Blick nicht bestätigen. Doch selbst wenn dem so wäre – forderte Lenin nicht immer, die Wahrheit in den konkreten Tatsachen zu suchen? Was hätte er wohl von einer Lesart seiner Theorie gehalten, die sich, mehr als 100 Jahre später, in einer drastisch veränderten Welt, lieber an jeder einzelnen Formulierung seiner Schrift festbeißt, anstatt sich mit den Fakten auseinanderzusetzen?

Lenin wusste: Die kapitalistische Entwicklung folgt den kapitalistischen Entwicklungsgesetzen. Zu den wichtigsten dieser Gesetze gehören die miteinander zusammenhängenden Tendenzen zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Sie führen dazu, dass das Monopolkapital sich nicht nur in den führenden Ländern des Weltkapitalismus herausbildet und „mit absoluter Unvermeidlichkeit **alle** Gebiete des öffentlichen Lebens“ (lxv) durchdringt, sondern in gradueller Abstufung in immer mehr anderen Ländern, einschließlich der ehemaligen Kolonien. Es ist ein dogmatisches Missverständnis von Lenins Theorie, wenn man glaubt, eine heutige Imperialismusanalyse könne darauf verzichten, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen.

Aufgrund der Schwäche der kommunistischen Weltbewegung fiel es der KKE zu, als erste auf die Veränderungen in der Konstellation des Imperialismus aufmerksam zu machen. Sie hat dafür das Bild der „imperialistischen Pyramide“ geprägt. Dieses Bild soll dem erleichterten Verständnis dessen dienen, worum es dabei geht: Nämlich darum, dass es im imperialistischen System nicht nur „oben“ und „unten“ gibt, sondern vielmehr verschiedene Positionen auf einer Stufenleiter, in einer Rangordnung, wobei es falsch ist, den Imperialismus nur in der obersten Stufe der Leiter zu suchen. Dass es die Leiter gibt, dass es sogar zum Wesen des Imperialismus gehört, dass er sich als strenge Hierarchie darstellt, wird durch das Bild der Pyramide keineswegs bestritten, sondern sogar unterstrichen.

Nun sollte dieses Bild, weil es eben ein Bild, eine Metapher ist, und keine detailgenaue Abbildung der Realität, aber auch nicht überstrapaziert werden. Anders als die Steine der Pyramiden von Gizeh befinden die Elemente der

imperialistischen Pyramide im ständigen Fluss – die gesetzmäßig ungleichmäßige Entwicklung und die ständigen Kämpfe um Neuaufteilung drücken sich in relativen Auf- und Abstiegsprozessen aus. Anders als bei den Stufenpyramiden in Mexiko ist es auch nicht immer eindeutig bestimmbar, auf welcher Stufe man gerade genau steht, weil die Bestimmung der Position im imperialistischen Weltsystem von vielen Faktoren abhängt und sich nicht aus einer einzelnen Liste ökonomischer Kennzahlen ablesen lässt – aus aktuellem Anlass sei hier noch einmal auf Russland verwiesen, dessen imperialistische Position zu niedrig bewertet wird, wenn man allein die Rolle seiner Monopole in der internationalen Hierarchie beachtet, aber seine politische und militärische Potenz außen vor lässt.

Entscheidender Unterschied zu der „Triaden“-Theorie des Imperialismus, die natürlich bereits an der Einordnung Chinas völlig scheitern muss, ist das Verständnis von „Zwischenpositionen“ in der Pyramide. Doch auch die Charakterisierung als „Zwischenposition“ ist nur eine sehr allgemeine Einordnung und kann im Einzelfall sehr verschiedenes bedeuten. Das sieht man z.B. daran, dass sowohl die KP Mexikos als auch die KP Griechenlands ihre Länder als in einer Zwischenposition sehen, obwohl Mexiko eher auf einer höheren Stufe steht. Diese Begriffe sind also nur sehr grobe Instrumente und müssen durch eine genauere Analyse inhaltlich gefüllt werden.

Wenn wir versuchen, die Rangordnung zwischen den imperialistischen Ländern genau zu bestimmen, stoßen wir auf ein Problem: Die Position eines Landes in der Pyramide drückt aus, in welchem Verhältnis dieses Land bzw. sein Kapital zu den anderen Ländern und zum Weltsystem als Ganzes steht. Ist es in der Lage, die Struktur des Weltsystems zu prägen oder nicht? (lxvi)

Es geht dabei also nicht allein darum, wie weit die ökonomische Grundlage eines Landes bereits in der Herausbildung monopolkapitalistischer, imperialistischer Strukturen fortgeschritten ist. So ist z.B. offensichtlich, dass für Indien und China auch (allerdings bei weitem nicht nur) die schiere Größe ihrer Ökonomie eine Rolle spielt, wenn die Rolle dieser Länder in der internationalen imperialistischen Hierarchie bestimmt werden soll. In beiden Ländern, besonders in China, hat sich ein mächtiges Monopol- und Finanzkapital herausgebildet, aber es gibt auch weite Teile des Landes, die weiterhin stark unterentwickelt bleiben. Die Niederlande oder die Schweiz hingegen sind zweifellos in ihrer imperialistischen Entwicklung wesentlich

weiter fortgeschritten, es handelt sich um (über-)reife imperialistische Gesellschaften. Doch ebenso zweifellos stehen sie in der Rangordnung der Pyramide unter China und je nach Indikator auch unter Indien.

Für das Imperialismusverständnis der „imperialistischen Pyramide“ entsteht daraus kein grundsätzliches Problem: Beide, bzw. in diesem Beispiel alle vier Länder sind natürlich imperialistisch und beteiligen sich am Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Die Position eines Landes in der Pyramide ist keine direkte Ableitung seiner gesellschaftlichen Strukturen, sondern das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer (politischer, ökonomischer, militärischer, teilweise auch kultureller) Faktoren. Doch auch imperialistische Länder, die aufgrund ihrer beschränkten Größe nicht in der Lage zu einer imperialistischen Machtpolitik im Alleingang sind, werden durch die Entwicklungsgesetze ihrer ökonomischen Basis zu einem Verhalten als imperialistische Mächte gedrängt – sie sind dann darauf angewiesen, ihre Interessen im Bündnis mit anderen Imperialisten zu verfolgen.

Ein grundsätzliches Problem besteht hier aber bei dem „Triaden“-Modell von Klara. Denn bei ihr hängt die Frage, ob ein Land imperialistisch ist, tatsächlich im Wesentlichen vom Verhältnis ab, das dieses Land zu anderen Ländern eingeht. Also die Frage: Gibt es andere Länder die stärker sind?

Auf dieser Grundlage kommt sie zu dem Schluss: *„Wenn man aber davon ausgeht, dass mit dem Adjektiv ‚imperialistisch‘ bezüglich eines Landes / eines Staates die reale polit-ökonomische (das schließt militärisch ein) Potenz zur Beherrschung der Welt gemeint ist, dann ist Russland nicht im Club der Imperialisten dabei. Diese Potenz hängt nämlich nicht einfach nur von ‚Monopolisierung‘ **in einem Land** ab, sondern vom **Grad** der Monopolisierung, was sich vor allem in der Stärke des Finanzkapitals und im Kapitalexport ausdrückt und **im Verhältnis** zu anderen weltbeherrschenden Staaten“*

Damit ist Imperialismus dann aber kein Charakteristikum der Gesellschaft eines bestimmten Landes mehr, sondern nur noch eine Beschreibung des Kräfteverhältnisses zwischen verschiedenen Staaten. Somit ist es gerade Klara, die letzten Endes den Boden der von Lenin entwickelten marxistischen Methodologie der Imperialismusanalyse verlässt, denn für Lenin war das Entscheidende der Übergang der Produktions- und Verteilungsverhältnisse in

ein neues Stadium des Kapitalismus. Wer nur noch die allerstärksten Imperialisten überhaupt als Imperialisten erkennen will, verliert zwangsläufig den Blick dafür, dass der Imperialismus als Gesellschaftsordnung den ganzen Globus umspannt und auch die stärksten „Räuber“ ihre Position an der Spitze der Pyramide ständig gegen ihre (noch) schwächeren Konkurrenten verteidigen müssen.

Wir haben uns in diesem Artikel vor allem die oberen Segmente der Pyramide angesehen und zwei Beispiele von Ländern in einer „Zwischenposition“, wobei Russland insgesamt höher in der Hierarchie steht als Mexiko. Das bedeutet aber nicht, dass es unterhalb dieser Länder keinen Imperialismus gebe. Auch Länder, die keine Konzerne in den Top 500 haben, sind deshalb nicht automatisch „nicht imperialistisch“. Auch sie können eine Zwischenposition einnehmen und regional eine imperialistische Rolle spielen durch Kapitalexporte in ihre Nachbarländer, v.a. wenn diese weniger entwickelt sind. Als letztes Beispiel dazu soll hier Griechenlands Rolle auf dem Balkan angeführt werden. Vor dem Ausbruch der tiefen Krise konnte man in der Zeitung „Kathimerini“ lesen: *„Griechische Banken verwandeln die Region Südosteuropa in ihren eigenen Hinterhof. Trotz ihrer kleinen Größe verglichen mit den europäischen Finanzgiganten und innerhalb weniger Jahre haben sie es geschafft, ein Netzwerk aus 3000 Filialen aufzubauen, während ihr Marktanteil auf dem Balkan fast 20% beträgt. Tatsächlich erreicht der Anteil griechischer Banken in bestimmten Märkten wie der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien bis zu 35%. (...) Es gab 15 Übernahmen serbischer Banken in den Jahren 2004-2007, von denen fünf von griechischen Banken getätigt wurden.“* (lxvii). Die Krise führte dazu, die Rolle des griechischen Kapitals stark zu degradieren. Doch für die griechischen Imperialisten besteht aus Sicht eines Zeitungskommentars von 2021 noch Hoffnung: *„Viel muss getan werden – die griechische Wirtschaft muss wachsen und die Fonds der Europäischen Union müssen gut eingesetzt werden – bevor Griechenland auf den Balkan als der führende Player zurückkehren kann, der er zu Beginn des 21. Jahrhunderts war, als seine Banken einige Präsenz in Bulgarien, Nordmazedonien, Rumänien, Serbien, Albanien, Zypern und sogar der Türkei hatten. Damit Griechenland eine führende geopolitische Rolle in Südosteuropa einnehmen kann, muss es auch eine starke ökonomische Präsenz und Einfluss in der Region haben“* (lxvii).

Nun fehlen uns noch die Länder ganz unten in der Hierarchie. Die meisten von ihnen sind formal-politisch unabhängig, also keine Kolonien mehr. In der Debatte wurde oft die Frage aufgeworfen (und dann verneint), ob es sinnvoll sei, alle Länder der Welt als imperialistisch zu bezeichnen. Ist es nun sinnvoll oder nicht?

Zunächst kann man in einem gewissen Sinne durchaus feststellen, dass fast alle Länder der Welt sich im imperialistischen Stadium des Kapitalismus befinden. Alle Länder sind Teil des imperialistischen Weltsystems, d.h. sie sind den Entwicklungsgesetzen dieses gesellschaftlichen Entwicklungsstadiums und der Expansion und Politik der Monopole unterworfen.

Dennoch ist es unsinnig, Länder wie die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Haiti, Afghanistan, Niger oder den Jemen als imperialistische Staaten zu bezeichnen. Diese Länder, die die untersten Schichten der Pyramide bilden, besitzen keine eigenen international operierenden Monopole, sie besitzen keinen relevanten Kapitalexport, die Bourgeoisie in diesen Ländern besteht entweder aus ausländischen Monopolen oder kleinen und mittleren Kapitalisten in den Städten.

Man könnte nun fragen: Wo ist also die Grenze, ab der ein Land imperialistisch bzw. unterhalb derer es nicht mehr imperialistisch ist? Aber diese Frage ergibt keinen Sinn und lässt sich nicht beantworten. Denn wenn wir den Imperialismus als ein Entwicklungsstadium des Kapitalismus mit bestimmten Charakteristika begreifen, dann können wir lediglich untersuchen, wie weitgehend (oder eben nicht) diese Charakteristika in einem Land entwickelt sind.

Ein wichtiger Begriff in nahezu allen Imperialismuskussionen seit Lenin ist der Begriff „Abhängigkeit“. Klara Bina stört sich daran, dass die KKE statt von einseitigen von „gegenseitigen Abhängigkeiten“ spricht. Wie können wir den Begriff Abhängigkeit verstehen?

Eine sinnvolle Definition wäre: Die Abhängigkeit eines Landes von einem anderen besteht darin, dass die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Strukturen und des politischen Überbaus in einem Land von ökonomischen und politischen Faktoren eines anderen Landes bestimmt und beschränkt wird.

Können wir unter dieser Voraussetzung von „gegenseitiger Abhängigkeit“ sprechen, wie es die KKE tut? Sind beispielsweise die USA und Mexiko gegenseitig voneinander abhängig? Die Antwort ist zweifellos ja: Während die Abhängigkeit Mexikos von den USA keiner weiteren Erläuterung bedarf, expandieren auch die mexikanischen Monopole über die Nordgrenze. Dass diese Abhängigkeitsbeziehung stark *asymmetrisch* zugunsten der USA ist, ändert nichts daran, dass sie eine *gegenseitige* Beziehung ist. Die Erkenntnis, dass die Abhängigkeitsbeziehungen keine Einbahnstraße sind, ist ein wichtiger Fortschritt in der Analyse des Imperialismus. Sie verhindert nämlich, dass wir schwächere imperialistische Länder als passive Empfänger von Kapitalexporten oder politischen Anweisungen aus den führenden imperialistischen Zentren missverstehen.

Dies bedeutet natürlich auch: Je weiter wir in der Pyramide nach unten gehen, desto einseitiger wird die Abhängigkeitsbeziehung, in der sie zu den Ländern an der Spitze der Pyramide stehen, bis hin zur völlig einseitigen Abhängigkeit.

Wie sieht es nun aus mit Lenins Einteilung der Welt in die „Räuber“ einerseits und die „unterdrückten Nationen“ andererseits?

Wie nun deutlich geworden sein sollte, ist das Entscheidende an Lenins Aussage nicht, dass es eine scharfe Zweiteilung gäbe, wo alle Länder sich in die eine oder andere Kategorie eindeutig einordnen ließen. Für Lenin entscheidend ist die Hierarchie, d.h. dass es ein Unterdrückungsverhältnis auf internationaler Ebene gibt (also nicht nur innerhalb eines Landes den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit) und dass dieses Unterdrückungsverhältnis mit der Vorherrschaft bestimmter Staaten und ihres Monopolkapitals verbunden ist. Auch Lenin war bereits bewusst, dass es in dieser Hierarchie sowohl in den oberen Segmenten Abstufungen gibt (z.B. Russland und Japan unter den USA, England, Deutschland), als auch in den mittleren und unteren Segmenten, wo er bereits selbst auf „*eine ganze Reihe von **Übergangsformen der staatlichen Abhängigkeit***“ (IxiX) hinweist.

Die These der „imperialistischen Pyramide“ ist damit keine Abweichung von Lenins Imperialismustheorie, sondern lediglich ihre Anwendung auf die heutigen Bedingungen und insofern eine Weiterentwicklung der Theorie, als der Aspekt der Zwischenstufen und gegenseitigen Abhängigkeiten auf

Grundlage der kapitalistischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte besser ausgearbeitet wurde.

Eine Abweichung – sowohl von Lenins Methode als auch von der Realität – besteht eher bei denjenigen, die wie Klara oder Alexander den Imperialismus nur bei den führenden Ländern der Pyramide oder gar nur der Nummer 1 der Hierarchie sehen wollen.

Anlass und Ausgangspunkt der Diskussion ist der vom russischen Imperialismus in der Ukraine geführte Krieg. Wenn das Wesen des Krieges eine Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Blöcken ist, dann ist aus leninistischer Perspektive klar, dass die Arbeiterklasse sich auf keine der beiden Seiten stellen darf, unabhängig davon, wer der Aggressor ist. Zur heutigen Rolle Russlands im imperialistischen Weltsystem wurde hier schon genug geschrieben. An seinem imperialistischen Charakter kann kein Zweifel bestehen. Bezeichnend ist, dass Lenin, einem offensichtlich doch anderen Verständnis von Imperialismus folgend als Klara und Alexander, Russland bereits Anfang des 20. Jahrhunderts als imperialistisch einschätzte, und zwar aufgrund der Herausbildung des Monopol- und Finanzkapitals in diesem Land (s.o.). Ist die Bildung kapitalistischer Monopole, die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft Russlands unter die Herrschaft dieser Monopole wohl heute weiter oder weniger weit fortgeschritten als zu Zeiten Lenins, als die große Mehrheit der Bevölkerung noch in vorkapitalistischen Verhältnissen auf dem Land lebte? Oder auch als in Japan und Italien zu jener Zeit?

Und wenn sie weiter fortgeschritten ist, ist es dann nicht ein völliger Widersinn zu behaupten, dass Russland vor über 100 Jahren bereits imperialistisch gewesen ist und es heute nicht mehr sein soll?

Klara wirft ein, Russland wäre nicht Teil des „Clubs der Räuber“, die die Welt unter sich aufteilen. Trifft das zu? Auf den ersten Blick erscheint es so: Russland ist nicht Teil der G7, nicht Teil der NATO, es spielt ökonomisch gesehen eher in der zweiten oder dritten Reihe mit. Allerdings war der Rauswurf aus der G8 eine politische Entscheidung infolge der wachsenden Konfrontation. Bedeutet die Tatsache, dass Russland von den westlichen imperialistischen Bündnissen (EU, NATO usw.) als Gegner gesehen wird, dass Russland dem „Club der Räuber“ im Leninschen Sinne nicht angehört? Anders gefragt: Bedeutete die Tatsache, dass das Deutsche Kaiserreich und

Österreich-Ungarn in ihrem Großmachtstreben von Großbritannien als der noch beherrschenden imperialistischen Macht ihre Grenzen aufgezeigt bekamen, dass Deutschland und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg keine imperialistische Rolle spielten?

Ist der Vergleich der heutigen Situation mit der Lage vor dem Ersten Weltkrieg denn so absurd, wie einige Genossen sagen? Die Unterschiede, die es logischerweise immer gibt, wenn man zwei verschiedene historische Zeitpunkte miteinander vergleicht, sollten nicht über das fundamental Gemeinsame hinwegtäuschen: Wir beobachten die Bildung zweier rivalisierender imperialistischer Blöcke, mit den USA und der NATO auf der einen Seite und Russland und China auf der anderen Seite, die in einem immer gefährlicher werdenden Spannungsverhältnis miteinander um die Aufteilung der Welt kämpfen. Dass Russland dabei (genauso wie manche Länder des westlichen Blocks) geringere Möglichkeiten hat, von der ökonomischen Neuaufteilung zu profitieren, ändert nichts daran, dass es nach einer Aufwertung seiner Position im imperialistischen Weltsystem kämpft und sich zu diesem Zweck mit derjenigen imperialistischen Macht verbündet hat, die momentan dabei ist, sich den ersten Platz in der Rangordnung zu erkämpfen.

7. Der fasche Kompass: Wohin eine verfehlte Imperialismusanalyse führt

Am Anfang des Artikels stand die Behauptung, dass es keine politisch wichtigere Frage gibt als die Analyse des Imperialismus. Was es aber gibt, sind Fragen von gleicher Wichtigkeit. Eine dieser Fragen ist die der revolutionären Strategie und Praxis.

Es ist leicht erkennbar, dass die Beantwortung der Imperialismusfrage Konsequenzen für die Praxis und auch für die Strategie hat.

Klara selbst macht die fatalen politischen Konsequenzen ihrer falschen Analyse mehr als deutlich. Sie fordert von den Kommunisten eine „*Unterstützung des Militäreinsatzes gegen die Faschisten in der Ukraine*“, aber auch in Westasien und Afrika – mit anderen Worten eine generelle Parteinahme für sämtliche Kriege und militärischen Operationen der Russischen Föderation. Eine vollumfängliche Unterstützung Russlands sei das

aber insofern nicht, weil es eine „*Kritik an der Halbherzigkeit und am Zuspätkommen des Einsatzes*“ beinhalte. Kritisieren will Klara also nicht das Morden, das momentan (auch) durch russische Soldaten auf Befehl des Kreml stattfindet, sondern eher, dass dieses nicht mit der notwendigen Entschlossenheit stattfindet. Deutlicher ließe sich kaum aufzeigen, wie die Parteinahme für den russischen Imperialismus zur Aufgabe internationalistischer Standpunkte führt.

Die Parteinahme für eine Seite einer zwischenimperialistischen Auseinandersetzung ist ein Fehler auf der Ebene der Strategie – es handelt sich nicht nur um eine irregeleitete Parole, eine falsch ausgearbeitete Forderung, sondern um eine massive Abweichung von der revolutionären Strategie der Kommunisten. Der strategische Charakter dieser Fehlorientierung ergibt sich auch daraus, dass die relative Schwäche Russlands ebenso wie seine oppositionelle Position gegenüber dem Westen keine kurzfristig vorübergehenden, sondern strukturelle Merkmale des imperialistischen Weltsystems sind. Die Unterstützung des russischen Imperialismus, die aus der Bedrohungslage Russlands abgeleitet wird, ist daher ebenfalls langfristig angelegt und strategisch.

Die empirisch falsche These der „unipolaren Weltordnung“ wird herangezogen, um in Ländern, die mit den USA verfeindet sind, den Kommunisten von einer revolutionären Politik abzuraten. Als „Hauptfeind“ gelten nun nicht mehr die Kapitalisten im eigenen Land, sondern die vermeintlich einzige Supermacht, die USA. Alles was den Kampf gegen diesen neu definierten „Hauptfeind“ schwächen könnte, wird abgelehnt. Deutlich wird dies bei Alexander formuliert: „*Die russische Arbeiterklasse in dieser konkreten Situation der existenziellen Gefährdung Russlands auf den revolutionären Umsturz der Regierung zu orientieren, ist ebenfalls ein gefährliches Unterfangen*“. Während Russland 1916/17 nicht nur potentiell einer „existenziellen Gefährdung“ ausgesetzt war, sondern die russische Armee stand im bis dahin größten Krieg der Geschichte vor dem militärischen Kollaps – Wie wir wissen, propagierten die Bolschewiki in dieser Situation nicht den Burgfrieden mit dem Zaren bzw. der Provisorischen Regierung, sondern verstärkten den Kampf für ihren revolutionären Sturz. Hätten sie die Oktoberrevolution, dieses „gefährliche Unterfangen“, nicht in Angriff genommen, könnten wir nicht auf die Erfahrungen des Aufbaus einer

sozialistischen Gesellschaft über sieben Jahrzehnte zurückgreifen. Dass damals die Voraussetzungen bestanden, den imperialistischen Krieg für die Machtübernahme zu nutzen und heute in den meisten Ländern aufgrund der Schwäche der Kommunisten eher nicht, ist für das Argument unerheblich. Denn die größte „Gefahr“ einer imperialistischen Intervention von außen bzw. der Ausnutzung des inneren Klassenkampfes durch imperialistische Kräfte besteht ja gerade in dem Moment, wo das bürgerliche Regime durch einen revolutionären Umsturzversuch destabilisiert wird. Das Burgfrieden-Argument von Alexander würde also in einer Situation wie dem November 1917 erst recht gelten. Natürlich ist es auf der anderen Seite auch sehr richtig, dass Kommunisten sich immer die Frage stellen müssen, wie sie verhindern können, dass ihr Kampf gegen den Staat oder generell berechtigte Proteste aus dem Volk von bürgerlichen Kräften (ob inneren oder ausländischen) für ihre Zwecke eingespannt und abgelenkt werden. Das kann aber nicht dazu führen, dass die Zielsetzung des revolutionären Sturzes aufgegeben wird.

Die Orientierung auf den Burgfrieden mit der herrschenden Klasse (ob der eigenen oder einer fremden) bedeutet das Ende der Arbeiterbewegung als eigenständigem politischem Faktor, der für die eigenen Interessen der Klasse eintritt und allen imperialistischen Bestrebungen entgegentritt. Sie macht die Arbeiterbewegung entweder zum Komplizen der imperialistischen Mörder in ihrer eigenen Regierung, so wie es die SPD 1914 tat; oder sie stellt sie objektiv in den Dienst einer ausländischen Macht, macht sie damit unnötig noch mehr zum Ziel der Repressionen und diskreditiert sie im Volk. In beiden Fällen wird die Arbeiterbewegung unfähig, den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, nämlich gegen den imperialistischen Krieg, für die Völkerfreundschaft zu führen. Und selbst in „friedlichen“ Zeiten, also in den Atempausen zwischen den kriegesischen Auseinandersetzungen, ist diese Orientierung katastrophal: Sie orientiert in der Konsequenz die Arbeiterklasse in Russland und anderen Ländern auf eine Etappenstrategie, in der zuerst die „Vaterlandsverteidigung“ und Abwehr der äußeren Bedrohung kommen müsse, bevor der Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt werden könne. Da die Bedrohung aber aufgrund der zwischenimperialistischen Gegensätze permanent ist, wird damit der Sozialismus auf den Tag des jüngsten Gerichts verschoben.

Die Ablehnung des „Weltsystem-Ansatzes“ (was eine irreführende Bezeichnung ist, da die Position der KKE mit der bekannten Weltsystemtheorie nichts zu tun hat) ist somit ein direkter Angriff auf unsere Programmatischen Thesen. Wenn diese Kritik richtig wäre, würde das bedeuten, dass wir bei der Verabschiedung der Programmatischen Thesen inhaltlich die völlig falsche Richtung eingeschlagen hätten. In der Tat würde sich dann die Frage stellen, ob es überhaupt richtig war, sich von der DKP zu trennen, wenn die DKP ja in entscheidenden Punkten anscheinend doch Recht hatte und wir Unrecht. Wie gezeigt wurde, ist es allerdings umgekehrt: Wir hatten mit unserer Imperialismuskonzeption Recht und die DKP hatte bzw. hat Unrecht.

Stürmische Zeiten stehen der Welt bevor. Die zwischenimperialistischen Rivalitäten werden sich nicht dauerhaft abkühlen, sondern immer wieder eskalieren, mit der ständigen Gefahr auch großer kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Frage der richtigen Positionierung zu diesen Auseinandersetzungen ist eine der wichtigsten Grundsatzfragen. Können Kommunisten sie nicht oder nur grob falsch beantworten, stellt sich die Frage, wofür die Arbeiterklasse sie braucht.

Lenin hat diese Frage in Bezug auf den Ersten Weltkrieg richtig beantwortet: Keine Parteinahme für eine Seite des imperialistischen Gemetzels. Parteinahme für die Arbeiterklasse aller Länder und Kampf gegen die eigene herrschende Klasse bis zu deren Sturz und der Errichtung des Sozialismus.

Wir haben diese Frage in den Programmatischen Thesen genauso beantwortet. Die Programmatischen Thesen sind auch vier Jahre nach ihrer Verabschiedung eine sehr gute inhaltliche Grundlage. Die Antworten, die sie uns auf die anstehenden Herausforderungen geben, sind klar und sie sind richtig. Eine Veränderung der Imperialismusanalyse in den Programmatischen Thesen ist daher nicht notwendig und wenn, sollte es sich um eine Weiterentwicklung und Vertiefung unseres richtigen Ansatzes handeln und nicht darum, hinter bereits errungene Erkenntnisse zurückzufallen.

Mit den Antworten der Programmatischen Thesen gerüstet sollte die KO sich in die kommenden Kämpfe begeben, im Geiste des Internationalismus und eines wahren Antiimperialismus, der nicht den Imperialismus mit den USA und dem „Westen“ gleichsetzt – an der Seite des revolutionären Flügels der

kommunistischen Weltbewegung und nicht gegen ihn – für die Schaffung einer kommunistischen Partei in Deutschland, die diesen Namen verdient!

Anmerkungen

- i) Klara Bina: Imperialismus, Krieg und die kommunistische Bewegung, 31.3.2022, online: <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/imperialismus-krieg-und-die-kommunistische-bewegung/>
- ii) Paul Oswald: Die wissenschaftliche Analyse nicht über Bord werfen!, 11.4.2022, online: <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/die-wissenschaftliche-analyse-nicht-ueber-bord-werfen/>
- iii) Alexander Kiknadze: Zum Defensivschlag Russlands gegen die NATO, 10.4.2022, online: <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/zum-defensivschlag-russlands-gegen-die-nato/>
- iv) Wladimir I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 244.
- v) Ein negativer Wert bedeutet hier, dass im Ausland mehr Desinvestitionen als Investitionen stattgefunden haben, also ein Nettoabzug von Investitionen.
- vi) Alexander Bulatov 2017: Offshore orientation of Russian Federation FDI, Transnational Corporations, Vol 24, No. 2, S. 80.
- vii) Paul Scheuschner: Weltwährung und Leitwährung – Vor- und Nachteile, ohne Datum, online: <https://www.aktien.net/weltwaehrung-leitwaehrung/?msclid=5f48466abb031ec9df1a6fe7496ca17>, abgerufen 13.4.2022.
- viii) Das chinesische Monopolkapital unterteilt sich in staatliche, teilstaatliche und private Konzerne. Wie in Kapitel 3.1 bezüglich Russland aufgezeigt wird, handelt es sich jedoch in all diesen Fällen um Monopolkapital im Leninschen Sinne.
- ix) Serkan Arslanalp et al. 2022: The Stealth Erosion of Dollar Dominance. Active Diversifiers and the Rise of Nontraditional Reserve Currencies, IMF Working Paper/22/58.
- x) Alexander Batov et al. 2007: Der heutige Russische Imperialismus (russisch.), online: https://rksmb.org/articles/ideology/sovremennyiy-rossiyskiy-imperializm/?fbclid=IwAR1ZQZ3NWTjjweJF5MeyEwG35L1KXs--8ysjGTG0-k1k_1Xsxa603BjyUM, zuletzt abgerufen 12.4.2022.

- xi) TKP: Thesen zum Imperialismus, These 35.
- xii) Michael Shellenberger: Russia and China consolidate new nuclear around standardized, water-cooled designs, Forbes, 3.7.2018.
- xiii) Loren Thompson: US Growing Dependent on Russia for Satellite Propulsion Systems, Forbes, 14.9.2018.
- xiv) Jörg Kronauer: Weltpolitik wider den Westen, junge Welt, 7.4.2022.
- xv) Ruslan Dzarasov 2014: The Conundrum of Russian Capitalism, Pluto Press: London, S. 10f.
- xvi) Lenin, LW 22, S. 255.
- xvii) Bulatov 2017, S. 84.
- xviii) Nach Bulatov 2017, S. 76.
- xix) Ebd., S. 77ff.
- xx) Ebd., S. 78
- xxi) Ebd., S. 84f
- xxii) Karl Liuhto & Peeter Vahtra 2007: Foreign operations of Russia's largest industrial corporations, Transnational Corporations, Vol. 16, No. 1, S. 118.
- xxiii) Frol Leandoer: Kazakh-Russian trade turnover to grow up to 40 percent this year, says Russian trade representative, Astana Times, 11.9.2017.
- xxiv) Mining See: Russian company has bought a majority stake in Armenia's largest mining enterprise, 23.10.2021.
- xxv) Naomi Davies: In which former Soviet states does Russian investment hold the most economic sway?, online: <https://www.investmentmonitor.ai/special-focus/ukraine-crisis/soviet-states-russian-investment-ukraine-fd?msclkid=6c162d5aba5611ecb016685cf12a0019>, zuletzt abgerufen 12.4.22.
- xxvi) Moscow Times: 5 Russian-Syrian projects announced this week, 18.12.2019.
- xxvii) The Economic Times: Russia plans to invest \$14 billion in Pakistan's energy sector, 7.2.2019, online: <https://energy.economictimes.indiatimes.com/news/oil-and-gas/russia-plans-to-invest-14-billion-in-pakistans-energy-sector/67883013>, zuletzt abgerufen 12.4.2022.
- xxviii) Thanasis Spanidis 2022: Das zwischenimperialistische Kräftenessen, These 14.

- xxix) Harald Projanski: Auf Stalins und Maos Spuren, junge Welt, 8.4.2022.
- xxx) TKP 2017: Thesen zum Imperialismus, Thesen 31, 33 und 36.
- xxxix) PCM 2018: Tesis del IV Congreso del Partido Comunista de México, These 6.11
- xxxixii) Michelle del Campo 2021: Fusiones y adquisiciones en México: qué observar en 2022, Bloomberg Línea, 30.12.2021.
- xxxixiii) El Economista (México): México se consolida como hub industrial en América Latina y seguirá atrayendo inversión, 4.4.2022.
- xxxixiv) OECD: FDI in figures – Latin America, May 2019, online: <https://www.oecd.org/investment/FDI-in-Figures-April-2019-Latin-America-English.pdf?msclkid=f45cef64ba6f11ec97348431f38824ba>, abgerufen 12.4.22.
- xxxixv) Johannes Jäger & Bianca Bauer 2016: Lateinamerikanische Multinationals und ihre Transnationalisierungsstrategien, Working Paper Series by the University of Applied Sciences BFI Vienna, Number 90/2016, S. 9.
- xxxixvi) Bimbo: la panificadora Mexicana de los cuatro continentes, online: <https://www.liderempresarial.com/bimbo-la-panificadora-mexicana-de-los-cuatro-continentes/> , abgerufen 12.4.2022.
- xxxixvii) The 20 Most important transnational Corporations in Mexico, online: <https://www.lifepersona.com/the-20-most-important-transnational-corporations-in-mexico> , abgerufen 12.4.2022.
- xxxixviii) El Economista (México): En América Latina, las empresas mexicanas dominan en adquisiciones de firmas translatinas, 28.5.2015.
- xxxixix) Jäger & Bauer 2016, S. 9f.
- xl) Siemon T. Wezeman: Russia's Military Spending: Frequently Asked Questions, SIPRI Commentary, 27.4.2020
- xli) Sie meint wohl „im Billionen-Bereich“, eine Trillion sind eine Million Billionen.
- xlii) „We need to avoid stumbling into a major war“, Interview von Bernhard Zand mit James Stavridis, Spiegel 6.5.2021.
- xliiii) Kris Osborn: China's Navy Is Bigger than the US Navy, But Can It Fight?, National Interest, 24.3.2021.

- xliv) Minnie Chan 2021: Why China's Type 075 warship is more than it seems – the secret is in its hull number, *South China Morning Post*, 9.5.2021.
- xlv) David Wright & Cameron Tracy: Der Hype um den Hyperschall, *Spektrum*, 21.3.2022
- xlvi) Eduardo Galeano 1973: Die offenen Adern Lateinamerikas, Peter Hammer Verlag: Wuppertal, XXV.
- xlvii) Ebd., S. 11.
- xlviii) Ebd. S. 41.
- xlix) Theotônio dos Santos 1972: Über die Struktur der Abhängigkeit, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, Suhrkamp: Frankfurt a.M., S. 243.
- l) Galeano 1973, S. 182.
- li) Ebd., S. 237.
- lii) Osvaldo Sunkel 1972: Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika, in: Senghaas: *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, S. 280-282.
- liii) Ebd., S. 312.
- liv) Johan Galtung 1972: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Senghaas: *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, S. 35f.
- lv) Thanasis Spanidis 2021: Imperialismus, „multipolare Weltordnung“ und nationale Befreiung, online: <https://kommunistische.org/diskussion/imperialismus-multipolare-weltordnung-und-nationale-befreiung/?msclkid=c79b06a2b8cf11ec90b953ee44fb3fe9>
- lvi) Lenin, LW 22, S. 270.
- lvii) Ebd.
- lviii) Ebd., S. 270f.
- lix) Ebd., S. 244.
- lx) Ebd., S. 236.
- lxi) Ebd., S. 263.
- lxii) Ebd., S. 279, Hervorhebung von Lenin.
- lxiii) Wladimir I. Lenin: *Imperialismus und Sozialismus in Italien*, LW 21, S. 362.

lxiv) Lenin, LW 22, S. 249.

lxv) Ebd., S. 241, Hervorhebung von Lenin.

lxvi) Für die TKP liegt hierin das entscheidende Kriterium zur Charakterisierung eines Landes als imperialistisch, vgl. TKP: Thesen zum Imperialismus, These 7.

lxvii) Yiannis Papadoyiannis: Greek banks hit gold in the Balkans, Kathimerini (englische Version), 2.2.2008.

lxviii) Tom Ellis: Greek banks in the Balkans, Kathimerini (englische Version), 6.7.2021.

lxix) Lenin, LW 22, S. 267, Hervorhebung von Lenin.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

